Stärkt die EU korrupte Eliten? S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 47 – 22. November 2014

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ganz im Sinne Washingtons: Merkel verschärft Tonlage gegenüber Moskau

Bild: pa

Erstarrte Fronten

Der Westen treibt Russland weiter in die Enge und schadet sich damit selbst

USA, EU und Nato verlangen von Moskau Entgegenkommen, wollen aber von ihrer eigenen Position nicht abweichen.

Sanktionen hinterlassen nur Verlierer, sagt eine alte Weisheit von Ökonomen. Oft verliere sogar derjenige, der die Strafmaßnahmen verhängt, mehr als der, den sie treffen sollen.

Auf die Sanktionen gegen Russland trifft diese Einsicht offenbar nur teilweise zu. Glaubt man dem Vorsitzenden des Deutsch-Russischen Forums und ehemaligen brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck, dann produzieren die Russland-Sanktionen sogar einen glücklichen Gewinner. Im Gespräch mit dem Deutschlandfunk verriet der SPD-Politiker: „Wenn man sich dieses Jahr anschaut, dann ist der Handel zwischen den USA und Russland gewachsen in dieser Zeit, während wir Milliarden-Einbrüche haben." Laut dem Ostausschuss der deutschen Wirtschaft werde dies bis Jahresende wahrscheinlich 50000 deutsche Arbeitsplätze kosten.

Platzeck stellt die entscheidende Frage: „Was wollen wir mit der Sanktionspolitik eigentlich am Ende erreichen?" Die Antwort bleibt die Bundeskanzlerin schuldig. Stattdessen verschärft Angela Merkel in jüngster Zeit noch spürbar den Ton. Sie moniert, dass Moskau eine Politik der Annäherung an Serbien, Bosnien-Herzegowina, Moldawien und Georgien betreibe. Der CDU-Europapolitiker Elmar Brok klagt Moskau gar an, Länder des Balkans „politisch und vor allem wirtschaftlich zu unterwandern". Merkel wirft Moskau „altes Denken in Einfluss-Sphären" vor.

Sanktionen: USA gewinnen, Deutschland verliert

In diesen Attacken entblößt sich die Aussichtslosigkeit der bisherigen Diplomatie. Die Nato wie auch die EU haben ihre „Einfluss-Sphären" seit 15 Jahren beharrlich nach Osten, auf Russland zu, ausgedehnt. Erdreistet sich Moskau aber, eine (im Volumen geradezu kümmerliche) Gegenstrategie anzugehen, so wird dies als „altes Denken" gebranntmarkt, dem mit harten Strafmaßnahmen zu begegnen sei. Was gedenkt man Moskau anzubieten? Eine Welt, in der die USA mit ihren Verbündeten eine Interessenpolitik nach Gusto betreiben dürfen, der sich Russland gefälligst zu fügen habe?

Wenn dies das Ziel der Sanktionen ist, wird die weitere Eskalation unausweichlich sein. Ein solches Szenario ist für Moskau unannehmbar, da so der Eindruck entstünde, der Kreml habe vor der „Einkreisung" durch die USA die Waffen gestreckt. Ein russischer Präsident, der sich dem unterwürfe, wäre keine drei Monate länger im Amt.

Flehentlich fordern Politik-Veteranen von Helmut Kohl bis Henry Kissinger daher, endlich auch die russische Sicht der Entwicklung seit 15 Jahren in Betracht zu ziehen und erinnern an eine Grundregel der Außenpolitik: Auch für den anderen muss die „Weltordnung", die man ihm anträgt, eine attraktive Perspektive bergen, sonst kann es keine Einigung geben. Vor allem Berlin ist aufgerufen, die Mahnung der Altvorderen ernst zu nehmen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Sinnvoller Weg

Bundesinnenminister Thomas de Maizière will in Afrika „Willkommens- und Ausreisezentren" einrichten, in denen Personen untergebracht werden sollen, die in Europa Asyl beantragen wollen. Das klingt zunächst grotesk, macht aber Sinn, denn damit könnte die illegale Einwanderung eingedämmt werden. Es ist vernünftig, die Einreisewilligen gar nicht erst nach Europa zu lassen, sondern über ihre Asylanträge in ihren Heimat- beziehungsweise den afrikanischen Transitländern zu entscheiden. Hier, wo man Sprache und Kultur der Antragsteller kennt, kann man viel besser über die vorgetragenen Asylgründe entscheiden. Auch die Identitätsüberprüfung wäre dort wesentlich einfacher. Und wer abgelehnt wird oder zu betrügen versucht, muss nicht erst umständlich und kostenträchtig abgeschoben werden. Asylsuchende, die nicht bereit sind, dieses Verfahren zu durchlaufen, sondern illegal nach Europa einreisen, müssen wissen, dass sie hier keine Chance auf ein Bleiben haben. Angesichts der allein für dieses Jahr erwarteten 600000 Asylbewerber, von denen rund ein Drittel in Deutschland landen wird, und einer Anerkennungsquote von unter zwei Prozent ist dieser Weg sinnvoll und gerechtfertigt.

Allerdings darf nicht vergessen werden, dass das Recht auf Asyl ein hohes Gut ist. Nach den Vorstellungen de Maizières sollen die Auffanglager vom UNHCR, dem Weltflüchtlingswerk der Uno, verwaltet werden. Dieses muss sicherstellen, dass das Asylrecht auch tatsächlich in Anspruch genommen werden kann. Dazu gehört ein rechtsstaatliches Anerkennungsverfahren, damit diejenigen, die unseren Schutz tatsächlich verdienen, ihn auch bekommen.

Fauxpas eines Diplomaten

Vizekonsul Lissner brüskiert Russen – Abberufung nach Kiew

Das für seine gute kulturelle Arbeit bekannte „Deutsch-Russische Haus" (DRH) in Königsberg hat Besuch vom örtlichen Justizministerium bekommen. Auf dem Prüfstand steht sein Status als kulturelle Einrichtung. Grund für die Überprüfung ist eine Rede Daniel Lissners, die der bis vor Kurzem für Kultur- und Pressearbeit zuständige Vizekonsul des deutschen Generalkonsulats in Königsberg anlässlich des 73. Jahrestags des Beginns der Deportation der Russlanddeutschen in der Sowjetunion am 28. August im DRH gehalten hat. Weil seine Rede stark anti-russischen Charakter hatte, droht dem DRH nun die Einstufung als „ausländischer Agent". Der Vorwurf lautet, das Haus werde aus dem Ausland finanziert. Das streitet Direktor Andrej Portnjagin auch gar nicht ab, schließlich wurde das Haus seit seiner Gründung 1993 von deutschen Stiftungen finanziert.

Generalkonsul lehnt Kommentar ab

In seiner Rede hatte Lissner die Russen aufgefordert, ihre während der Sowjetunion begangenen Kriegsverbrechen aufzuarbeiten. Er beschuldigte die russische Regierung, die Menschenrechte immer mehr zu beschränken sowie Angst und Druck zu verbreiten. Er setzte dem Ganzen die Krone auf, indem er Russland den Übergang von einer gelenkten Demokratie zum Autoritarismus vorwarf, der im Faschismus enden könne, und sprach davon, dass die geistige Voraussetzung für erneute Deportationen von Deutschen gelegt sei. Wer dem entgehen wolle, dem bliebe nur das Mittel der Emigration.

Generalkonsul Rolf Krause lehnte eine Stellungnahme zu den Äußerungen seines Mitarbeiters ab, Lissner wurde vorzeitig abberufen – nach Kiew, wo seine anti-russischen Äußerungen auf Gegenliebe stoßen dürften. Eine Entschärfung des Konflikts von deutscher Seite sähe allerdings anders aus. *MRK*

Rumänen zeigen Rote Karte

Deutliches Zeichen gegen Korruption gesetzt

Aufbruch oder Blockade? Was steht Rumänien bevor, nachdem der Siebenbürger Sachsen Klaus Johannis in der Stichwahl am vergangenen Sonntag ziemlich überraschend mit 54,5 Prozent der Stimmen zum neuen rumänischen Präsidenten gewählt wurde und sein Herausforderer um das Amt, der Sozialdemokrat Victor Ponta, auf seinem bisherigen Posten als Ministerpräsident verbleiben will?

Da das Amt des Präsidenten in Rumänien mit relativ viele Befugnissen ausgestattet ist, kann Johannis auch ohne Abstimmung mit der von Ponta geführten Regierung seine eigenen Vorstellungen realisieren. So hat er künftig bei der Besetzung von Spitzenpositionen in der Justiz das letzte Wort. Das ist vor allem in dem von Korruption zerfressenen südosteuropäischen Land von besonderer Bedeutung, zumal das Thema im Wahlkampf eine wichtige Rolle gespielt hat: Während Johannis stets betont hatte, dass er bereits als Bürgermeister von Hermannstadt, das rund 150000 Einwohner zählt, nicht nur bei der Förderung der Wirtschaft, sondern auch bei der Bekämpfung von Korruption zahlreiche Erfolge aufweisen kann, hatte Ponta sich den Unmut der Wähler zugezogen, indem er ein Gesetz durchbringen wollte, das korrupten Politikern Amnestie gewährt. Das verärgerte vor allem jene Rumänen, die beim ersten Wahlgang nicht an die Urnen gegangen waren, so sehr, dass sie sich aus Protest gegen das von Ponta repräsentierte Establishment und somit für Johannis aussprachen. Lag die Wahlbeteiligung in der ersten Runde noch bei 53 Prozent, betrug sie in der Stichwahl 64 Prozent.

Klaus Johannis erhält Zugriff auf Justiz

Es ist noch ungewiss, ob die rumänischen Sozialdemokraten an Ponta festhalten werden. Medienberichten zufolge ist sein Wahlkampf in den eigenen Reihen auf massive Kritik gestoßen. *Bel*

(siehe auch Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

Bund fördert Flucht-Forschung

Berlin – Die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa wird zu einem Schwerpunkt eines von der Bundesregierung geförderten Forschungsprojekts. Kulturstaatsministerin Monika Grütters hat jetzt zwei akademische Forschungsprogramme ausgeschrieben, welche sich mit deutscher Kultur im Osten in europäischer Verflechtung befassen sollen. Das Projekt „Wandel – Brüche – Kontinuitäten. Die Deutschen und ihre Nachbarn im östlichen Europa" soll den Blick auf längerfristig ablaufende Transformationsprozesse richten. Das weitere Programm „Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa 1939–1948 und ihre Folgen: Ereignisgeschichtliche Studien" will den Wissensstand über die Fakten des von vielen Deutschen erlittenen Kriegstraumas erweitern. Dabei sollen auch Fragen nach der Integration der Vertriebenen und nach den gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen oder kulturellen Auswirkungen in der Bundesrepublik und in der DDR untersucht werden. Beide Projekte richten sich an Wissenschaftler aus den geschichts-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen und können mit bis zu 80 000 Euro gefördert werden. Die Bewerbungsfrist endet am 2. März 2015. Info: www.bkge.de *tws*

PAZ: Bellano nimmt Auszeit

Unsere Kollegin Rebecca Bellano erwartet zum Jahreswechsel ihr zweites Kind und nimmt daher eine längere berufliche Auszeit. An die obligatorische Mutterschutzfrist wird sich eine zehnmonatige Elternzeit anschließen. Wir wünschen Frau Bellano und ihrer Familie alles Gute und eine schöne Zeit. *Die Redaktion*

Die Schulden-Uhr:

Typisch deutsch

Die 8000 Berufspendler, die im Saarland wohnen und in Luxemburg arbeiten, führen ihre Lohnsteuer in Luxemburg ab. Die Lothringer, die ... im Saarland arbeiten und in Lothringen wohnen, zahlen aber ihre Lohnsteuer in Frankreich." Bund, Land und Kommunen machten dabei einen schlechten Schnitt, so der saarländische Finanzminister Stephan Toscani. Statt nun aber auf eine Änderung der diesbezüglichen Verträge mit Frankreich und/oder Luxemburg zu drängen, verlangt er einen Ausgleich bei den Bund-Länder-Finanzverhandlungen. Das ist typisch für die Politik in der Bundesrepublik. Statt sich für die Beendigung einer Benachteiligung Deutschlands einzusetzen, hält man sich lieber politisch korrekter an den Landsleuten schadlos. *M.R.*

2.049.486.713.237 €

Vorwoche: 2.049.221.205.096 €
Verschuldung pro Kopf: 25.440 €
Vorwoche: 25.437 €

(Dienstag, 18. November 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Endlich würdigen Ort gefunden

»Wald der Erinnerung«: Gedenkstätte für die Gefallenen der Bundeswehr in Geltow eingeweiht

Am Sitz des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Geltow bei Potsdam ist eine neue Gedenkstätte für im Kriegseinsatz gefallene Soldaten eingeweiht worden. In einem „Wald der Erinnerung" wurden von den Bundeswehrsoldaten errichtete Ehrenhaine aus ihren Einsatzorten wieder aufgebaut.

Von Berlin-Mitte bis zur Henning-von-Tresckow-Kaserne der Bundeswehr in Geltow sind es etwa 45 Kilometer. Geltow ist ein Ortsteil der Gemeinde Schwielowsee westlich von Potsdam. Die Kaserne beherbergt das Einsatzführungskommando der Bundeswehr. Von hier aus werden die Auslandseinsätze der deutschen Streitkräfte geplant, koordiniert und geführt. Befehlshaber ist Generalleutnant Hans-Werner Fritz. Etwa 800 Soldaten sind hier stationiert. Das weitläufige Militärgelände mit viel Baumbestand wurde als neue Gedenkstätte für die im Auslandseinsatz ums Leben gekommenen Soldaten und zivilen Mitarbeiter ausgewählt. Man prüfte zuvor 13 Liegenschaften im Großraum Berlin, bevor man sich für Geltow entschied.

Im Gegensatz zu dem schrillen Ton, den der frühere Wehrbeauftragte Reinhold Robbe (SPD) kurz vor der Einweihung der Gedenkstätte anschlug – er sprach gegenüber der „Bild"-Zeitung" von einem „Schlag in das Gesicht der Angehörigen", von einer „verfehlten Gedenkkultur" und dass die Kriegsopfer „versteckt" würden – begrüßen die Hinterbliebenen ausdrücklich Geltow als Ort des Gedenkens. Mit den Angehörigen der gefallenen Soldaten hat Robbe, der selbst den Wehrdienst verweigert hat, offensichtlich nicht gesprochen. Ein Gedenkort in der Hauptstadt hätte zwar den Vorteil leichterer Erreichbarkeit geboten, doch hätte er schon unter anderem wegen zahlreicher Linksextremisten in Berlin aufwändig gesichert werden müssen. Die Hinterbliebenen der Soldaten legten Wert auf einen Ort, an dem sie still und ungestört ihrer Toten gedenken können.

In den Einsätzen der Bundeswehr auf dem Balkan und in Afghanistan hatten Soldaten zum Gedenken an gefallene Kameraden in Eigeninitiative sogenannte Ehrenhaine errichtet, oft mit einfachsten Mitteln. Beim Abzug der Bundeswehr von den Auslandsstandorten wollte man diese Ehrenhaine nicht zurücklassen, sondern transportierte sie sorgsam in Containern verpackt nach Deutschland. Auf dem Militärgelände in Geltow wurden sie möglichst originalgetreu mit den Materialien aus den jeweiligen früheren Standorten wieder errichtet, auch mit denselben Ziegeln und Steinen.

Wiedererrichtet wurden bislang aus Afghanistan die Ehrenhaine aus Kabul, Kundus, Faizabad sowie dem „Operation Point North". Der Hain aus Mazar-i-Sharif wird folgen, wenn dort die Soldaten abgezogen sind. Ferner gibt es den Ehrenhain aus dem Lager Rajlovac

In Berlin Attacken durch Linksextremisten befürchtet

bei Sarajevo in Bosnien-Herzegowina. Der Ehrenhain in Prizren verbleibt noch im Kosovo, bis dort die Einsätze mit deutscher Beteiligung beendet sind.

Der Vorschlag zur Gestaltung eines „Waldes der Erinnerung" ähnlich einem Friedwald kam zuerst aus dem Kreis der Hinterbliebenen. Angehörige aller Soldaten und Mitarbeiter der Bundeswehr, die in ihrem Dienst ums Leben kamen, können an den Bäumen individuell gestaltete Gedenkschilder anbringen.

Eingebettet in den Baumbestand der Kaserne befinden sich jetzt auf einer Fläche von 4500 Quadratmetern außer den Ehrenhainen auch ein Ausstellungsgebäude, ein „Weg der Erinnerung" mit sieben Stelen, auf denen die Namen, das Todesjahr und das Einsatzgebiet der gefallenen Soldaten verzeichnet sind, sowie ein „Ort der Stille". Die Baukosten betrugen rund zwei Millionen Euro. Die Gedenkstätte ist öffentlich zugänglich. Für das Betreten des Kasernengeländes muss ein Personalausweis oder Führerschein hinterlegt werden, dann erhält man einen Besucherausweis. Die Bundeswehr stellt auch kundiges Begleitpersonal zur Führung über das Areal.

An der Einweihungsfeier der Gedenkstätte am Tag vor dem Volkstrauertag nahmen 800 Gäste teil, darunter 190 Angehörige von im Einsatz ums Leben gekommen Soldaten. Bundespräsident Joachim Gauck legte einen Kranz nieder. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen erklärte in ihrer Ansprache: „Wir geben den Soldaten den Auftrag, unsere sicherheitspolitischen Interessen durchzusetzen, oder wie es einer meiner Vorgänger formulierte, die Freiheit am Hindukusch zu verteidigen. Und es kann sein, dass ein Soldat niemals zurückkehrt." Die Mitglieder des Bundestages würden die Soldaten in Einsätze schicken: „Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns in Momenten wie diesem immer wieder die Tragweite unserer Entscheidungen vor Augen führen."

Am Ende der Veranstaltung antwortete von der Leyen ausweichend auf die Frage der *PAZ*, was es für die Soldaten und das Gedenken an die Gefallenen bedeute, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Einsatz in Afghanistan schon lange ablehnt. „In Afghanistan", erwiderte die Ministerin platt, „sind Männer und Frauen gefallen, weil sie sich eingesetzt haben für die Freiheit, die Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte." Die Soldatinnen und Soldaten wünschten, so von der Leyen weiter gegenüber der *PAZ*, „eine Mission so zu stabilisieren, dass nachhaltig auch Frieden und Unabhängigkeit, Wahrung der Menschenrechte und Demokratie ihren Einzug halten können."

Die Mutter des 22-jährigen Stabsgefreiten Konstantin Menz, der 2011 heimtückisch von einem afghanischen Soldaten erschossen wurde, hatte zuvor in ihrer Ansprache bei der Einweihungsfeier die Politiker zu „größtmöglicher Offenheit, Information und Ehrlichkeit" bezüglich der Gründe und Ziele von Auslandseinsätzen aufgefordert. *Michael Leh*

Mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht man die Henning-von Tresckow-Kaserne in 14548 Schwielowsee, Ortsteil Geltow, Werderscher Damm 21–29, Telefon (03327/50-2044) ab Hauptbahnhof Potsdam mit der Buslinie 610, Ausstieg an der Haltestelle „Wildpark West – Fuchsweg".



Aus Afghanistan überführt: Beim Abzug der Bundeswehr aus Kabul, Kundus und Faizabad entschied man sich, die Gedenkkreuze an die gefallenen Kameraden nicht zurückzulassen Bild: Leh

Eine Frage der Zeit

USA setzten auf Isolierung Russlands – EU-Politiker ringen um Einheitlichkeit

Nach dem G20-Gipfel in Brisbane am Wochenende und dem darauffolgenden EU-Außenministertreffen sind in Brüssel scharfe Töne gegen Russland zu hören, Moskaus unveränderte Ukraine-Politik, aber auch Wladimir Putins Rechtfertigungsversuch im ARD-Interview, das er unmittelbar vor dem Treffen gab, lösten harsche Kritik an ihm aus.

Dennoch wurden keine neuen Sanktionen gegen Russland verhängt. Gebetsmühlenartig wiederholen EU-Politiker, dass sie weiter auf Dialog mit Moskau setzten und eine kriegerische Auseinandersetzung für sie nicht infrage komme. Nun hat die EU weitere Strafen für die Separatisten in der Ostukraine beschlossen.

Vieles deutet darauf hin, dass sich im Verhalten des Westens gegenüber Russland bald etwas ändern könnte. Die jüngsten Treffen von EU-Politikern haben deutlich gemacht, wie sehr die EU um eine einheitliche Haltung gegenüber Moskau ringt. Da die 28 Mitgliedsstaaten über sehr unterschiedliche wirtschaftliche Verflechtungen mit Russland verfügen, bewerten sie die Sanktionen – abhängig von den Folgen für das eigene Land – sehr verschieden.

In Deutschland haben die Sanktionen mit dazu beigetragen, dass das Wirtschaftswachstum fast zum Erliegen gekommen ist. Experten befürchten, dass jede weitere Sanktionsmaßnahme Russland weiter in die Arme Chinas treiben wird. Peking springe bereits für ausfallende deutsche Exporteure ein, zum Beispiel im Maschinenbau.

Zweifel am Sinn der Sanktionen häufen sich. Nicht nur die deutsche Wirtschaft beklagt die negativen Folgen für das eigene Land, auch in Österreich, Italien und Tschechien wird Kritik laut. Selbst in Finnland, das einen neuen kalten Krieg fürchtet und wo im April 2015 Parlamentswahlen stattfinden, bei denen über Wirtschaft und Nato-Mitgliedschaft entschieden werden wird, ist die Mehrheit der Bevölkerung für eine Beibehaltung der Neutralität gegenüber Russland. Zu groß ist Finnland die Befürchtung ob der 1300 Kilometer langen Grenze mit Russland, dass eine Nato-Mitgliedschaft negative Reaktionen seitens Russland hervorrufen könnte. Die neue EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini mahnt eine mehrgleisige Strategie gegenüber Moskau, aber auch gegenüber der Ukraine, an. Als fatal könnte sich erweisen, wenn es keine Strategie zum Ausstieg aus den Sanktionen gibt.

Apec-Gipfel: Moskau und Peking vereinbaren Verträge

Es gibt Anzeichen dafür, dass sich auch im Verhältnis Russland–USA etwas ändern wird. Beim Gipfeltreffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (Apec) am 11. November in Peking hatten Barack Obama und Wladimir Putin Gelegenheit, sich zu unterhalten. Dabei sollen sie kurz über ihre gegenseitigen Beziehungen, Syrien, die Ukraine und den Iran gesprochen haben. Der Versuch Washingtons, Russland auf dem Gipfel weiter zu isolieren, gelang nicht. China und Russland haben eine engere Zusammenarbeit beschlossen, vor allem im Energiesektor. Russland will den Bau von chinesischen Fabriken in Sibirien zulassen. China erhält zusätzliche Öl- und Gaslieferungen. Auch Japan durchbrach die antirussische Front: Für 2015 kündigte Japans Premierminister Abe Shinzo den Besuch des russischen Präsidenten an.

Der amerikanische Beobachter Frank Abernathy, Jurist und ehemaliger Kongressberater, äußerte in dem Magazin „US-Ukraine Observer", dass die USA ihr Verhalten gegenüber den Donezker und Lugansker Republiken bald ändern könnte. Es sei „eine Frage der Zeit". Abernathy glaubt, dass die Wahlen dort ehrlich vonstatten gingen und das reale Streben der Bevölkerung zum Ausdruck brächten.

Es mehren sich die Stimmen der Mahner. Während Michail Gorbatschow in Berlin Putins Linie teilweise guthieß und die Annexion der Krim verteidigte, sprach der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger von Fehlern, die der Westen begangen habe, indem er die Bedeutung der Ukraine für Russland nicht berücksichtigt habe. Dass statt einer Neuauflage des Kalten Krieges eine Modernisierungs- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland auf Augenhöhe das Ziel sein sollte, fordert auch Matthias Platzeck, Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, eines gemeinnützigen Vereins, der sich für den Dialog mit Russland engagiert. *M. Rosenthal-Kappi*

MH17: Neue Ermittlungen

Nach jedem Flugzeugunglück werden Wrackteile eingesammelt und akribisch zusammengesetzt. Nicht so im Fall MH17. Vier Monate nach dem Absturz der Boeing der Malaysian Airlines über dem Gebiet Donezk ist der Unfallhergang immer noch nicht geklärt, die Wrackteile wurden nicht geborgen. Durch die Hinterbliebenen der Opfer in die Kritik geraten, ordnete Fred Westerbeke, Chefermittler der niederländischen Staatsanwaltschaft, an, amerikanische und russische Satellitenaufnahmen zur Aufklärung des Absturzhergangs einzubeziehen. In einem „Spiegel"-Interview sprach er von zwei möglichen Absturzursachen: dem Abschuss durch eine Boden-Luft-Rakete oder durch ein anderes Flugzeug. Holländische Experten sind jetzt zur Absturzstelle gereist, um die Wrack-teile zu bergen. Andrej Purgin, Vizepremier der selbsterklärten Volksrepublik Donezk wirft westlichen Experten vor, kein Interesse an dem Wrack gezeigt zu haben. Ausgerechnet Vertreter der Volksrepublik sollen nun helfen, die Überreste einzusammeln. Das könnte einen weiteren Vorwand liefern, die Absturzursache nicht aufklären zu müssen, da man den Separatisten Unprofessionalität bei der Bergung vorwerfen könnte. *MRK*

Görlitzer Park

Von Vera Lengsfeld

Er zählt zu den großen Parks und Naherholungsgebieten im Berliner Ortsteil Kreuzberg. In der insgesamt 14 Hektar großen Grünfläche gibt es unter anderem einen Kinderbauernhof, mehrere Sport-, Spiel- und Bolzplätze, zwei Aussichtsberge und einen kleinen See. In die Anlage wurde viel Geld gesteckt. Manches missglückte von Anfang an, wie die Nachbildung der Sinterterrassen von Pamukkale, die für die türkischen Mitbewohner ein „Erinnerungsort" an ihre Heimat werden sollten. Der Künstler ließ seine Idee so schlampig umsetzen, dass nach nur einem Jahr die bröckelnde Anlage gesperrt und schließlich abgetragen werden musste.

Was als grüne Oase in einem der am dichtesten besiedelten Stadtteile gedacht war, hat von Anfang an nicht richtig funktioniert. Waren in den 90er Jahren noch die Hinterlassenschaften von Familiengrillfesten ein Problem, sind es heute die Drogendealer, die den Park beherrschen.

Inzwischen sollen es 200 Afrikaner sein, die im Park und in den umliegenden Straßen zum Teil aggressiv Haschisch, Kokain und andere Drogen anbieten. Trotz zahlreicher Kontrollen von Polizei und Ordnungsamt ist es nicht gelungen, den Handel einzudämmen. Im Gegenteil. Ganze Gruppen stehen inzwischen an den zahlreichen Eingängen. Teilweise haben die jungen Männer es sich sogar auf Campingstühlen bequem gemacht, nicht nur im Park, sondern auch in den angrenzenden Straßen.

Wenn ein freundliches Hallo Radfahrer oder Fußgänger nicht zum Anhalten bewegt, wird sich ihnen schon mal in den Weg gestellt. Da wirken die Drogengeschäfte wie ein Wegezoll. Selbst unmittelbar am Kinderbauernhof campieren Dealer, hier sogar am offenen Feuer. Trotzdem ist es nicht ganz richtig, wenn die Hauptstadtzeitungen, die den Skandal nicht mehr ignorieren können, schreiben, beim „Görli", wie der Park im Volksmund heißt, handele es sich um ein Drogenparadies.

Eher ist es der erste Kreis der Drogenhölle, denn längst ist die Verwahrlosung so weit fortgeschritten, dass es Messerstechereien und Bandenkriege gibt.

Als kürzlich die türkischen Wirte einer Bar, die das Gefühl hatten, dass sich ihre Gäste nicht mehr sicher fühlen konnten, zwei jugendliche Dealer mit Gewalt vertreiben wollten, lagen die am Ende mit Stichwunden auf der Straße. Einen Tag später zerlegten ihre Freunde die Bar in ihre Einzelteile. Am Schluss wurde ein Feuer gelegt.

„Die Polizei", so Innensenator Henkel im „Tagesspiegel", „wird den Görlitzer Park nicht den Dealern überlassen." In diesem Jahr sei der Druck deutlich erhöht worden. 2013 gab es 138 Einsätze, in diesem Jahr waren es bereits 352. Auf die Dealer scheint das ermunternd zu wirken.

Hart bei Dackeln, weich bei Dealern

Görlitzer Park: Warum der Fall eines unangeleinten Hündchens ganz Berlin erregt



Von Afrikanern beschimpft: Polizeibeamte bei der Kontrolle mutmaßlicher Drogenhändler im Görlitzer Park

Bild: Davids

Während in Berlins Görlitzer Park die Gewalt afrikanischer Drogenhändler zunimmt, arbeitet sich das zuständige Ordnungsamt an Bagatelldelikten wie unangeleinten Hunden ab.

Wäre Maria Wassermann an einem anderen Ort zu einem Verwarngeld verdonnert worden, der Hauptstadtpresse wäre dies nicht einmal eine Randnotiz Wert gewesen. Nun aber ist sie Stadtgespräch in ganz Berlin. Bereits im Oktober hatte die junge Frau eine Anzeige erhalten. Sie war von zwei Mitarbeitern des Ordnungsamtes und zwei begleitenden Polizisten im Görlitzer Park mit ihrem Dackelmischling erwischt worden. Ihr Vergehen: Das Tierchen war nicht angeleint. Dafür soll sie nun 35 Euro Verwarngeld zahlen. Doch Wassermann weigert sich, sie habe ihren Hund ja nicht durch den Park „geführt", sondern sie habe mit ihm gesessen, so die Frau.

In Rage bringt sie indes vor allem das Gefühl, angesichts der Zustände in dem Park unverhältnismäßig behandelt zu werden. Es sind Ort und Begleitumstände, die dem ganzen Vorgang tatsächlich Züge einer Amtsposse verleihen. Während sich Joachim Wenz, der Leiter des Kreuzberger Ordnungsamtes, nämlich rühmt, im Görlitzer Park die Hundeproblematik „im Griff zu haben", nehmen Parkbesucher die Grünfläche mitten in Berlin inzwischen als rechtsfreie Zone wahr.

Zumeist Schwarzafrikaner sprechen Passanten auf Schritt und Tritt sowie zu jeder Tageszeit ganz offen an, ob sie Interesse an illegalen Drogen hätten. Anders als harmlose Hundehalter brauchen die Dealer die Präsenz von Ordnungshütern anscheinend nicht zu fürchten. Die Kriminellen wissen inzwischen bestens Bescheid, wie sie den deutschen Rechtsstaat austricksen können. Taucht eine Polizeistreife auf, wird seelenruhig abgewartet, bis die Beamten vorbeigelaufen sind. Die Dealer tragen die Drogen nicht bei sich, sondern haben Verstecke auf dem Parkgelände angelegt. Ein ausgefeiltes Warnsystem lässt die Polizeiarbeit zusätzlich ins Leere laufen.

Ermittlergruppe gegen Drogenhandel wieder aufgelöst

Wie das konkret abläuft, hat die verwarnte Hundehalterin geschildert. „Erst radelt der Drogenkurier auf dem Fahrrad vorbei, dann folgt zügigen, aber keineswegs panischen Schrittes das Dealer-Trio. Eine Minute später zieht schließlich die vierköpfige Streife vorbei." Unter diesen Umständen ist es kaum verwunderlich, dass Berlins Polizeiführung unlängst eingestehen musste, im Kampf gegen den Drogenhandel im Görlitzer Park gescheitert zu sein.

Wie erst vor Kurzem bekannt wurde, ist bereits Ende Oktober eine speziell eingerichtete Ermittlergruppe gegen den im Görlitzer Park grassierenden Drogenhandel klammheimlich wieder aufgelöst worden. Anlass, die Gruppe aus Beamten des Abschnitts 53 und der Kripo im Mai zu gründen, war die Erkenntnis, dass die Dealer im Park und seiner Umgebung auch durch Körperverletzungen, Diebstähle und Betrügereien auffallen.

Nach Angaben der „Berliner Zeitung" leiteten die Fahnder 831 Ermittlungsverfahren ein. Am Ende blieb allerdings nur eine extrem magere Erfolgsbilanz übrig: Die Polizeibeamten konnten lediglich neun Haftbefehle erwirken. Das Ziel, viele Täter in Untersuchungshaft zu bringen, sei „nur im Ansatz" erreicht worden, so die verharmlosende Umschreibung des Scheiterns durch Berlins Polizeipräsidenten Klaus Kandt.

Medienberichten zufolge beklagen die Ermittler der Sonderkommission „Görli" mangelnde Unterstützung durch Polizeipräsidium und Landeskriminalamt. Noch mehr im Stich gelassen fühlen dürften sich die Ermittler allerdings vor allem durch Staatsanwälte und Richter, die Tatverdächtige fast mit Garantie wieder auf freien Fuß setzen.

Die besorgniserregenden Auswirkungen dieser Praxis hat ein Polizeibeamter gegenüber der „Berliner Morgenpost" geschildert. Früher seien die aus Afrika stammenden Drogenhändler wenigstens noch geflüchtet, aber „heute bleiben sie frech stehen und beschimpfen uns, dass wir sie nur wegen ihrer Hautfarbe verfolgen würden". Der Eindruck, der sich angesichts dieser Entwicklung bei vielen Bürgern einstellt, ist verheerend. Zu funktionieren scheint das Rechtssystem nur noch, wenn es um Bagatelldelikte von Normalbürgern geht: Seien es Bußgelder für Falschparken oder, wie im Görlitzer Park, Verwarnungen für unangeleinte Hunde. Gleichzeitig müssen die Berliner erleben, dass der Staat den Kampf gegen die schwere Kriminalität weitgehend aufgegeben hat.

Das Scheitern von Polizei und Justiz könnte eine Lawine losgetreten haben. Ausgehend vom Görlitzer Park beginnt sich die Drogenszene inzwischen immer weiter im Bezirk auszubreiten. Längst ist auch die benachbarte U-Bahnstation zu einem Drogenumschlagsplatz geworden, entlang der U-Bahnlinie breitet sich die Szene nun in Richtung Friedrichshain aus.

Am Görlitzer Park lässt das hilflose Agieren der Polizei inzwischen die Gewalt eskalieren. Als vorläufiger Tiefpunkt kann das Niederstechen von zwei polizeibekannten Jugendlichen aus Guinea in der Nacht zum 15. November gelten. Tatverdächtig sind ein türkischstämmiger Wirt und dessen Angestellter, der möglicherweise versucht hatte, die Drogenhändler aus seinem Lokal zu vertreiben. Wenige Stunden nach der Bluttat folgte die Rache der Drogenszene: Eine Gruppe von fünf bis zehn Afrikanern drang in die Bar des Türken ein und „zerlegte" das Lokal. Nachdem bereits Fensterscheiben eingeworfen waren und die Inneneinrichtung demoliert da lag, folgte nach einigen Stunden der Versuch, das Lokal auch noch anzuzünden.

Norman Hanert

Große Chance für Kleine

Neue Buchmesse für mittelständische Verlage lud in die Hauptstadt

Einen Besucheransturm hat am dritten Novemberwochenende die erste Berliner Buchmesse im Audimax der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Berlin-Karlshorst ausgelöst. Erstmals seit neun Jahren fand in der Hauptstadt wieder eine Messe dieser Art statt.

70 Kleinverlage, davon zwei aus Österreich, präsentierten an den beiden Tagen ihr Buchprogramm. Alleinige Initiatorin war die Verlegerin Steffi Bieber-Geske. Die Gründerin des Kinderbuchverlages Bieber-Butzemann aus Schöneiche in der Mark Brandenburg bekam in diesem Jahr bereits von der Initiative „ExistenzGründerPartner Oderland" den Existenzgründerpreis für ihr Unternehmen verliehen.

Mit viel Engagement will sie kleinen Verlagen, die auf anderen Messen neben den Giganten untergehen, eine Chance geben. „Große Messen sind für kleine Verlage auch zu teuer", begründet Bieber-Geske ihr Engagement, die nicht nur durch niedrige Eintrittspreise die Besucher und durch bezahlbare Standmieten kleinere Verlage angelockt hat. Wer mit Verlegern ins Gespräch kommen, Autoren endlich einmal persönlich kennenlernen oder an vielen Lesungen teilnehmen wollte, war hier, im ehrwürdigen großen Saal des 1914 als Schulkomplex errichteten Gebäudes, genau richtig. Neben Belletristik-Verlagen präsentierten sich auch zahlreiche Hersteller von Kinder- und Jugendbüchern, Sachbüchern, Lyrik- und Kunst-Bänden oder mehrsprachigen Büchern.

Rege Beteiligung lässt auf Fortsetzung hoffen

Rund 100 Lesungen wurden parallel auf der Bühne des Raumes abgehalten. Eine Kinderecke mit Bastelstand und Lesungen für die Kleinen rundeten die Veranstaltung ab.

Ohne Werbebudget, nur unterstützt von einer Berliner Werbeagentur, die ehrenamtlich für die „1. Buch Berlin" tätig war, verbreitete sich die Kunde von der Veranstaltung über das soziale Netzwerk des Internets. Die auch als Vorsitzende des Vereins „Bücherzauber e.V." tätige Verlagsgründerin finanzierte die Messe mit Mitteln des Vereins, den Einnahmen der vermieteten Stände und den Eintrittsgeldern.

Sollte ein Gewinn übrig bleiben, geht dieser in die Leseförder-Arbeit des Vereins, um auch bedürftige Kinder an die Literatur heranzuführen. Die Hauptstädter nahmen dieses neue Kapitel in der Berliner Literaturgeschichte begeistert an. So ist auf eine Weiterführung der Messe im nächsten Jahr zu hoffen.

Silvia Friedrich

Gewalt im Asyl

Gambier hat Marokkaner erstochen

Zum Auftakt eines Totschlagprozesses gegen einen der Besetzer geraten die Zustände an der weiterhin von Zuwanderern besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Während das Berliner Verwaltungsgericht die Räumung der Schule mit der Begründung verboten hat, dass erst geklärt werden müsse, ob der Bezirk im Juli ein Nutzungsrecht an Räumen im dritten Obergeschoss eingeräumt habe, steht nun ein 41-jähriger Gambier vor Gericht.

Beklagter kam aus Spanien nach Berlin

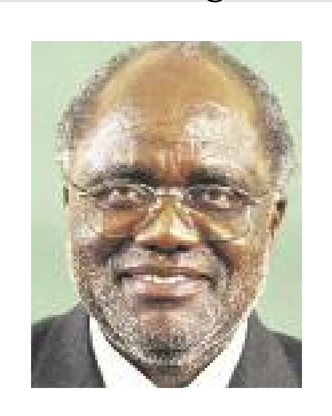
Er hat einen marokkanischen Mitbewohner erstochen. Der Beklagte räumte vor dem Berliner Landgericht ein, die Messerstiche ausgeführt zu haben. Er habe sich in einem Streit mit dem 29-jährigen Opfer vor der Dusche eingekreist und bedroht gefühlt. Die Staatsanwaltschaft legt ihm dagegen zur Last, am 25. April „ohne rechtfertigenden Grund in Tötungsabsicht wuchtig auf den Geschädigten eingestochen" zu haben. Der Beklagte hatte jahrelang als Schwarzarbeiter in Spanien gearbeitet, ehe er nach Berlin kam. Er soll zum Tatzeitpunkt unter Drogeneinfluss gestanden haben.

Der Prozess wirft kein gutes Licht auf die Zustände in der Schule, welche die grüne Bezirksregierung durch ihre monatelange Duldung mit zu verantworten hat. Vor dem Hintergrund einer möglichen Räumung könnten die Besetzer Waffen und gefüllte Benzinkanister in der Schule gelagert haben. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hatte trotz Haushaltssperre den Besetzern als Anreiz für eine freiwillige Räumung Gutscheine für eine Unterbringung in Hostels angeboten – diese lehnten ab. *SV*

Exklusiv-Zeiten für Randgruppe

SPD und Grüne in Berlins Bezirk Tempelhof-Schöneberg fordern für transsexuelle und intersexuelle Menschen „geschützte" Räume im städtischen Schöneberger Schwimmbad. Zwei Stunden im Monat solle das Bad für sie reserviert werden. Vorbild ist das Kreuzberger Baerwaldbad, wo es seit Kurzem eine über zwei Exklusivstunden für Transsexuelle gibt. Auch haben einige Berliner Rathäuser Unisex-Toiletten eingerichtet, die von Menschen genutzt werden können, die sich nicht eindeutig als Mann oder Frau fühlen. „Misstrauische Blicke und abfällige Bemerkungen", seien dank „geschützter Räume" vermeidbar, so die aktuelle Begründung. Das Stadtbad Schöneberg sei dafür wegen seiner Nähe zum homosexuellen Kiez besonders geeignet. In den meisten Fachbeiträgen wird die Zahl derer, die einen Geschlechtswechsel wünschen, mit rund 6000 bis 7000 beziffert, wohlgemerkt für die gesamte Bundesrepublik. *SV*

Zeitzeugen



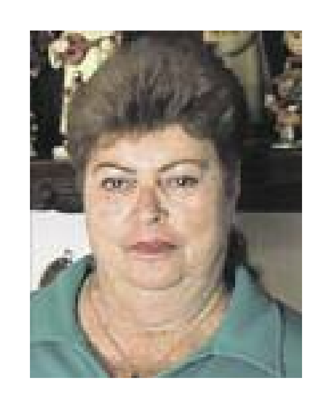
Hifikepunye Pohamba – Der seit 2005 amtierende Präsident der Republik Namibia, der zugleich auch als Parteichef der regierenden Swapo fungiert, ist der definitiv größte Steuerverschwender des afrikanischen Landes, denn sein neuer und geradezu grotesk überdimensionierter Präsidentenpalast kostete dem chronisch klammen Staat geschätzte 1,1 Milliarden Namibia-Dollar – das sind rund 80 Millionen Euro beziehungsweise zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Notemba Tjipueja – 2011 wurde die Juristin von Staatspräsident Pohamba zur Vorsitzenden der namibischen Wahlkommission ECN ernannt und zeichnet somit für den geordneten Ablauf der Stimmabgabe am 28. November verantwortlich. Namibische Medien bezeichnen sie als „gefügig“ und mitverantwortlich für die Unregelmäßigkeiten bei den letzten beiden Wahlen.



Monica Nambelela – Für die Generalsekretärin der Jugendorganisation der RDP ist die Wahlkultur in Namibia durch „Täuschung und Manipulation“ gekennzeichnet. Dies sehe man aktuell an der Weigerung der Wahlkommission ECN, auf die umstrittenen Elektronischen Stimmabgabegeräte zu verzichten. Deshalb bereite die RDP-Jugendliga schon einmal vorsorglich Klagen gegen die Wahl vor.

Ivan Indongo – „Fördernde Neuplatzierung“ nannte der junge Namibier seine Grundstücksbesetzung im Windhuker Stadtteil Kleine Kuppe und schimpfte: „Es geht uns heute schlechter als vor der Unabhängigkeit. Die Kolonialisten haben unseren Eltern Unterkunft geboten und ihnen selbst Häuser gegeben; wir im freien Namibia können es uns nicht leisten, ein Haus zu kaufen. Der Kolonialherr war besser zu seinen Leuten als unsere eigene Regierung.“



Hilde Renate Wiese – Wegen einer toten Gans kam es 2003 zu heftigen Konflikten auf der Farm der Deutsch-Namibierin, an deren Ende dann 2005 der erste Zwangsverkauf eines weißen Landwirtschaftsbetriebes im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika stand. Dabei erhielt Wiese für ihren 4006 Hektar großen Besitz in Ongombo West 3,7 Millionen Namibia-Dollar (263 000 Euro) – bei einem Schätzpreis von neun Millionen.

Der Mythos erodiert

Namibia: Unzufriedenheit mit der regierenden Swapo wächst – überall Misswirtschaft

Für den 28. November sind die Menschen in Namibia aufgerufen, ein neues Parlament und den Nachfolger des bisherigen Staatspräsidenten Hifikepunye Pohamba zu wählen. Damit entscheiden sie, ob es nun zu einem Ende der Alleinherrschaft der gescheiterten South-West Africa People's Organisation (Swapo) kommt oder dem ehemaligen deutschen Schutzgebiet weitere fünf Jahre des Niedergangs bevorstehen.

Derzeit verfügt die Swapo über 54 Sitze in der Nationalversammlung, während die acht Oppositionsparteien lediglich 15 innehaben. Das soll sich aber nun ändern, denn diesmal sind gleich 15 Parteien angetreten, um die Zweidrittelmehrheit der im Grunde immer noch marxistisch orientierten ehemaligen Befreiungsorganisation zu knacken. Und tatsächlich stehen die Chancen gar nicht so schlecht, dass die 1,1 Millionen registrierten Wähler des Riesenlandes, das mehr als doppelt so groß ist wie die Bundesrepublik Deutschland, die seit einem Vierteljahrhundert an der Macht befindliche Regierungspartei abstrafen und für deren Rivalen – allen voran die Rally for Democracy and Progress (RDP) und die Namibia Economic Freedom Fighters (NEFF) – votieren. Dabei dürften sowohl die blumigen Versprechen der Noch-Opposition, wie zum Beispiel die, jedem Schüler des Landes einen solarbetriebenen Laptop schenken zu wollen, als auch der verbreitete Unmut über die desolaten Zustände auf fast allen Ebenen für Motivationspotenzial sorgen.

Prestigebauten statt Bekämpfung der Massenarmut

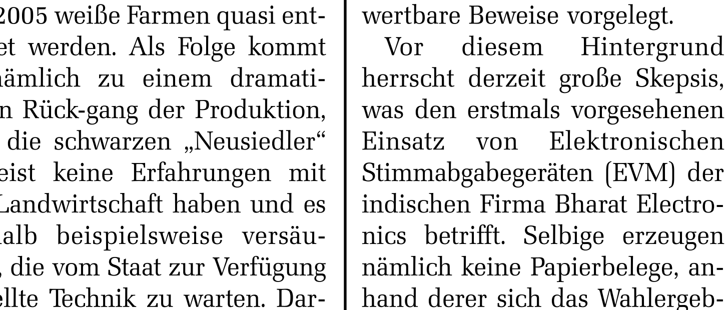
Besonders erbost zeigen sich die Namibier dabei über die grassierende Korruption und Vetternwirtschaft innerhalb der schwarzen Elite sowie den verschwenderischen Umgang mit öffentlichen Geldern. Beispiele hierfür sind das im März eingeweihte bombastische Unabhängigkeits-Gedenkmuseum in Windhuk, das Militärmuseum von Okahandja und der sieben Quadratkilometer große „Heldenacker“, ein Kriegerdenkmal vor den Toren der namibischen Hauptstadt – alles natürlich Einrichtungen, die vor allem der Glorifizierung der Swapo im einstigen Widerstandskampf gegen die Mandatsmacht Südafrika dienen. Und dabei profitierten noch nicht einmal einheimische Firmen von diesem Prunkbedürfnis der Herrschenden, denn die Bauten wurden genau wie der neue Präsidentenpalast von dem nordkoreanischen Konzern Mansudae Overseas Project errichtet.

Mit solcherart Aufträgen revanchiert sich die Swapo-Regierung für die Unterstützung Pjöngjangs während des nationalen Befreiungskrieges. Das gleiche gilt für den Ankauf chinesischer Waffen, der jetzt eine drastische Erhöhung des aktuellen Wehretats auf umgerechnet 472 Millionen Euro beziehungsweise 11,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nötig machte. Und das trotz rapide wachsender Wohnungsnot, Massenarmut und eines arg verbesserungsbedürftigen Gesundheitssystems.

Ebenso großes Unverständnis löst die teilweise haarsträubende Ineffizienz des Staatsapparates aus. So berichtete die Presse kürzlich erst wieder über einen typischen diesbezüglichen Fall. Vier Mitglieder der Wahlkommission ECN hatten geschlagene drei Tage benötigt, um die acht Wähler auf einer Farm zu registrieren.

Das drückendste Problem Namibias ist allerdings die misslungene Landreform, in deren Zuge seit 2005 weiße Farmen quasi enteignet werden. Als Folge kommt es nämlich zu einem dramatischen Rück-gang der Produktion, weil die schwarzen „Neusiedler“ zumeist keine Erfahrungen mit der Landwirtschaft haben und es deshalb beispielsweise versäumen, die vom Staat zur Verfügung gestellte Technik zu warten. Darunter leidet vor allem die Fleischerzeugung, weshalb es demnächst passieren kann, dass Namibia vom Fleischexport- zum -importland wird, wenn denn die Swapo die Wahl gewinnt und an ihrem rassistisch motivierten agrarpolitischen Kurs festhält.

Wolfgang Kaufmann



Fälschung leicht gemacht

Schon bei den letzten beiden Parlaments- und Präsidentenwahlen in Namibia gab es zahlreiche ernst zu nehmende Hinweise auf Wahlbetrug zugunsten der herrschenden Swapo. Dies führte 2009 zu einer Sammelklage von neun Oppositionsparteien, die zwar 2011 vom Obersten Gericht abgewiesen wurde, allerdings nicht ohne den Zusatzbemerk der Richter, dass es zweifellos zu Unregelmäßigkeiten gekommen sei – nur habe niemand juristisch verwertbare Beweise vorgelegt.

Vor diesem Hintergrund herrscht derzeit große Skepsis, was den erstmals vorgesehenen Einsatz von Elektronischen Stimmabgabegeräten (EVM) der indischen Firma Bharat Electronics betrifft. Selbige erzeugen nämlich keine Papierbelege, anhand derer sich das Wahlergebnis im Falle einer Klage rekonstruieren ließe, und bieten damit hervorragende Möglichkeiten für Manipulationen. Deshalb hat die Opposition im Verein mit dem Windhuker Institute for Public Policy Research Nachbesserungen an den Apparaten verlangt, weil das namibische Wahlgesetz ausdrücklich vorschreibe, dass auch bei einer digitalen Stimmerfassung Papierausdrucke anzufertigen seien.

Zweifel an Stimmabgabegeräten

Zudem reichen die 6800 EVM, die rund 3,5 Millionen Euro gekostet haben, nicht für alle Wahllokale, weswegen deren Zahl nun drastisch von 3972 auf 2076 reduziert werden musste, was bei der Größe des Landes und der geringen Mobilität vieler Wähler auf massive Kritik stößt. Schuld an den Einschränkungen ist der Umstand, dass insgesamt drei Geräte pro Wahllokal nötig sind: eines für die Präsidentschaftswahl und zwei für die Parlamentswahlen. Die indischen EVM verfügen nämlich nur über 15 Eingabetasten, zur Wahl stehen aber 16 Parteien.

W.K.



Bild: pa

Hauptsache Swapo: Hifikepunye Pohamba tritt nach zehn Jahren als Präsident ab. Premier Hage Geingob will ihn beerben.

Vorerst nur Nadelstiche

Deutschstämmige: Noch werden Enteignungen entschädigt

Obwohl die deutsche Herrschaft über Namibia bereits 1915 endete, leben derzeit noch rund 20 000 Deutschstämmige in Namibia, vielfach als Farmer. Und das ist der Swapo-Regierung schon seit Längerem ein Dorn im Auge. Deshalb erließ sie 1995 ein Gesetz zur Landreform, bei dessen Umsetzung es bisher zu 130 Enteignungen von landwirtschaftlichen Gütern kam, die von Weißen betrieben wurden. Allerdings zahlte die Regierung hierfür eine Entschädigung, was als großes Entgegenkommen hingestellt wird, obwohl die vom Staat oktroyierten Preise meistens nur bei 50 Prozent des wahren Wertes lagen.

Doch nun deutet sich das Ende dieses „sanften“ Kurses an. Wie Staatspräsident Hifikepunye Pohamba, der zu den glühendsten Verfechtern der Landreform gehört, im Interview mit dem arabischen Fernsehsender Al-Dschasira sagte, müsse es in der Frage der Enteignungen wohl zu einer „Revolution“ kommen, weil die deutschstämmigen Farmer die Zusammenarbeit verweigerten. Das ist gelogen: Viele sind bereit zu verkaufen, weil sie keine Zukunft mehr für sich in Namibia sehen, aber die schwerfällige Bürokratie und fehlende staatliche Finanzmittel verhindern, dass es zu einer geordneten Übertragung des Landes kommt.

Offensichtlich versucht Pohamba, mit dieser Lüge auf Stimmenfang für die angeschlagene Swapo zu gehen, denn viele landlose Schwarze würden liebend gerne dem Beispiel Simbabwes folgen, wo die weißen Farmer mit Gewalt vertrieben wurden. Einen traurigen Ausdruck findet dieses darin, dass zwischen 2000 und 2009 allein 21 deutschstämmige Landwirte durch Gewalttaten von Schwarzen ihr Leben verloren. Allerdings reagiert die namibische Justiz hierauf noch mit drakonischen Strafen. Aber wird das auch so bleiben, wenn die neue Regierung in Windhuk keine komfortable Mehrheit mehr besitzt und einen populistischeren Kurs einschlägt?

Eskalation im Bereich des Möglichen

Ein weiterer Angriff auf das Deutschtum sind die Änderungen von geografischen Bezeichnungen, die Pohamba 2013 verfügte. So heißt die ehemalige Caprivi-Region im Nordosten des Landes, die den Namen eines deutschen Reichskanzlers trug, jetzt Sambesi, und Schuckmannsburg wurde zu Luhonono. Dahingegen stieß die Umbenennung der Hafenstadt Lüderitz in !Nami Nüs (das Zeichen steht für die Klicklaute der Nama-Sprache) auf Widerstand, so dass der Präsident seine Entscheidung zurücknehmen musste.

Ebenso gibt es Bemühungen, die Erinnerungsstücke aus der deutschen Kolonialzeit aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Das bekannteste Beispiel hierfür ist die Entfernung des Windhuker Reiterstandbildes, das an die deutschen Toten infolge des Aufstands der Herero und Nama erinnerte. Nach der Aberkennung des Status eines Nationalen Denkmals wurde es am 25. Dezember 2013 abgerissen.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass die Führung in Windhuk gegenüber der deutschen Minderheit in Namibia momentan noch eher eine Politik der Nadelstiche betreibt. Für die Zukunft liegt dann aber auch ein deutlich härterer Konfrontationskurs im Bereich des Möglichen.

W.K.

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2255**

Furcht vor dem Kronprinzen

CSU-Chef Seehofer wehrt sich dagegen, dass ausgerechnet Söder beste Chancen hat, ihn zu beerben

Wenn die Frage der Nachfolge regierender Bayern-Herrscher ansteht, greifen örtliche Beobachter gern zu Begriffen aus der Mythologie oder antiken Geschichte: Epigonen- und Diadochenkämpfe. Das hat seit den 1980er Jahren Tradition und hängt mit dem Naturell des Historikers und Altphilologen Franz Josef Strauß zusammen.

Spätestens seit der Landtagswahl 2013 ist in München wieder Epigonen- und Diadochen-Zeit. Es läuft die erklärtermaßen letzte Amtsperiode Horst Seehofers, und wie weiland Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber hat der aktuelle Bayern-Herrscher keine Lust, mit einem sichtbaren Verfallsdatum versehen und dergestalt als lahme Ente abgestempelt zu werden. Wie die berühmten Vorgänger hält auch Seehofer seine potenziellen Nachfolger allesamt für intrigante Nullen, die ihm niemals das Wasser reichen könnten. Vor allem aber fürchtet Seehofer den vorzeitigen Tyrannenmord, sobald klar ist, wer der Thronfolger ist.

Daher pocht Seehofer auf Äquidistanz: Alle potenziellen Nachfolger sollen gleich weit weg von den Fleischtöpfen der Macht gehalten werden. Die potenziellen Kandidaten sollen sich möglichst lang gegenseitig in Schach halten. Seehofers verzwickte Operationen, um diesen Zustand zu stabilisieren, sind praktisch meist direkte Anti-Söder-Aktionen, denn der forsche Finanzminister aus Nürnberg ist der mit Abstand mediengewandteste und geschickteste, aber auch intriganteste aller denkbaren Nachfolger.

Unvergessen der wohlkalkulierte Tiefschlag Seehofers gegen Söder, dem er 2012 bei einer Weihnachtsfeier für Journalisten „charakterliche Defizite" bescheinigte: Er sei „vom Ehrgeiz zerfressen" und leiste sich „zu viele Schmutzeleien", diktierte Seehofer der versammelten Landtagsjournaille in die Blöcke. Doch Söder hat das im Endeffekt nicht geschadet.

Noch vor einem Jahr schien es, als würde alles auf eine Doppelspitze aus Söder und der neuen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hinauslaufen: Die fesche Oberbayerin im Dirndl als gütige Landesmutter, der herumwichtelnde Söder als weltgewandter CSU-Chef. Doch Aigner verblasst von Tag zu Tag und verheddert sich in den Fallstricken der Energiewende. Vor allem leidet sie unter den jähen populistischen Volten Seehofers.



Beste Ausgangsposition: Söder hat sich als einzige starke Kraft neben Seehofer in Bayern etabliert Bild: ddp images

Die ehemalige Staatskanzleichefin Christine Haderthauer, die den Bayern sowieso nicht geheuer war mit ihrer norddeutschen Mundart, hat sich selbst erledigt: Sie stolperte über ihre Habgier, da sie und ihr Ehemann unter dubiosen Umständen einen Strafgefangenen Luxus-Modellautos zusammenbauen ließen und diese gewinnbringend vermarkteten. Dass Seehofer sie im Sommer so lang herumdilettieren ließ, lässt sich nur damit erklären, dass er keine denkbare Nachfolgeaspirantin verlieren wollte.

Stoiber warnte vor Folgen des Festhaltens an der Macht

Alexander Dobrindt darf als Lieblingskandidat Seehofers gelten: Trotz der Dauerblamage mit der Pkw-Maut lobt der Parteichef ihn bei jeder Gelegenheit in geradezu peinlicher Weise. Doch Dobrindt ist schon bei der eigenen Parteibasis viel zu unbeliebt, um ernsthaft als Nachfolger infrage zu kommen – im sonstigen Bayernvolk ist er schlicht unvermittelbar.

Bisweilen wirkt Seehofer geradezu verkrampft bemüht, weitere potenzielle Nachfolger in den Ring zu schicken. So hebt er neuerdings bei öffentlichen Reden neben Dobrindt immer auffälliger den EVP-Fraktionschef im Europaparlament, Manfred Weber, hervor. Doch CSU-Kenner sind sich einig: Der brave Niederbayer, wiewohl ein brillanter Kopf, kann es in Sachen Ausstrahlung und Machtbasis niemals mit Söder aufnehmen.

Die jüngsten Akte im munteren Diadochenspiel sind denn auch ausschließlich mit Söder und Seehofer besetzt: Der Finanzminister forderte – aus Sicht der CSU-Basis durchaus gerechtfertigt – angesichts der schwächelnden Konjunktur ein Moratorium gegen all die wirtschaftsschädigenden SPD-Gesetze, welche die Union im Bund mit verabschieden musste: Rente mit 63, Mindestlohn und so weiter. Außerdem forderte Söder nicht nur eine einmalige Entschärfung der leistungsfeindlichen kalten Progression, sondern einen Einkommensteuer-„Tarif auf Rädern", der jährlich entsprechend der Inflationsrate mitwächst – Beschlusslage der schwarz-gelben Koalition von 2012.

Da aber das Erinnern an frühere Positionen vom Drehofer (SPD-Spitzname) bereits als Beleidigung aufgefasst wird, schoss dieser scharf zurück: Er wies Söder mit harschen Worten zurecht und erklärte fix, er selber müsse ja nicht unbedingt nach dieser Legislaturperiode aufhören.

Seehofer als sein eigener Nachfolger? Mit solchen Gedankenspielen hätte Seehofer den Zorn der um ihre Wiederwahl besorgten Landtagsfraktion provoziert. Den bekam im Januar 2007 bekanntlich Edmund Stoiber zu spüren, der in Kreuth alle Nachfolgefragen mit dem Hinweis wegfegte, er wolle nicht nur die laufende Legislatur zu Ende amtieren, sondern möglicherweise auch 2008 nochmals antreten. Noch in der folgenden Nacht hoben die versammelten Landtagsabgeordneten Günther Beckstein auf den Schild.

Wie gut informierte Kreise munkeln, nahm Stoiber sich vor Kurzem Seehofer in einem Vier-Augen-Gespräch zur Brust und warnte ihn mit Hinweis auf die persönlich erlebte Geschichte eindringlich davor, das Hau-den-Söder-Spiel zu übertreiben. Seither besetzt Seehofer die Rückzugsposition, dass die Nachfolgefrage erst 2016/17 anstehe.

Denn am Ende entscheiden ja nicht Seehofer, die CSU-Basis oder die Medien über die Nachfolgefrage, sondern die vielzitierte „Herzkammer der CSU", die Landtagsfraktion. Und die Fraktion wird denjenigen bestimmen, mit dem sie sich die besten Wahlchancen ausrechnet. Und da, das pfeifen alle Spatzen von den Dächern des Maximilianeums, dürfte Söder von allen Kandidaten die mit Abstand besten Karten haben. *Anton Heinrich*

MELDUNGEN

Vorerst keine EU-Erweiterung

Berlin – Vor deutschen, französischen und polnischen Europa-Politikern machte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) deutlich, dass er auf absehbare Zeit nicht mit einer Erweiterung der EU rechne. Ein potenzielles Mitglied müsse schließlich auch „mitgliedsfähig" sein und da sehe er derzeit keinen Kandidaten, der dies sei. Vor allem in Bezug auf die Ukraine warnte er davor, einen EU-Beitritt des Landes als Ausweg aus der jetzigen Krise zu betrachten. Auch betonte er, dass eine europäische Einkaufsgemeinschaft für fossile Energien, um die Position gegenüber Russland zu stärken, keine Lösung sei. Schließlich würden die meisten Verträge auf dem Sektor von privaten Firmen abgeschlossen. Würde die EU das Thema übernehmen, wäre eine Verstaatlichung des Energiesektors Voraussetzung, was Lammert als undenkbar bezeichnete. *Bel*



Fracking bleibt verboten

Berlin – Die Bundesregierung hält an ihrem Verbot von Fracking fest. Wie das Bundesumweltministerium als Reaktion auf anderslautende Medienberichte erklärte, bleibe das Bohren nach Schiefergas in Deutschland unbefristet untersagt. Fracking könne nur erlaubt werden, wenn diese Technik nachweislich keine Gefahr für das Grundwasser und die Umwelt darstelle, so ein Ministeriumssprecher Anfang der Woche. Auch die Grenze der Bohrtiefe zu Versuchszwecken von mindestens 3000 Metern bleibe bestehen. Allerdings sei es nicht ausgeschlossen, so der Sprecher weiter, dass Fracking zu einem späteren Zeitpunkt erlaubt werde, weil Experten zu anderen Erkenntnissen gelangt sein könnten. Beim Fracking werden Chemikalien in die Gesteinsschichten gepresst, um das Gas herauszulösen. *J.H.*

Im Frust geeint

»Neue Liberale« hoffen auf Hamburg

Der Erfolg der Euro-kritischen Alternative für Deutschland (AfD) hat Goldgräberstimmung ausgelöst: "Die Bereitschaft, derzeit eine neue Partei zu gründen, ist relativ hoch, weil es der AfD eben gelungen ist, Erfolge zu erzielen", erklärt der Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer mit Blick auf die Gründung der „Neuen Liberalen".

Diese bezeichnet sich denn auch mit Blick auf die AfD als „soziale Alternative für Deutschland". Die Neugründung sucht die Konkurrenz mit den Euro-Kritikern und ist dabei eher ein Produkt aus frustrierten links- beziehungsweise sozialliberalen Ex-FDPlern und orientierungslos gewordenen „Piraten".

Im Hamburger Landesverband der FDP ging es seit Jahren drunter und drüber, der Dauerzoff zwischen der Fraktionsvorsitzenden Katja Suding und der Landesvorsitzenden Sylvia Canel eskalierte im Spätsommer. Gemeinsam mit Canel trat auch ihr Stellvertreter Najib Karim aus. Mit rund 20 abtrünnigen Freidemokraten gründeten sie die Neuen Liberalen. Rund 500 Mitglieder hat die Partei zwei Monate nach ihrer offiziellen Gründung. „Sozialliberal", „menschlich" und „vernünftig" will sie sein. „Es ist Teil der Solidarität der Gesellschaft, den Mitmenschen einen möglichst großen Raum der Eigenverantwortung zu verschaffen", so eine der Leitlinien.

Zum Schaden der FDP, nicht der AfD

In Hamburg möchte sie im Februar in Konkurrenz zur AfD und FDP an den Bürgerschaftswahlen teilnehmen. Als Spitzenkandidatin wurde die 43 Jahre alte Isabel Wiest aufgestellt, die bis zu ihrem Parteiwechsel für die Grünen in der Bezirksversammlung Harburg saß. Mit ihr bildet das 29-jährige Ex-FDP-Mitglied Christian Schiller eine Doppelspitze. Neben ehemaligen FPD-Mitgliedern finden sich frühere Grüne, Sozialdemokraten und enttäuschte „Piraten" auf den Listenplätzen der Partei. Bei den Koordinierungstreffen der Landesgruppen dominierte ebenfalls dieser Personenkreis.

„Sie eint Enttäuschung und Frust. Aber Protestpotenzial werden sie von der AfD nur geringfügig ziehen können. Dafür fehlt ihnen das Thema. Aber die Partei hat das Potenzial, ein schlechtes FDP-Ergebnis in Hamburg noch weiter drücken zu können", sagt Niedermayer. *P.E.*

Feindbild Bürger

In Dresden bekämpfen Politik, Kirchen und Medien »Pegida«-Montagsdemonstrationen

Genau 25 Jahre nach der friedlichen Revolution in der DDR finden wieder Montagsdemonstrationen in Dresden statt, und erneut treibt die Arroganz der Herrschenden die Menschen auf die Straße. Mittlerweile gärt es nämlich in allen Stadtteilen, weil bekannt wurde, dass die Zahl der Asylbewerber, die in der sächsischen Landeshauptstadt unterzubringen sind, von 2000 auf 4000 steigen wird – was den Bau von zwölf neuen Sammelunterkünften nötig macht. Kostenpunkt: mindestens 16 Millionen Euro! Darüber hinaus sollen die „Flüchtlinge" vorrangig aus den Konfliktregionen des Nahen Ostens kommen. Deshalb richtete sich der nunmehr fünfte „Große Abendspaziergang" seit dem 20. Oktober auch wieder gegen "Glaubenskriege auf deutschem Boden" sowie „die fanatische, radikalreligiöse Unterwanderung unseres Landes" durch Islamisten.

Veranstalter der Demonstration war abermals die Bürgerinitiative „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" („Pegida"), hinter der bisher apolitische Dresdner wie Lutz Bachmann, Tom Balazs und Kathrin Oertel stehen, die nach einer ersten turbulenten Kurdendemonstration auf der Prager Straße beschlossen hatten zu handeln. Das hinderte die Medien allerdings nicht daran, von einem Zusammenschluss von NPD und „rechtem Flügel der AfD" zu phantasieren. Dazu wurde genüsslich die grüne Landtagsabgeordnete Eva Jähnigen zitiert, die dem „gemischten Haufen aus scheinbaren Biedermännern, Hooligans und NPD-Aktivisten" attestierte, „Brandstifter eines friedlichen Miteinanders aller Dresdner" zu sein. Und wie es sich für unsere „Zivilgesellschaft" gehört, sprangen sofort allerlei Gutmenschen über dieses Stöckchen: Nach der Demonstration der Vorwoche unterzeichneten der Ausländerrat der Stadt und der Sächsische Flüchtlingsrat im Verein mit den beiden evangelischen Superintendenten Christian Behr und Albrecht Nollau sowie zwei führenden Gewerkschaftsvertretern ein Positionspapier gegen die „Pegida". Des Weiteren übte auch die sächsische Linkspartei Kritik, wobei deren Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz Jähnigen aber insofern widersprach, als sie unter den Demonstranten „eine ganze Menge ganz scheinbar normaler Leute" verortete.

Demonstranten fürchten Islamisierung

Und dann ist da noch Christian Avenarius, der Vorsitzende des Dresdner SPD-Stadtverbandes, der freilich nur 820 Mitglieder umfasst. Der ambitionierte Oberstaatsanwalt will unbedingt alle gesellschaftlichen Kräfte gegen die „Pegida" bündeln, weil diese dem Ruf von „Elbflorenz" schade und dabei die Symbole der friedlichen Revolution missbrauche. Dahingegen meinte der sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Stadtratsfraktion, Lothar Klein: „Wenn sich redliche Dresdnerinnen und Dresdner als verkappte NPD-Aktivisten und geistige Brandstifter beschimpfen lassen müssen, weil sie ihre Sorgen und ihre Meinung frei äußern, ist das ein Schlag ins Gesicht aller Demokraten."

Aber wie dem auch sei: Die „Pegida"-Demonstration, zu der am 17. November schon 3500 Personen gekommen waren, also 1500 mehr als in der Vorwoche, bewegte sich genauso friedlich wie immer vorwärts. Es galt ein striktes Alkoholverbot und niemand skandierte Parolen. Ruhig liefen die Protestierenden in Richtung Postplatz – aufmerksam nach möglichen Provokateuren im Zuge Ausschau haltend, die ihr Anliegen in Misskredit bringen könnten.

Im auffälligen Kontrast zu dieser Besonnenheit stand das hasserfüllte Gebrüll derer, die den „Pegida"-Anhängern entgegentreten wollten. Einem Aufruf der Initiative „Dresden Nazifrei" folgend, versuchten rund 650 teils vermummte Linksextremisten, die „rechte" Demonstration zu attackieren, wurden aber von einem massiven Polizeiaufgebot daran gehindert.

Damit verkehren sich nun die Verhältnisse von 1989 ins Gegenteil: Heute schützt die Polizei die Montagsdemonstranten, während die Dresdner Kirchenoberen auf Distanz gehen. Das gleiche gilt übrigens für die jüdische Gemeinde der Stadt, denn auch diese trat jetzt der Front der „Pegida"-Gegner bei. Dabei wurde der bisher einzige Anschlag auf die Dresdner Synagoge von einem muslimischen Algerier verübt – und es war Avenarius, der als Sprecher der Staatsanwaltschaft den Medien verkündete, dass man in diesem Fall „keinen Haftgrund" sehe. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

UN kritisiert Islamgesetz

Wien – Nachdem bekannt geworden ist, dass die Uno-Beauftragten für Religionsfreiheit und Minderheitenrechte Kritik am neuen österreichischen Islamgesetz geäußert haben, fordern einige Parlamentarier den genauen Wortlaut der UN-Nachfrage an. Österreichische Medien hatten gemeldet, dass sich die UN-Beauftragten besorgt gezeigt hätten, weil das Gesetz künftig eine deutschsprachige Fassung des Korans als Grundlage verlange. Zudem stoße das geplante Verbot einer Auslandsfinanzierung für Moscheen und islamische Schulen auf Unverständnis. Außenminister Sebastian Kurz, der das Gesetz mit entworfen hat, sieht die UN-Kritik jedoch gelassen. *Bel*

Zypern verärgert über Türkei

Ankara/Athen/Nikosia – Seismische Untersuchungen der Türkei in einem Seegebiet südlich von Zypern, das Nikosia zu seiner Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) zählt, haben zu zusätzlichen Spannungen zwischen der Türkei sowie Zypern und Griechenland geführt. Aus Protest gegen die Entsendung eines türkischen Forschungsschiffes in die umstrittenen Gewässer hat die Regierung in Nikosia angekündigt, in Brüssel alle Kapitel der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu blockieren. Mit einer weiteren Eskalation der Spannungen zwischen den Nato-Mitgliedern Türkei und Griechenland wird für den Fall gerechnet, dass auch Griechenland in der Ägäis genaue Grenzen seiner AWZ definiert. Aus Rücksicht auf mögliche Reaktionen Ankaras hat die griechische Regierung bisher darauf verzichtet. Im östlichen Mittelmeer werden umfangreiche Gas- und Erdölvorkommen vermutet. *N.H.*

Jetzt auch die Spanier

Mit der Partei Podemos erfasst eine EU- und Euro-kritische Bewegung jetzt die iberische Halbinsel

Das Schreckgespenst des spanischen politischen Establishments ist jung, trägt lange Haare und sieht mit seinem Dreitagebart eher aus wie ein Rockmusiker. Sein Name: Pablo Iglesias. Seine Partei: Podemos („Wir können“).



Von wegen alternativlos: Podemos präsentiert sich als Gegenmodell zur von Korruption zerfressenen politischen Elite in Spanien
Bild: imago

Gerade einmal 36 Jahre ist der Vorsitzende (siehe auch S. 24) alt, er ist ein studierter Politologe und stammt ursprünglich aus dem linken Spektrum. Mit Podemos, einer klassischen Protestgruppierung, profitiert Iglesias vom Frust großer Teile der Bevölkerung. Zwar meldeten die Wirtschaftsinstitute zuletzt eine leichte Erholung, doch noch immer steht vor allem Spaniens Jugend perspektivlos dar. Ein Viertel von ihr ist arbeitslos, neun von zehn neu abgeschlossenen Arbeitsverträgen sind zeitlich befristet. Um die Vorgaben der Europäischen Union zu erfüllen, hat Ministerpräsident Mariano Rajoy von der konservativen Volkspartei (PP) sein Land einen harten Sparkurs verordnet. Dabei kam es gar nicht gut an, dass fast monatlich neue Enthüllungen über korrupte Regierungspolitiker an die Öffentlichkeit gelangten.

„Wir werden belogen, betrogen, unser Volk ausgebeutet, unsere Jugend ihrer Zukunft beraubt“, schimpft Iglesias. Erst rund vier Monate vor den diesjährigen Europawahlen entstanden, erreichte seine Partei dennoch bei den Wahlen knapp acht Prozent und konnte fünf Abgeordnete nach Straßburg senden. Erklärtes Ziel der Bewegung ist es aber nicht, ein paar Abgeordnete ins EU-Parlament zu schicken, sondern das Ende des Zweiparteiensystems in Spanien zu besiegeln und eine realistische Alternative für eine zukünftige Regierung in Spanien anzubieten.

Spanische Medien vergleichen Podemos mit der Fünf-Sterne-Bewegung des Italieners Beppe Grillo. Sie sei „durch und durch gegen Brüssel eingestellt“, zudem „antikapitalistisch und sozialistisch“, so Spaniens größte Tageszeitung „El Pais“. Anders als die Partei des Kabarettisten Grillo sei Podemos aber darauf bedacht, keine Skandale zu verursachen und den Eindruck von Seriosität zu vermitteln. Die Bürger auf der iberischen Halbinsel honorieren Iglesias' Kurs mit Rekordwerten in den Meinungsumfragen. Nach einer Umfrage des staatlichen Forschungsinstituts CIS bekäme Podemos bei einer Wahl jetzt nur knapp weniger Stimmen als Volkspartei oder die Sozialisten. Bei den Sympathiewerten in der Bevölkerung übertrumpft die Bewegung sogar die großen Parteien. „Wir sind das Resultat des allgemeinen Desasters“, sagt Iglesias rund zehn Monate vor der Parlamentswahl. Nach einer Aufstellung von „El Mundo“ wurden in Spanien seit dem Jahr 2000 rund 80 größere Korruptionsskandale aufgedeckt. Darin sind mehr als 450 Politiker, Amtsträger und Unternehmer verwickelt, 77 wurden verurteilt und 23 sind in Haft.

Neulinge sind von links in die Mitte gerückt

Deutsche Medien haben Podemos in den vergangenen Tagen wiederholt mit der Euro-kritischen Alternative für Deutschland (AfD) verglichen. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ bezeichnete sie als „Spaniens linke AfD“. Wie die Partei um den Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke ist auch Podemos aus mehreren Vorfeldorganisationen entstanden, die sich aus Protest gegen die Euro-Rettungspolitik gegründet hatten. Als Manifest gilt ein Aufruf unter dem Motto „Die Empörung in politische Veränderung verwandeln“, der von 30 Wissenschaftlern, Intellektuellen und Künstlern vorgestellt wurde. Von den radikalen Forderungen der Gründerzeit wie der Verstaatlichung von Schlüsselkonzernen oder der Aussetzung der Rückzahlung von Staatsschulden ist Podemos mittlerweile abgerückt. Iglesias erklärte, seine Partei „wolle Sprachrohr des Protests der Mitte sein und das klassische Lagerdenken überwinden“.

Doch nicht nur aufgrund der Erfolge der neuen Partei befindet sich Spanien innenpolitisch in Aufruhr. Für Wirbel sorgte auch das Ergebnis einer Abstimmung, bei der sich 80 Prozent der Bürger Kataloniens für eine Loslösung vom spanischen Staat ausgesprochen haben. Das Verfassungsgericht hatte der Regionalregierung zwar untersagt, ein förmliches Referendum abzuhalten. Als Ersatz organisierte der Präsident der Generalität von Katalonien (Generalitat de Catalunya) Artur Mas eine unverbindlichere Abstimmung. Rund 2,25 Millionen der mehr als fünf Millionen Stimmberechtigten haben sich an der Abstimmung beteiligt. „Wir verdienen ein legales Referendum. Die spanischen Behörden müssten davon überzeugt werden, dass Katalonien ein Referendum über seine Zukunft verdient“, sagte Mas.

Die 7,5 Millionen Einwohner zählende und von Barcelona aus verwaltete Region genießt seit dem Ende der Franco-Diktatur im Jahr 1975 weitreichende Autonomierechte. Das Streben nach Unabhängigkeit hat bei den Katalanen eine lange Tradition. Vom zehnten bis zum 18. Jahrhundert war Katalonien ein unabhängiger Staat. Nach dem Spanischen Erbfolgekrieg wurde es 1714 jedoch an Spanien angegliedert. Die Region erwirtschaftet derzeit ein Fünftel des spanischen Bruttoinlandsproduktes, ist allerdings mit 62 Milliarden Euro Schulden bei der Europäischen Zentralbank stark belastet. Wirtschaftswissenschaftler bezweifeln, dass Katalonien alleine überlebensfähig wäre.

Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy kündigte unterdessen an, er werde „eine Abspaltung so lange verhindern, wie ich im Amt bin“. Was nicht viel besagen muss angesichts der gar nicht so fernen Parlamentswahlen. Im Gegensatz zu Rajoy hat Iglesias sich für eine Volksabstimmung ausgesprochen: „Den Wunsch der Bürger darf man nie ignorieren.“ Auch diese Aussage dürfte ihm weiteren Zulauf bescheren. *Peter Entinger*

Rüstungslobby im Aufwind

USA: Republikaner wollen Budgetkürzungen zurücknehmen

Erste Folgen der Wahlergebnisse vom 4. November, die den Republikanern die Mehrheit in beiden Kammern des US-Kongresses beschert haben, machen sich bereits im Pentagon bemerkbar. Dort dürften die Schmerzen ob der im letzten Jahr beschlossenen erheblichen Kürzungen im Militärhaushalt nun dem Jubel der Militärs Platz machen, dass die Gelder wieder fließen werden. Die Rückzüge aus dem Irak und Afghanistan waren die Grundlage gewesen für Milliardenkürzungen im Verteidigungsministerium. Doch da gab es noch nicht den Islamischen Staat (IS). Jetzt hat Präsident Barack Obama selbst zusätzliche 5,6 Milliarden US-Dollar beantragt für die Luftangriffe gegen den IS und das Training der irakischen Streitkräfte. Doch das sind „Peanuts“ im Vergleich zu den Summen, welche die Republikaner im Kongress mit ihrer neuen Mehrheit zusätzlich ausgeben wollen.

Senator John McCain wird jetzt Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, und er plant, auf diesem Posten seine nächsten Ziele durchzusetzen: Verstärkung des Kampfes gegen den IS einschließlich des Einsatzes von Bodentruppen, Bewaffnung der den USA genehmen Rebellen in Syrien und Aufrüstung der Ukraine gegen Russland.

„Wir brauchen die Unterstützung des Kongresses, um so viele Dinge durchzuführen, die wir planen, und um die Bürde der Kürzungen von unserem Rücken zu wälzen“, bemerkte bereits der Pentagonsprecher Admiral John Kirby. Für 2015 hatte das Ministerium 58,6 Milliarden US-Dollar für Operationen im Ausland beantragt, 20 Milliarden weniger als im Jahr zuvor.

Dem IS, aber auch Assad und Russland den Kampf angesagt

Mit dieser unfreiwilligen Bescheidenheit dürfte nun Schluss sein, nachdem ein von Republikanern dominierter Kongress bei der Bewilligung mitzureden hat. Und so erwartet die US-Rüstungsindustrie, der durch die Kürzungen Massenentlassungen bevorstanden, einen erheblichen Aufschwung. Eingesetzte Bomber, Kampfflugzeuge und Drohnen benötigen professionelle Wartung und Ersatzteile. Es braucht den ständigen Nachschub von Bomben, die auf die militärischen Gegner niedergehen. Auch die Spionagetechnologie muss ständig erweitert werden für den auf einen längeren Zeitraum angesetzten Kampf gegen die vermeintliche islamische Bedrohung.

Im Rüstungsgeschäft tätige Konzerne wie Boeing und Raytheon Company haben bereits lukrative Aufträge für hochentwickelte technologische Waffen erhalten. Ryan Crotty, auf Haushaltsfragen spezialisierter Angehöriger der Denkfabrik Center for Strategic and International Studies (Zentrum für internationale und strategische Studien), spricht von einer „guten Chance, dass diese Wahl eine entscheidende Veränderung bewirkt hat“ und lobt: „Die Gesetzgeber sprechen jetzt mit einer einheitlicheren Stimme. Das ist wichtig für die Verteidigung.“

Rüstungsfirmen mischen auch mit im US-amerikanischen Engagement in Westafrika gegen die Seuche Ebola. 1030 US-Soldaten bauen Hospitäler wie Isolierstationen und trainieren medizinisches Personal in Liberia und dem Senegal. Vergangene Woche bestätigte der Rüstungskonzern Northrop Grumman Corporation einen 27-Millionen-Dollar-Auftrag vom Nationalen Seucheninstitut (NIAID) für die Errichtung einer Datenbank für krankheitserregende Viren wie den Ebola-Erreger. *Liselotte Millauer*

Warschau zeigt Zähne

Polen erhöht Militärausgaben und will endlich Raketenschild

Die Krise in der Ukraine hat auch in Polen die Sorge vor einer Bedrohung durch die Russische Föderation anwachsen lassen. Ganz im Sinne der Zielvorstellungen führender Nato-Strategen will auch Polen im Zusammenhang mit der Frage nach einer Aufstockung des nationalen Militäretats nicht zurückstehen und denkt daran, vor allem den eigenen Bestand an Kurzstreckenraketen zu erweitern.

Zwar gibt es sowohl innerhalb der polnischen Bevölkerung als auch der polnischen Politik durchaus ein nicht unerhebliches Maß an Skepsis im Zusammenhang mit der nationalistisch dominierten Post-Maidan-Ukraine. Die Kriegsverbrechen der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) in Wolhynien und andernorts im Jahre 1943, denen zwischen 100 000 und 300 000 Polen zum Opfer gefallen sind, sind in Warschau nicht vergessen. Deshalb misstraut man dem Kult um den ehemaligen UPA-Führer Stepan Bandera, der in der Maidan-Bewegung eine bedeutende Rolle spielte.

Noch größer ist jedoch die Urangst vor dem russischen Nachbarn, und deshalb lud das Nato-Mitglied Polen Raketenbauer aus mehreren Ländern ein, um über militärische Modernisierungsmaßnahmen zu konferieren. Das polnische Verteidigungsministerium gab, so die Nachrichtenagentur AFP, in diesem Zusammenhang bekannt, dass die neuen Raketen-Akquisitionen Teil eines Raketenabwehrschilds und Flugabwehrsystems sein sollen.

2016 soll laut offiziellen Quellen über den Zulieferer entschieden werden. Die Kosten für das Projekt, das auch russische Mittelstreckenraketen abwehren können soll, werden auf sechs Milliarden Euro geschätzt.

Trotz Skepsis gegenüber Kiew gilt Moskau als Feind

In den kommenden zehn Jahren möchte Warschau insgesamt 33 Milliarden Euro für modernstes Kriegsgerät ausgeben – und US-amerikanische Auftragnehmer sollen dabei nicht zu kurz kommen. Bereits im Juni hatte Polen den französischen Waffenhersteller Thales und den US-amerikanischen Rüstungsriesen Raytheon als Kandidaten für die Ausschreibung zur Errichtung eines Flugabwehrsystems angenommen.

Die polnischen Aufrüstungspläne sind dabei auf den vor allem von den USA gewünschten Ausbau des Nato-Raketenschilds abgestimmt, der sich angeblich gegen atomar bestückte Raketen Irans richten soll, von Russland jedoch als unfreundlicher und aggressiver Akt betrachtet wird, der Nato-Stellungen immer näher an die Grenzen der Russischen Föderation rückt.

Dieser Schild wurde 2010 von allen 28 Mitgliedsstaaten der Nato beschlossen. Das Waffensystem werde Nato-Quellen zufolge ausschließlich von US-Konzernen errichtet. Bis 2020 soll die Umsetzung dieses Konzeptes, bei dem Polen und Rumänien Schlüsselrollen einnehmen, abgeschlossen sein. Der polnische Präsident Bronislaw Komorowski erklärte im September, Warschau wäre „entschlossen ..., den Raketenschild sowie das Luftabwehrsystem zu errichten und seinen Teil der Verpflichtungen einzuhalten“.

Der Nato zufolge hat der geplante Raketenschild einen ausschließlich defensiven Charakter. Angesichts der Ukraine-Krise und der Konfrontationspolitik gegen Moskau verfestigt sich jedoch der Eindruck, dass sich das ehemals zum Warschauer Pakt gehörende Polen zur geostrategischen Speerspitze der Nato wandelt. *Ali Özkök*

An Aufklärung nicht interessiert

Ausgerechnet der neue EU-Kommissionspräsident hat als Premier Verrat an der europäischen Idee begangen

Es zeichnet sich ab, dass EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker keine ernsthaften Folgen wegen der von ihm als luxemburgischer Premier zu verantwortenden, aus EU-Sicht höchst unsolidarischen Unternehmenssteuersparmodellen zu befürchten hat. Einem im EU-Parlament eingebrachten Misstrauensantrag gegen ihn werden keine Chancen eingeräumt. Wie ist das möglich?

Er gefällt sich in der Rolle als Retter Europas. Noch bevor er das Amt als EU-Kommissionspräsident antrat, hatte Juncker bereits verkündet, dass er bis Ende des Jahres ein 300 Milliarden Euro umfassendes Investitionsprogramm für Europa auflegen wolle, um für Wachstum und Wohlstand zu sorgen. Zwar ist immer noch nicht bekannt, woher er diese riesige Summe nehmen will, noch wofür diese konkret verwendet werden soll, doch angesichts der neuesten Veröffentlichungen über Junckers bedenkliches Engagement als Luxemburgs Premier erscheint sein Plan vor allem auch in einem völlig neuen Licht. Da entdeckt also ein Mann, der gut 25 Jahre die finanziellen Geschicke des kleinen Landes erst als Finanzminister und später als Ministerpräsident gelenkt hat und dessen Ziel es war, Unternehmenssteuern von den europäischen Partnerländern weg in sein Land zu lenken, sein Herz für das Wohl aller EU-Staaten?

Juncker selbst, der im EU-Wahlkampf gezielt die Rolle des „Mr. Europa" gespielt hat, sieht hier keinen Widerspruch. Am liebsten hätte er sich zu den jetzt publik gewordenen luxemburgischen Steuersparmodellen gar nicht geäußert. Doch als der Druck zu groß wurde, trat er vor das EU-Parlament und die Kameras, meinte, alles sei schließlich legal gewesen und andere Länder wie die Niederländer würden es auch tun, und damit sei alles geklärt.

Im EU-Parlament störte sich offenbar nur eine kleine Minderheit an dem Umstand, dass da einer gezielt dafür gesorgt hat, dass den EU-Partnerländern

EU-Partnerländer wurden um Milliarden Euro gebracht

Steuern in Milliardenhöhe entzogen wurden und somit der solidarische Gedanke, der eigentlich die europäische Idee trägt, ad absurdum geführt wurde. Das sei doch alles grundsätzlich bekannt gewesen, man verstehe die ganze Aufregung nicht, bekamen Medien-Vertreter in Brüssel zu hören.

Aber wenn das alles bekannt war, warum erfährt dann die breite Masse erst jetzt davon? Und wieso nehmen die anderen EU-Länder es offenbar seit Jahren hin, dass ihren Staatshaushalten Milliarden Euro entzogen werden, indem Länder wie Luxemburg, die Niederlande, Irland und Großbritannien großen Konzernen wie Fiat, Apple, Amazon, Starbucks, Pepsi, FedEx und Ikea, aber auch Eon, RWE oder der Deutschen Bank Steuerschlupflöcher gewähren?

Die Medien berufen sich bei ihren aktuellen Veröffentlichungen auf 28000 Seiten geheimer Dokumente durch das Internationale Konsortium investigativer Journalisten (ICIJ), die ihnen allerdings schon seit einiger Zeit vorliegen. Wieso wurden die Informationen aber ausgerechnet jetzt publik? Warum nicht während des EU-Wahlkampfs, um Junckers Wahlsieg zu verhindern, schließlich hat er mit seinem unsolidarischen Handeln die europäische Idee verraten? Und sollte es nachdenklich stimmen, dass das Konsortium von Stiftungen finanziert wird, die US-Milliardäre wie George Soros gegründet haben? Haben ihre Konzerne oder Konzerne, in denen sie finanziell engagiert sind, nicht von den Steuersparmodellen profitiert, die es möglich machten, dass Unternehmen nur Steuersätze von einem Prozent zahlen, während Facharbeiter beispielsweise in Deutschland bereits nahe des Spitzensteuersatzes von 42 Prozent liegen? Und wieso sind weder das EU-Parlament noch die EU-Regierungschefs an Aufklärung interessiert? Erstaunlicherweise ermittelt immerhin die EU-Kommission seit einiger Zeit

Warum wurden pikante Details erst jetzt publik?

gegen einige Länder mit besagten Steuersparmodellen wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung, doch was für ein Ergebnis ist zu erwarten, wenn ein Luxemburger und gleich zwei Niederländer an entscheidenden Schalthebeln in der EU-Exekutive sitzen?

Und als wären das nicht schon genug Fragen, ist es ein Rätsel, warum in den Ländern, die Opfer der Steuerspartricks einiger weniger EU-Partner waren und die das Geld angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Lage dringend gebrauchen könnten, nicht spätestens jetzt, wo alle Fakten auf dem Tisch liegen und nicht mehr nur den Charakter von Gerüchten haben, dafür sorgen, dass sie bekommen, was ihnen zusteht. Dass Unternehmen in dem Land Steuern zahlen, in dem sie die Geschäfte machen, ist eigentlich keine neue Idee, doch in Zeiten, in denen der europäische Solidaritätsgedanke nur strapaziert wird, wenn ein Land aus finanzieller Not gerettet werden muss, gilt sie offenbar als altbacken.

Und schon ist ein Mann wie Juncker wieder an der richtigen Stelle. Ein großer Teil seines 300 Milliarden Euro umfassenden Investitionsprogramms soll nämlich aus einem neu zu schaffenden EU-Investitionsfonds stammen. Dieser soll mit „nur" 30 Milliarden Euro von den EU-Staaten selbst eingebrachtem Kapital ausgestattet werden, um anschließend „gehebelt" zu werden, sprich der Rest der Gelder soll von Investoren wie Banken stammen, die Anleihen zeichnen, die ... ja, derzeit rechnen die Finanzkünstler in Brüssel eben noch, aber was beim Euro-Rettungsfonds ESM geklappt hat, wird dieses Mal auch schon irgendwie funktionieren. Da verzeiht man einem im EU-System vielseitig vernetzten Politiker wie Juncker gern die ein oder andere Unkorrektheit. Zudem ist dessen weiße Weste als „Mr. Europa" jetzt fleckig geworden, er ist also politisch angeschlagen und somit angreifbar. Auch sah er sich zu einer Art Befreiungsschlag genötigt und schlug vor, dass Finanzbehörden der EU-Staaten künftig ungewöhnliche Steuersparmodelle an andere Länder, die davon betroffen sein könnten, weiterleiten müssen.

Rebecca Bellano



Geht bereits wieder zur Tagesordnung über: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker — Bild: Getty

Meldungen

Starke Jobverluste durch TTIP

Boston – Die US-Elite-Universität Tufts, die Konzernlenker wie den J.P.Morgan-Chef James Dimon zu ihren Absolventen zählt, hat errechnet, dass das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA in Europa 600000 Jobs kosten werde. Während andere Studien von einem Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätzen ausgehen, kommen die Forscher der US-Universität zu dem Schluss, dass entstandene Verluste infolge des Abkommens in den schrumpfenden Sektoren nicht durch den Handel mit unbeteiligten Ländern kompensiert werden können. *Bel*

Glücklich über kleinen Lichtblick

Paris – Nachdem Frankreich nach einem negativen Wirtschaftswachstum von minus 0,1 Prozent im zweiten Quartal bereits dicht an einer Rezession gesehen wurde, war die Erleichterung groß, als das dritte Quartal nun ein leichtes Wachstum von 0,3 Prozent ergab. „Frankreich wächst schneller als Deutschland", jubelt gar die „FAZ". *Bel*

Weniger Russen auf Zypern

Nikosia – Führende Ratingagenturen haben die Kreditwürdigkeit Zyperns wegen der positiven Entwicklung des Staatshaushalts angehoben. Zur Konsolidierung hat auch die Tourismusbranche beigetragen, die 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beisteuert. Im kommenden Jahr rechnet der für Tourismus zuständige Minister Georgios Lakkotrypis allerdings aufgrund der drastischen Rubelabwertung damit, dass 100000 russische Touristen fehlen werden. Der Minister hofft, diesen Rückgang mit Gästen aus Großbritannien und Deutschland kompensieren zu können. *MRK*

Stärkt EU korrupte Eliten?

Nähe zu Brüssel in Ukraine und Georgien ausgenutzt

Nachdem sich schon bei EU-Neumitgliedern wie Rumänien und Bulgarien Korruption als ein sehr hartnäckiges Phänomen herausgestellt hat, scheint sich Brüssel mit seinen EU-Assoziierungsabkommen neue Problemfälle einzuhandeln. Sowohl in der Ukraine als auch in Georgien gibt es Anzeichen dafür, dass eine vermeintlich „prowestliche" Politik von korrupten Eliten als Freibrief missbraucht wird.

Mit Blick auf die Ukraine scheint zumindest bei einzelnen Akteuren in Brüssel inzwischen erste Ernüchterung einzukehren. „Die Ukrainer manipulieren die EU", so ein namentlich nicht genannter hochrangiger EU-Vertreter, den die Nachrichtenagentur Reuters in einem Bericht zitiert. Durch Kiew ausgenutzt sieht die in die Verhandlungen mit der Ukraine involvierte Person insbesondere das Entgegenkommen der EU, Importzölle auszuräumen und die ukrainische Versorgung mit russischem Erdgas zu finanzieren. Teile der ukrainischen Regierung würden bewusst auf eine Konfrontation mit Russland setzen, da Kiew von der EU faktisch einen Blankoscheck ausgestellt bekommen habe, so der Tenor der Vorwürfe. Die bekannt gewordenen Zweifel hatten Folgen. An den Märkten erlebte die ukrainische Währung Hrywnja einen neuerlichen Schwächeanfall. Es wurden sogar Befürchtungen laut, die Wirtschaft der Ukraine stehe nun vor ihrem „Endspiel".

Der Verdacht, dass das Bekenntnis zur EU und einer EU-freundlichen Politik nur ein Feigenblatt

Assoziierungsabkommen offenbar als Freibrief verstanden

sei, hinter dem ganz eigene Interessen verfolgt werden, drängt sich auch angesichts der jüngsten Entwicklung in Georgien auf. Zeitgleich mit Moldau und der Ukraine hat auch die Kaukasusrepublik im Juni dieses Jahres mit der EU ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Sein Land sei ein verlässlicher Partner, der den „nicht umkehrbaren Weg in Richtung europäischer Integration" gewählt habe, so Georgiens Regierungschef Irakli Garibaschwili bei Abschluss des Abkommens. Nicht einmal ein halbes Jahr später steht nun bereits die Befürchtung im Raum, dass sich Georgien wieder verstärkt Russland zuwendet.

Anlass ist das Gerangel verschiedener Clans, die sich gegenseitig der Korruption beschuldigen und Georgien in eine politische Krise stürzen. In Tiflis ist eine politische Kettenreaktion in Gang gekommen, an deren Anfang am 4. November die Entlassung des Verteidigungsministers Irakli Alasania stand. Hintergrund sind Ermittlungsverfahren gegen ranghohe Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums wegen Veruntreuung und Korruption. Der geschasste Alasania bezeichnete die Ermittlungen als politisch motiviert, da er für Georgiens Beitritt zur EU und zur Nato eingetreten sei.

Inzwischen hat sich die Entlassung des Verteidigungsministers zu einer Regierungskrise ausgeweitet. Aus Protest traten Alexi Petriaschwili, Minister für die europäische und euroatlantische Integration, sowie Alasanias Pateifreundin und Schwägerin, die bisherige Außenministerin Maja Pandschikidse, zurück. Mit der Regierungskrise droht dem vom prowestlichen Oligarchen Bidsina Iraschwili geschmiedeten Sechs-Parteien-Bündnis „Georgischer Traum" das Aus. *N.H.*

Kleinbauern in Gefahr

Abschaffung der Milchquote nutzt vor allem Großbetrieben

Im Zuge der EU-Agrarreform soll die Milchquote zum 1. April 2015 abgeschafft werden. 1984 hatte der EG-Ministerrat die Einführung einer Milchquote zum Abbau von Milchüberschüssen („Butterberg") beschlossen. Nun beendet die EU ein System, das gut 30 Jahre lang Preise und Mengen entscheidend beeinflusst hat.

Wenn Landwirte mehr als die ihnen zustehende Menge an Milch abliefern, müssen sie derzeit noch eine Strafzahlung (Quotenkosten) entrichten. Durch hohe Quotenkosten sahen sich bisher die agrarindustriellen Unternehmen benachteiligt und in ihrer Größenentwicklung behindert. Die Milchquotenregelung durchkreuzte auch die Wachstumsbestrebungen großer Molkereikonzerne, die stark auf Export ausgerichtet sind. Bei einer, wie vorgesehen, ersatzlosen Deregulierung wäre der Milchmarkt allerdings schlagartig den starken Schwankungen des Weltmarkts preisgegeben, der von der Börse und der Nachfrage getrieben ist.

Mittlerweile ist die gesamte Branche durch den globalen Export in extreme Abhängigkeit vom Weltmarkt geraten. Daher dürfte sich in der Folge eine permanente Unsicherheit für alle Beteiligten ergeben. Nur Großbetriebe wären auf längere Sicht in der Lage, dem zu erwartenden ökonomischen Druck standzuhalten, also Milcherzeuger, die 500 und mehr Kühe ganzjährig im Laufstall „bewirtschaften". Profitieren würden auch große Molkereikonzerne, die besonders auf den

Selbst Bio-Branche wird inzwischen von Giganten beherrscht

Export von Milchpulver nach China setzen. Im Übrigen wird der gesamte deutsche Markt mittlerweile von wenigen Molkerei-Giganten beherrscht, selbst in der Bio-Branche. Kein Landwirtschaftsminister, schon gar nicht der Deutsche Bauernbund, hat bisher Maßnahmen vorgeschlagen, um diese gefährliche Entwicklung auszubremsen.

Als weitere Kehrseite der beabsichtigten Liberalisierung des Milchmarkts wird für Deutschland eine neue Welle des Höfesterbens prognostiziert. Gefährdet sind die nachhaltig produzierenden Kleinbauern und mittleren Betriebe, sofern sie für ihren Bedarf keine individuelle Lösung finden. Die Betroffenen wehren sich gegen das politisch – entgegen allen Absichtserklärungen – geduldete Modell „Wachstum um jeden Preis". Sie verweisen auf die wichtige gesellschaftliche Aufgabe der bäuerlichen Landwirtschaft und auf den Tierschutz. Ohne bäuerliche Landwirtschaft gäbe es in absehbarer Zeit kaum noch Grünland (Wiesen und Weiden) in unserer Kulturlandschaft, die ohnehin schon durch den Maisanbau-Boom in hohem Maße monokultiviert und degradiert worden ist. Die Bauern verlangen von der Politik ein Modell, das ihnen sogenannte faire Preise ohne Wachstumsdruck garantiert.

Es ist jetzt an der Bundesregierung, Farbe zu bekennen. Ein Vorschlag des EU-Parlaments, künftig zum Überschussabbau für Milch kurzfristig in der EU eine Verringerung der Milcherzeugung zu erwirken, liegt auf dem Tisch. Darauf wies die „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V." als Interessenvertretung der kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe vor wenigen Tagen in einer Pressemitteilung hin. *Dagmar Jestrzemski*

Zweite Chance

Von Rebecca Bellano

Ohne die Bereitschaft des Wahlsiegers Klaus Johannis, seinem Gegenkandidaten bei der Wahl um das Amt des rumänischen Präsidenten, Victor Ponta, die Beleidigungen zu verzeihen, droht Rumänien eine politische Eiszeit. Doch vieles spricht dafür, dass der neue Präsident die Größe haben wird, die Zusammenarbeit mit Ministerpräsident Ponta nicht zu blockieren, obwohl dieser Johannis als schlechten Kandidaten dargestellt hatte, weil er deutschstämmig, protestantisch und kinderlos ist.

Ponta hat im Wahlkampf mit Dreck nur so um sich geworfen, dabei jene, die wirklichen Dreck am Stecken hatten, nämlich in Korruption verwickelt waren, geschützt. Das war vielen Rumänen offenbar so zuwider, dass selbst Nichtwähler wieder an die Wahlurnen schritten.

Knapp 25 Jahre ist es her, dass in Rumänien ein Diktator blutig gestürzt wurde. Männer wie Ponta haben aber dafür gesorgt, dass auch die Ära nach Ceausescu von den Rumänen nicht mit Freiheit in Verbindung gebracht wird. Zwar war der Staat auf dem Papier eine Demokratie, doch korrupte Politiker machten das Land zu ihrer Beute. Johannis hat nun die Chance, die Begeisterung für Demokratie neu zu entfachen.

Ende einer Sünde

Von Manuel Ruoff

Ein Wesensmerkmal der westlichen Welt ist die Marktwirtschaft. Grundsätzlich haben sich alle – seien sie nun selbstständig oder abhängig beschäftigt – dem Wettbewerb zu stellen. Dieser Wettbewerb beinhaltet Härten, ist aber höchst effizient und hat zu größerem Wohlstand geführt als Planwirtschaft. Eine Gefahr für den Wettbewerb stellen jedoch Kartelle dar. Zu welch verheerenden Folgen für die Allgemeinheit Kartelle führen können, haben die Älteren von uns mit der OPEC erlebt, einem Kartell erdölexportierender Länder, das die Welt in mehr als eine Ölkrise mit anschließender Rezession stürzte. So unterscheidet sich die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards von der freien Marktwirtschaft nicht zuletzt dadurch, dass durch das Bundeskartellamt der Wettbewerb geschützt und Kartelle verboten sind.

Nun gibt es in der Bundesrepublik allerdings mit der Milchwirtschaft eine Branche, in welcher der Staat nicht nur ein Kartell zulässt, sondern selber den Wettbewerb per Quotenzuteilung ausschaltet. Diese Schonung vor dem rauen Wind des Wettbewerbs mag für manche Milchproduzenten zwar bequem sein, enthält aber den Milchnachfragern und damit mehr oder weniger uns allen den (niedrigeren) Weltmarktpreis vor. Hier sollte Gemein- vor Eigennutz gelten und diese marktwirtschaftliche Sünde beendet werden. Und tatsächlich soll nun am 31. März der Milchquote das letzte Stündchen schlagen (siehe Seite 7). Es ist schön, dass in einer Zeit der Subventionitis und des EEG der Staat auch einmal darauf verzichten kann, Lobbyinteressen dem Wettbewerb Vorrang einzuräumen.

Blamage für Erdogan

Von Jan Heitmann

Jeder blamiert sich, so gut er kann. Das gilt auch und immer wieder für den egozentrischen türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. In seinem immerwährenden Streben, den Islam in den Mittelpunkt der Welt zu rücken, hat er bei einem Treffen mit lateinamerikanischen Muslimen in Istanbul erklärt, Amerika habe seine Entdeckung nicht etwa Christoph Kolumbus, sondern muslimischen Seefahrern zu verdanken. Diese hätten schon rund 300 Jahre vor diesem, nämlich 1178, den Kontinent erreicht. Das muss wohl so gewesen sein, denn der Hobbyhistoriker Erdogan lässt die erstaunte Welt wissen, dass Kolumbus in seinem Tagebuch eine Moschee auf einem Hügel an der Küste Kubas erwähnt habe. Dort, an diesem somit weltgeschichtlich denkwürdigen Ort, würde der Staatschef nun gern selbst eine Moschee errichten. Dumm nur, dass Erdogan dabei einer unsauberen Übersetzung auf den Leim gegangen ist. Denn tatsächlich schreibt Kolumbus in seinem Bericht wörtlich: „Einer von diesen [Bergen] hat an seiner Spitze ein Felsengebilde, das einer zierlichen Moschee gleicht.“ Historiker werten dies als nichts weiter als einen bildhaften Vergleich zur Beschreibung einer Hügelkette.

> Der historische Wendepunkt kam erst durch Kolumbus

Das Streben nach neuen Erkenntnissen wohnt dem Wesen einer jeden Wissenschaft inne. Zweifel an Kolumbus' Pioniertat sind somit nicht ungewöhnlich. Die herrschende Lehrmeinung jedoch sieht in ihm den Entdecker Amerikas. Demnach stieß er auf der Suche nach einer westlichen Passage nach Asien im Jahre 1492 zufällig auf den amerikanischen Kontinent. Forscher verschiedener Disziplinen haben wenige gesicherte Erkenntnisse und noch mehr fragwürdige Beweise und Theorien dafür vorgelegt, dass andere schon vor Kolumbus in Amerika waren. Das reicht von den alten Ägyptern und den Phöniziern über Chinesen und Polynesiern bis hin zu den Wikingern und Leif Eriksson.

Die These, dass Muslime aus Westafrika und Spanien amerikanisches Festland erreicht haben könnten, hatte vor allem der Historiker Youssef Mroueh bereits 1996 vertreten und die Angaben des Kolumbus als Kronzeugen angeführt – mit falscher Datierung und fehlerhafter Übersetzung der vermeintlichen Moschee-Sichtung. Kein Wunder also, dass die Wissenschaft bis heute keinerlei archäologische Hinweise auf die Existenz von Muslimen in Amerika vor der Ankunft von Kolumbus gefunden hat, auch wenn muslimische Seefahrer sicherlich in der Lage gewesen wären, Amerika vor Kolumbus zu erreichen.

Und selbst, wenn es so gewesen sein sollte, wäre es kein Wendepunkt der Weltgeschichte gewesen, denn es blieb ohne Folgen. Die Existenz eines amerikanischen Kontinents wurde erst durch Kolumbus bekannt. Erst seine Entdeckung führte dazu, dass Amerika kolonisiert und kartografiert und so zu einem bekannten Teil der Welt wurde.

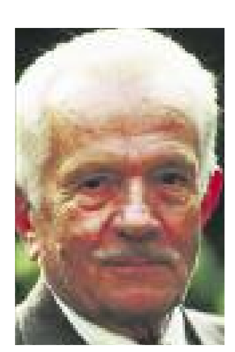
Da wollte Erdogan die Welt mit einer historischen Leistung des Islam beeindrucken, so dessen Überlegenheit beweisen und hat sich doch nur blamiert.



Da hilft auch kein turkmenischer Ehrenprofessorentitel: Die Behauptung des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, Moslems hätten Amerika entdeckt, basiert offenbar auf einer falschen Übersetzung des Tagebuchs von Christoph Kolumbus

Bild: pa

Moment mal!



Im Gender-Wahn gefangen

Von Klaus Rainer Röhl

Manchmal fragt man sich wirklich, in welchem Land wir leben. Haben wir nur schlecht geträumt? Werden wir eines Tages erwachen und erfahren, dass alles nur ein böser Traum war? Oder leben wir bereits auf einem anderen Planeten? In einer Parallelwelt. Der Gender-Welt. Kalte Wassergüsse helfen nicht, der böse Traum will nicht weichen, Gender ist überall. Selbst wer das Wort noch nie gehört hat, sitzt schon längst in der Falle. In der Gender-Falle.

Was eigentlich verbirgt sich hinter dem harmlosen Wort Gender (englisch: soziales Geschlecht)? Das genaue Gegenteil. Wer das Wort heute gebraucht, meint, dass es eigentlich gar keine Geschlechter gibt, sondern es nur einer finsteren Verschwörung (gegen die Frauen) zu verdanken ist, dass es da Unterschiede geben soll zwischen Jungen und Mädchen, Männern und Frauen.

Die Gender-Gesellschaft hat längst die Universitäten und Schulen erobert, stillschweigend. Nur wenn sich mal einer von den betroffenen Eltern dagegen wehrt, dass ihr Sohn in der Schule Unterricht im „transsexuellen Verhalten“ erhalten soll, und ihm seine Lehrer und Lehrerinnen sagen, dass er eigentlich gar kein Junge ist, sondern nur falsch erzogen wurde, wird die Öffentlichkeit aufmerksam.

> Schüler sollen nicht mehr als Jungen oder Mädchen angesprochen werden

Wie fast aller Unfug kam auch die Gender-Idee aus Amerika, und dort wird sie auch am schärfsten vertreten.

Wildkatzen und lilafarbene Pinguine – so sollen beispielsweise die Lehrer eines Schulbezirks in Nebraska ihre Schüler in Zukunft ansprechen statt als Jungen und Mädchen. Diese Bezeichnungen könnten womöglich die „anerzogenen“ Geschlechterrollen vertiefen und vor allen Dingen – die so hochsensiblen Transsexuellen kränken! So die Anweisung des Schulrats des Bezirks Lincoln in Nebraska. Tausende Eltern waren alarmiert, nachdem bekannt geworden war, dass den Lehrern auf einem „Seminar für Geschlechtssensibilität“ vorgeschlagen worden war, die Schüler künftig nicht mehr als Jungen und Mädchen, sondern nach Vorlieben der Kinder für Milch oder Saft, Hunde oder Katzen, Fahrrad oder Skateboard anzureden. Schließlich lenkte man ein: „Wir verbieten ihnen nicht, die Schüler als Jungen oder Mädchen anzusprechen!“ Da mussten die Eltern noch dankbar sein. Ist das nur im verrückten Teil der USA so?

Leider ist Gender inzwischen längst Alltag in der Bundesrepublik. Der heute fest etablierte Albtraum hat noch 1985 auf der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi ganz klein und scheinbar bescheiden angefangen. Der Begriff kam so harmlos daher, dass niemand davon Notiz nahm, obwohl jeder Mann und jede Frau gemeint war. Auf der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurde dann die Katze aus dem Sack gelassen. Dort wird erstmals eine neue Strategie mit dem Namen „Gender Mainstreaming“ vorgestellt.

Seitdem ist der Begriff „Gender“ mit einem neuen Inhalt besetzt. Gender bedeutet jetzt, „dass die Geschlechtsrollen von Frauen und Männern anders als das biologische Geschlecht erlernt und damit auch veränderbar sind“. Was veränderbar ist, soll nun auch verändert werden, und zwar gründlich. Internationale Konferenzen brachten die Frauenrechtlerinnen rasch und unauffällig nach vorne. Wer würde schon etwas dagegen haben, Uno-Beschlüsse zu verwirklichen? Das geschieht seit Jahren: Beschlüsse werden gefasst und müssen nun „implementiert“ werden, das heißt auf Länderebene oder im Bezirk durchgesetzt werden. Beschluss, Gesetz und Kontrolle. Gender ist keine neue Mode und kein Scherz, sondern bitterer Ernst.

„Gender Mainstreaming“, wird immer wieder betont, soll die bestehenden Diskriminierungen von Frauen aufheben, aber auch die von Männern! Was in der Praxis bedeutet, dass Männer endlich (!) auch Krankenschwestern und Hebammen werden können. Wie schön. Während Frauen da, wo es wirklich um die Wurst geht – bei um hunderttausenden Arbeitsplätzen bei Behörden, Universitäten, Bibliotheken und Schulen sowie neuerdings in der freien Wirtschaft (verordnete Frauenquoten in Aufsichtsräten!) – auf lange Zeit noch bevorzugt werden sollen, soweit es irgendwie machbar ist. Da braucht man eben Gender-Beauftragte, die das alles in seiner Umsetzung überwachen, bezahlt aus Landes- und Bundesmitteln.

Die Genderwelt ist eine kleine, finanziell gut ausgestattete Welt für sich, jenseits der Realität, aber mit großem Einfluss. Ihre Macht reicht vom Bundesfamilienministerium und den Ländern bis zu den Landkreisen und hat in die Bezirksämter und schließlich in die Rathäuser Einzug gehalten, in aller Stille. In diesem Jahr soll noch mehr Geld in diese obskuren Aktivitäten gesteckt werden. Nach eigenen Angaben der Gender-Frauen geht es dabei um die „Zerstörung von Identitäten“. Das Ziel bei der Erziehung eines Jungen: Er soll „nicht ein anderer Junge werden, sondern gar kein Junge“. Wörtlich.

> Schlechtere Note wegen Nichtanwenden der gendergerechten Sprache

Kinder sollen im Unterricht ihre „Lieblingsstellung“ darstellen, Puffs planen, Massagen üben. Die Jungen dürfen in NRW ab der 8. Klasse den Führerschein machen. Nicht fürs Auto. Wer den Praxistest besteht, erhält den „Kondomführerschein“. Dazu gibt es ein Paket mit Silikon-Penis, Augenbinde, Stiften, Prüfungsbogen und Kondomen, berichtet die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ („FAS“) aus den Anleitungen, die in Düsseldorf gefördert werden. Es geht angeblich um Gleichberechtigung. In Wirklichkeit geht es um sexuelle Entgrenzung, den Missbrauch und die amtlich geförderte Aufhebung der Schamgrenzen durch einen ruppigen Sexualkundeunterricht.

Im Alltag ist „Gender Mainstreaming“ natürlich kein Modell für Gleichberechtigung, sondern für Frauen-Vormacht. Das Ganze ist eine linke und wie alles Linke eine krumme Tour. Besonders im Hochschulbereich hat der Gender-Wahn schon Wurzeln geschlagen. Heute gibt es an bundesdeutschen, österreichischen und Schweizer Universitäten und Hochschulen 223 Professuren mit der Bezeichnung „Frauen- und Geschlechterforschung“. Von ihnen sind zehn (!) mit Männern besetzt. Das geht aus einer Erhebung der „Berliner Datenbank Genderprofessuren“ hervor, über welche die Zeitschrift „Forschung und Lehre“ des Hochschulverbandes in ihrer November-Ausgabe berichtet. Allein in der Bundesrepublik gibt es 146 solche Professuren an Fachhochschulen und Universitäten und damit fast so viele wie Pharmazie-Professuren.

Das hat auch Folgen für den wissenschaftlichen Nachwuchs. So beschloss die Fachhochschule des Berufsförderungsinstituts in Wien, das Nichtanwenden gendergerechter Sprache mit der Herabstufung der Note einer Bachelor- oder Masterarbeit um zehn Prozent zu bestrafen. Man darf gespannt sein, wann die bundesdeutschen Hochschulen dem österreichischen Beispiel folgen oder es gar übertreffen werden, indem sie die Gender-Sprache für verpflichtend erklären.

Was tun, fragt die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“: „Stammtische besuchen, Leute von der AfD umarmen, die ‚Junge Freiheit‘ lesen oder die ‚Junge Alternative‘ toll finden?“

Alles versuchen, was gegen die Gender-Invasion hilft.

Den Autor erreichen Sie unter: klausrainer@gmx.net

Vermahlene Saat

Die Apokalypse der Käthe Kollwitz – Wie die ostpreußische Künstlerin den Ersten Weltkrieg verarbeitete

Zum Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren zeigte das Wuppertaler Von-der-Heydt-Museum kürzlich mit „Menschenschlachthaus“ den Krieg aus der Sicht deutscher und französischer Künstler (die *PAZ* berichtete). Ganz andere Perspektiven hält die aktuelle Ausstellung „Apokalypsen – Daheim und an der Front“ im Käthe Kollwitz Museum in Köln bereit.

Die Apokalypse, der erlebte Weltuntergang, der sich in den Schrecken des Krieges ausdrückte, fand nicht nur an der Front statt, sondern auch zuhause, im trauten Heim. Daheim, in den Wohnstuben der Familien, deren Söhne zu Millionen an der Front „vermahlen“ wurden, wie es damals wenig pietätvoll hieß. Einer der „vermahlenen“ Frontsoldaten war Peter Kollwitz, der jüngere Sohn des (gutbürgerlichen) Ehepaares Käthe und Karl Kollwitz aus Berlin, Prenzlauer Berg.

Käthe Kollwitz, 1867 als Käthe Schmidt in Ostpreußens Hauptstadt Königsberg geboren, verbrachte ihre Kindheit bis 1885 in der Kant-Stadt am Pregel. Nach einer künstlerischen Ausbildung in Berlin und München kehrte sie 1890 nach Königsberg zurück. Im Sommer 1891 heiratete die Künstlerin Käthe Schmidt den Arzt Karl Kollwitz und zog mit ihm nach Berlin. 1892 wurde Sohn Hans geboren, 1896 dann Sohn Peter.

Peter hatte sich, wie die meisten jungen Männer damals, mit großer Begeisterung freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet. Sein Argument: „Das Vaterland braucht meinen Jahrgang nicht, doch mich braucht es.“ Das war gegen den strikten Willen des Vaters, jedoch mit abgerungener Billigung der Mutter, die dem Drängen des Sohnes schweren Herzens nachgab und zustimmte. Ein Nachgeben, das Käthe Kollwitz sich zeitlebens wohl nicht mehr vergeben konnte, das aber auch ihr künstlerisches Schaffen nachhaltig prägen sollte.

Am 12. Oktober 1914 rückte Peter Kollwitz mit dem Infanterie-Regiment 207 an die Westfront nach Flandern und nur zehn Tage später war er tot – am 22. Oktober traf den 18-Jährigen eine feindliche Kugel. Hans Koch, ein Kriegskamerad und Freund des Toten, berichtete später: „Neben mir war der Peter Kollwitz. Auf einmal kommt ein Geschoss vom Himmel runter ... kam in den Mund, ins Herz. Er sackte zusammen, hat kein Wort mehr gesagt.“ Ein junges Leben war ausgelöscht.

Die Nachricht vom Tod des jüngsten Sohnes war für Käthe Kollwitz die persönliche Apokalypse schlechthin. Für sie brach eine Welt zusammen. Wie auch für Millionen anderer Mütter daheim. Als Künstlerin konnte sie aber – im Gegensatz zu den vielen anderen – ihre Verzweiflung, ihre Trauer und ihren Schmerz zum Ausdruck bringen und damit ein Stück weit seelisch verarbeiten.

Etwa durch Tagebuch-Schreiben: Immer wieder taucht der (von Goethe stammende) Satz in Käthe Kollwitz' umfangreichen Tagebüchern auf: „Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden.“ Wäre es ihr oder ihrem Mann möglich gewesen, für den Sohn zu sterben und er leben dürfte, so schreibt sie, „o wie gern wären wir gegangen“. Immer wieder träumt sie, Sohn Peter wäre noch am Leben, „er wäre noch da, er kommt wieder“.

Oder durch ihre Zeichnungen, Bilder und Skulpturen. Das „Selbstbildnis“ von 1915 zeigt eine ernst blickende Frau mit „verheulten Augen“, die wenig Lebensfreude ausstrahlt. Die „Eltern am Weihnachtsbaum“ von 1917 sitzen deprimiert und in sich zusammengesunken um eine dunkle Tanne. Vom „Fest der Freude“ ist nicht viel zu spüren.

Traurig bis düster erscheinen auch die meisten anderen Werke der Künstlerin, die in der unteren Etage der Ausstellung im Kollwitz- Museum zu sehen sind. Für den deutschen Soldatenfriedhof in Vladslo in Belgien, auf dem ihr Sohn Peter beigesetzt wurde, schuf sie mit der Skulptur „Trauerndes Elternpaar“ ein Mahnmal, das auf die Schmerzen und das Leid der Eltern, der daheim Zurückgebliebenen aufmerksam machen soll.

Der frühe und unsinnige Tod des geliebten Sohnes markiert einen Wendepunkt im Leben und im Schaffen der Käthe Kollwitz. Verstärkt wendet sie sich der Friedensbewegung zu. „Nie wieder Krieg!“ – Die Lithographie von 1924, zum zehnjährigen Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, gehört mit ihrem berühmten Schriftzug zu Käthe Kollwitz' bekanntesten Werken.



Schützend vor der Familie: Kollwitz-Lithografie „Die Überlebenden“ von 1923 Bild: Privatbesitz Köln

Die obere Etage der Ausstellung zeigt die Apokalypse, den „Weltuntergang“ aus Sicht der Männerwelt, der Kämpfer an vorderster Front. Hier hat Kurator Alexander Gaude mit großem Aufwand zahlreiche Leihgaben aus befreundeten Museen heranziehen können und die großen Expressionisten versammelt: Otto Dix, Max Pechstein und Willy Jaeckel, aber auch Ludwig Meidner und George Grosz, um nur einige zu nennen.

Die meisten dieser Künstler zogen begeistert und von einer Sehnsucht nach dem „reinigenden Gewitter“ getrieben in den Krieg. Schnell machte sich jedoch Ernüchterung in den monate-, wenn nicht jahrelangen Stellungskriegen breit. Wer es schaffte, den Schlachtfeldern lebend zu entkommen, der brachte Eindrücke und Erinnerungen vom Krieg mit, die lange Jahre das künstlerische Schaffen beeinflussen sollten.

In seiner Mappe „Der Krieg“ von 1924 zeigt Otto Dix, der bis Kriegsende aktiver Kämpfer war, die Schrecken von explodierenden Granaten, von bombardierten Städten, von gasmaskenbestückten Frontsoldaten.

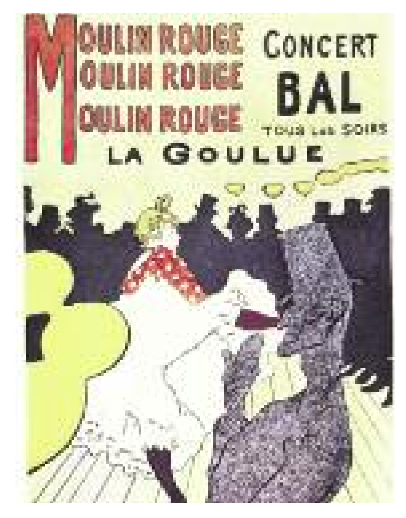
Wegen seiner satirischen Zeichnungen des Soldatenalltags wurde der Künstler George Grosz sogar noch 1920 wegen „Beleidigung der Reichswehr“ zu einer damals hohen Geldstrafe von 300 Mark verurteilt – was zeigt, dass die bittere Kritik ins Schwarze getroffen hatte. *Siegfried Schmidtke*

Bis 11. Januar 2015 im Käthe Kollwitz Museum, Köln, Neumarkt 18-24; Dienstag bis Freitag 10 bis 18 Uhr, Sonnabend und Sonntag 11 bis 18 Uhr; Eintritt: 4 Euro

Von der Adels- in die Halbwelt

Das Moulin Rouge, das mit der berühmten Nachbildung einer roten Mühle die Vergnügungssüchtigen aus aller Welt anlockt, ist der Inbegriff des Pariser Nachtlebens. Am nördlichen Rand des Stadtzentrums gelegen, hat der Tanzpalast, der in diesem Jahr sein 125. Jubiläum feiert, seine ungebremste Popularität auch einem Maler zu verdanken: Henri Toulouse-Lautrec. Mit seinen berühmten Reklamepostern, die heute in den Museen wie ein Schatz gehütet werden, machte er nicht nur erfolgreich Werbung für das Moulin Rouge, sondern auch für sich selbst als Künstler.

Die Lithografien mit den Tänzerinnen, Diseusen und Bänkelsängern des Montmartre wurden zum Markenzeichen des Künstlers, der sich mit Vorliebe in der Pariser Halbwelt herumtrieb und diese zeichnete. Dabei ist er in einer ganz anderen, vornehmen Adelswelt aufgewachsen. Vor 150 Jahren, am 24. November 1864, ist Henri-Marie-Raymond de Toulouse-Lautrec als Nachkomme eines alten Grafengeschlechts zur Welt gekommen. Die Grafen von



Moulin-Rouge-Plakat Bild: Archiv

Toulouse lassen sich bis in die Zeit Karls des Großen nachweisen, einer von ihnen war um 1099 sogar als Kreuzritter unterwegs. Da man in alten Adelshäusern viel untereinander heiratete – beide Großmütter des Malers waren Schwestern – traten auch bei den Toulouse-Lautrecs Gendeffekte auf. So litt Henri an einer Störung der Knochenbildung. Er wurde nicht größer als 1,52 Meter.

Wohl wegen seiner gnomenhaften Statur, die kein großes Argument für heiratswillige Frauen sein konnte, stürzte er sich dorthin, wo seine Liebessehnsüchte erfüllt wurden. Zwischen Prostituierten fühlte sich der Dandy wohl. Viele seiner Porträts der Pariser Halbweltdamen zeigen sie aber nicht von ihrer hässlichen und vulgären, sondern von ihrer zutiefst menschlichen Seite. Damit verstörte der Maler seine Zeitgenossen, die ihn als Werbegrafiker mit dem „grausamen Stift“ missverstanden.

Erst nach seinem Tod, er starb 1901 an Alkoholsucht und Syphilis, entdeckte man den Wert seiner Arbeiten. Hollywood setzte ihm filmisch ein Denkmal. Kein Film über das Moulin Rouge kommt ohne Toulouse-Lautrec aus. Als John Huston 1952 eine Filmbiografie über den kleinwüchsigen Maler drehte, musste sich Hauptdarsteller José Ferrer kleiner machen und auf Knien kriechen. Das verursachte ihm solche Schmerzen, dass er damit ganz dicht an das oft von Schmerzen gepeinigte Original herankam. *H. Tews*



Kleiner Dandy: Henri Toulouse-Lautrec Bild: Archiv

Gut bei Stimme

Israelische A-cappella-Gruppe auf Tournee – Voca People begeistern mit Humor und Gesang

Anderthalb Stunden höchste Gesangsakrobatik, dazwischen pfiffige Comedian-Einlagen, alles verpackt in die Geschichte eines gestrandeten Raumfahrzeugs: Die Konzerte der Voca People sind unerhört gut und absolut zu empfehlen!

Aber der Reihe nach. Die acht Personen dieser außergewöhnlichen Gesangsformation treten alle ganz in Weiß auf und wirken dadurch fremd. Nach der Geschichte, die sie erzählen, kommen sie vom Planeten Voca, wo man sehr viel singt, und laden nun ihr Raumschiff mit Musik-Energie auf. Bei solchen intergalaktischen Entfernungen fällt die Kommunikation mit dem Publikum naturgemäß schwer. Überhaupt erinnern die nur rudimentären Sprachkenntnisse der Raumfahrer ein bisschen an Rumänisch, was sich fürs Publikum strapaziös anhört – wie gut, dass die Vocas dann schnell wieder zum Singen übergehen, denn das machen sie wirklich mit außerirdischer Qualität.

Etwa 70 Welthits aus vielen Epochen der Musikgeschichte jagen sie durch den Saal – meist nur in Ausschnitten und schnellen Sprüngen, teils auch ineinander verwoben, immer aber mit einer Sicherheit für den korrekten Ton und für den richtigen Einsatz, die einem die Sprache verschlägt.

Weil die Bewohner des Planeten Voca sehr aufgeschlossene Typen sind, haben sie auch keine Schwierigkeiten, ein paar Erdenbewohner auf die Bühne zu holen oder zu ihnen in den Parkettbereich zu gehen. Da passiert nichts Schlimmes, aber man ist wieder mal froh, dass es andere erwischt hat. Ein süßes Mädchen wird auf die Bühne gestellt, in rosa Licht getaucht und mit den himmlischsten Schmachtliedern der Popmusik übergossen. Mehreren Menschen werden die musikalischen und sonstigen Gedanken aus dem Hirn gesaugt und als Gesang öffentlich gemacht. Ein Mann wird sogar ins Raumschiff zum interstellaren Liebesakt entführt und flüchtet bald ohne Hemd und Schuhen. Mein lieber Schwan, Parkettplätze sind wirklich riskant. Diverse Leute werden zu Musikinstrumenten, auf denen ein Voca spielt, was wiederum durch Gesang imitiert wird.



Ganz in Weiß: Voca People Bild: Leon Sokoletski

Man könnte solche Spielereien dann kritisieren, wenn sie als Hauptsache eingesetzt würden – hier aber sind sie Beiwerk und gelungene Unterbrechungen eines ansonsten pausenlosen Trommelfeuers der Melodien. Schade, dass nur sehr wenige davon halbwegs ausgesungen werden. Bei der früher vom Queen-Sänger Freddy Mercury gesungenen „Bohemian Rhapsody“ ist dies der Fall. Daran zeigt sich aber auch, warum die Truppe das nur in Ausnahmefällen macht, denn A-Cappella hat vom Prinzip her einen leichten Hang ins Enervierende. Mit gesanglicher Abwechslung überraschenden Wendungen gewinnt die Veranstaltung dagegen ungemein. Wieso dabei zwei große Hits der letzten Sommer, nämlich „I love it“ und „Gangnam Style“ ausgelassen wurden, die mit der Wucht und Originalität der meisten anderen Nummern leicht mithalten können, weiß man wohl nur auf dem fremden Planeten.

Die Gruppe aus Israel besteht aus je drei männlichen und weiblichen Sängern in den Lagen Sopran, Mezzosopran, Alt, Tenor, Bariton und Bass, hinzu kommen zwei Könner, welche sich auf die Imitation von Perkussionsinstrumenten verstehen. Alleine diese beiden vermögen einen Klangteppich zu produzieren, bei dem man sich fragt, wo denn die Band ist. Interessant auch: Der tiefe Bassbereich wird ohne jede Schwierigkeit voll ausgelotet.

Das Ensemble wurde im Februar 2009 von dem israelischen Produzenten und Comedian Lior Kalfon gegründet. Die Gruppe wurde nicht zuletzt aufgrund einer regen Tourneetätigkeit international schnell bekannt und gehört heute zu den besten Vertretern ihres Fachs. *Alexander Glück*

Nächste Tourneetermine: 22.11. Essen, 23.11 Bielefeld, 25.11. Aachen, 26. und 27.11. Hannover, 28.11. Nürnberg, 29.11. Magdeburg, 30.11. Delbrück. Weitere Termine im Dezember unter www.voca-people.de

MELDUNGEN

Neues Museum der Moderne

Berlin – Am Berliner Kulturforum nahe des Potsdamer Platzes soll ein Museum der Moderne entstehen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) jetzt 200 Millionen Euro für eine Galerie des 20. Jahrhunderts bewilligt. Noch wird geprüft, ob der Neubau an der Tiergarten-, der Sigismund- oder der Potsdamer Straße entstehen soll. Während Kulturstaatsministerin Monika Grütters sich für letztere Variante am Kulturforum aussprach, favorisierte SPK-Präsident Hermann Parzinger ursprünglich einen verkleinerten Museumsbau für 130 Millionen Euro hinter der Neuen Nationalgalerie. Er begrüßte dennoch die Entscheidung als „fulminanten Akt mit großer Zukunftswirkung“. Weiter sagt er: „Es ist auf wunderbare Weise geglückt, spektakuläre Sammlungen für Berlin zu sichern.“ Die neue Galerie soll neben den Beständen zur Klassischen Moderne der SPK auch die Sammlungen von Heiner und Ulla Pietzsch, Erich Marx sowie Egido Marzona aufnehmen. Optimisten rechnen damit, dass das Museum nach dem Baubeginn in drei Jahren schon 2020 seine Pforten öffnen könnte – vorausgesetzt, es läuft in Berlin einmal alles glatt. *tws*

Er half, Wien vor den Osmanen zu retten

Sechs Kugeln und ein Schuss in die Brust machten den General Anton Günther von Anhalt-Zerbst schließlich kampfunfähig

Vor 300 Jahren starb der preußische General-Lieutenant Anton Günther von Anhalt-Zerbst, der sich in drei Kriegen gegen Frankreich ausgezeichnet hatte und zudem einer der Teilnehmer der legendären Schlacht vom Kahlenberg gewesen war. Dort wurde 1683 der türkische Belagerungsring vor Wien gesprengt.

Fürst Johann VI. von Anhalt-Zerbst (1621–1667) gehörte zu den Askaniern und damit zu einem der ältesten regierenden Hochadelsgeschlechter Deutschlands, das sich im Mannesstamm bis auf jenen Grafen Esico zurückverfolgen lässt, dessen Name in einer Urkunde von Kaiser Konrad II. (um 990–1039) aus dem Jahre 1036 auftaucht. Zusammen mit seiner Frau Sophie Auguste (1630–1680) zeugte der Fürst in 18 Ehejahren 13 Kinder, von denen freilich acht frühzeitig starben. Das traf auch auf die beiden ersten Söhne zu, weswegen der Drittgeborene Karl Wilhelm (1652–1718) an die Spitze der Erbfolge trat. Ebenso überlebte der nachfolgende Anton Günther, der am 11. Januar 1653 in Zerbst das Licht der Welt erblickte, das damals so gefährliche Kleinkindesalter.

Nach dem Tode Johanns VI. übernahm Sophie Auguste gemeinsam mit dem Landgrafen Ludwig VI. von Hessen-Darmstadt (1630–1678) und Fürst Johann Georg II. von Anhalt-Dessau (1627–1693) die Vormundschaft über Karl Wilhelm und Anton Günther. Die obligatorische Kavalierstour führte die Brüder bis 1672 durch die Niederlande, England, Frankreich und Italien. Dann brach König Ludwig XIV. von Frankreich (1638–1715) den Holländischen Krieg vom Zaun, woraufhin sich der jüngere Fürstensohn von Anhalt-Zerbst entschloss, ins Feld zu ziehen. In den folgenden sechs Jahren, in denen Frankreich, England und Schweden sowie die Fürstbistümer Münster und Lüttich mit den Vereinigten Niederlanden, Spanien und dem Heiligen Römischen Reich um die Vorherrschaft in Holland rangen, nahm er an zahlreichen Kämpfen gegen die Truppen des eroberungswütigen „Sonnenkönigs“ teil, darunter auch den Belagerungen von Oudenaarde und Grave (1674) sowie Philippsburg (1676).



Ein Prinz aus dem Geschlecht der Askanier: Anton Günther von Anhalt-Zerbst

Nach Abschluss des Friedens von Nimwegen (1678/79) setzte Anton Günther seine Reisen fort und besuchte nun auch Dänemark, Schweden, Kurland und Polen. Währenddessen drang das Heer des Osmanischen Sultans Mehmed IV. (1642–1693) über den Balkan nach Norden vor und begann dann am 14. Juli 1683 mit der Belagerung von Wien, der Residenzstadt des Kaisers Leopold I. (1640–1705). Dies machte die Aussendung eines Entsatzheeres nötig, zu dem Truppen aus Venedig, Bayern, Sachsen, Franken, Schwaben, Baden, Oberhessen sowie Polen-Litauen gehörten und in das sich auch der Prinz von Anhalt-Zerbst einreihte, wobei er jetzt zu den Gefolgsleuten des Kurfürsten Johann Georg III. von Sachsen (1647–1691) zählte. Und der führte den Zerbster dann in die Entscheidungsschlacht am Kahlenberg von 12. September 1683, welche die Belagerung beendete und den Türken eine vernichtende Niederlage bescherte, welche den Niedergang des Osmanischen Reiches einläutete.

Danach machte Anton Günther von Anhalt-Zerbst die nächste Pause vom Soldatenhandwerk, die erst ein Ende fand, als Streitigkeiten um das Erbe des Kurfürsten Karl II. von der Pfalz (1651–1685) ausbrachen und Ludwig XIV. daraufhin 1688 erneut zum Angriff blies, womit er den Pfälzischen Erbfolgekrieg, auch Neunjähriger Krieg genannt, auslöste. In diesem standen sich nun Frankreich auf der einen und die Große Wiener Allianz aus England, Spanien, Savoyen, den Niederlanden sowie dem Heiligen Römischen Reich auf der anderen Seite gegenüber. Diesmal trat der Prinz von Zerbst in die Dienste des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. (1657–1713). In dessen Heer nahm er 1689 an der Offensive am Niederrhein teil, in deren Verlauf die Franzosen bei Uerdingen, Neuss und Kaiserswerth geschlagen wurden, wonach die Belagerung der besetzten Stadt Bonn folgte, die von Juli bis Oktober 1689 andauerte. Dabei muss sich Anton Günther derart ausgezeichnet haben, dass Friedrich III. es für angezeigt hielt, ihn zum Oberst zu befördern. Darüber hinaus erhielt der Zerbster 1690 das Kommando über das Regiment Zieten zu Fuß, das 1679 gegründet worden war und in dem vor allem Rekruten aus den märkischen Garnisonen standen. Mit dieser Einheit wurde er nach Brabant abkommandiert.

> König Friedrich I. beförderte ihn zum General-Lieutenant

Der nächste Gefechtseinsatz von Anton Günther von Anhalt-Zerbst erfolgte am 3. August 1692 in der Schlacht bei Steenkerke, in der Wilhelm III. von Oranien-Nassau (1650–1702), der neue Oberbefehlshaber der Wiener Allianz, die Franzosen unter Marschall François-Henri de Montmorency-Luxembourg (1628–1695) aus Flandern zu drängen versuchte. Das freilich misslang unter erheblichen Opfern – und diesmal kam auch der Zerbster Prinz nicht unverletzt davon: Er wurde von fünf Kugeln getroffen, von denen eine seinen linken Arm zerschmetterte.

Wenig später beauftragte Wilhelm den kaum Genesenen, die große Festung von Ath zu verteidigen. Das gelang ihm allerdings nur bis zum 5. Juni 1697, dann musste er gegenüber dem französischen Feldherrn Nicolas de Catinat de La Fauconnerie (1637–1712) kapitulieren. Trotzdem aber wurde Anton Günther 1698 von Friedrich III. zum General-Major ernannt und mit dem Kommando über die 5000 Mann brandenburgische Hilfstruppen betraut, die nach dem Frieden von Rijswijk in holländischen Diensten verblieben.

In dieser Stellung nahm Anton Günther von Anhalt-Zerbst dann auch am Spanischen Erbfolgekrieg teil, der 1702 ausbrach und in dem die Haager Große Allianz um Kaiser Leopold I. gegen eine von Frankreich angeführte Kriegskoalition kämpfte. Dabei erhielt er im Mai 1703 bei der erneuten Belagerung von Bonn noch einen Schuss in die Brust.

Danach war es unumgänglich, der angegriffenen Gesundheit Tribut zu zollen und das Kommando niederzulegen. Einige Zeit später, nämlich im Jahre 1705, würdigte der brandenburgische Kurfürst, der sich am 18. Januar 1701 zum König in Preußen gekrönt hatte und seither als Friedrich I. firmierte, den Einsatz von Anton Günther, indem er ihn zum General-Lieutenant der preußischen Infanterie beförderte. Allerdings konnte selbst diese Ehrung nicht verhindern, dass der kriegsversehrte Prinz zunehmend in Depressionen verfiel und sich komplett aus der Gesellschaft zurückzog: Die „Schwermut“ verfolgte Anton Günther von Anhalt-Zerbst letztlich bis zu seinem Tode am 10. Dezember 1714. *Wolfgang Kaufmann*

Neue Perspektiven in der Preußenforschung

Durchweg junge Historiker stellten ihre Projekte auf der Jahrestagung der Preußischen Historischen Kommission vor

Im Gegensatz zu manch landläufig geäußerter Meinung ist auf dem Feld der Erforschung der preußischen Geschichte noch mehr als genug zu tun. Als universitäres „Fach“ ist sie im Kommen, wie die 2010 an der Berliner Humboldt-Universität eingerichtete „Alfred Freiherr von Oppenheim-Stiftungsprofessur für die Geschichte Preußens“ zeigt. Auch wenn es sich gegenwärtig um den einzigen Lehrstuhl handelt, der dezidiert diesem Gegenstand gewidmet ist, so wird nicht nur in der Hauptstadt die Preußenforschung vorangetrieben. Zu nennen wären – neben anderen – die Universitäten in Chemnitz, Passau und Würzburg, wo dieser Bereich an den Instituten der Professoren Frank-Lothar Kroll, Hans-Christof Kraus und Dietmar Grypa einen Schwerpunkt bildet. In der Tatsache, dass die genannten Hochschulen in Sachsen und Bayern beziehungsweise Franken und damit keineswegs im ehemaligen preußischen Staatsgebiet liegen, mag man ein wenig Ironie erkennen, vor allem jedoch einen Hinweis auf die überragende Bedeutung dieses Feldes für die deutsche Geschichtswissenschaft insgesamt.

Einen Einblick in laufende Forschungen zur (brandenburgisch-) preußischen Geschichte vermittelte die turnusgemäße Jahrestagung der Preußischen Historischen Kommission, die am 7. und 8. November im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz stattfand. Durchweg junge Historiker stellten ihr jeweiliges Projekt vor. Das Thema – „Aspekte der Preußenforschung heute: Neue Perspektiven“ – war offen, entsprechend groß war die Vielfalt der Beiträge, angefangen von „Netzwerken hochadeliger Frauen im 16. und 17. Jahrhundert“ bis hin zu „Preußenbildern der Konservativen Revolution“.

Eindeutiger zeitlicher Schwerpunkt war das 19. Jahrhundert. Weitgehend widerspruchsfrei wurde ein Referat über eine im Entstehen begriffene Biographie des konservativen Politikers, Bismarck-Beraters und Publizisten Hermann Wagener (1815–1889) aufgenommen. Eine solche Darstellung ist bislang ebenso ein Desiderat wie die Geschichte der „Preußischen Jahrbücher“. Sebastian Haas untersucht die Zeitschrift vom Erscheinungsbeginn im Jahre 1858 bis zum Reichsgründungsjahr 1871. Auch hier gab es Zustimmung, etwa für die These, dass die Rolle des Mitherausgebers Wilhelm Wehrenpfennig (1829–1900) gegenüber der des prominenteren Heinrich von Treitschke (1834–1896) deutlich aufgewertet werden müsse.

> Friedrich Wilhelm II. wurde von Rainer Poller in einem völlig neuen Licht präsentiert

Widerspruch gab es hingegen bei Denny Becker, der sich mit der Situation von Frauen in ländlichen Soldatenhaushalten zwischen 1740 und 1806 beschäftigt. Er führte aus, dass diese Gruppe stärker als andere der Gefahr der Verelendung ausgesetzt gewesen sei. Bereits die längere Abwesenheit des Mannes habe oft dazu geführt, dass der landwirtschaftliche Betrieb nicht mehr habe aufrechterhalten werden können. Eingewendet wurde, dass Becker sich auf die überlieferten Bittschriften stützt und damit den Fokus stark auf die Probleme richte. Es sei schwer, belastbare quantifizierende Aussagen zu treffen, da sich die Fälle, in welchen es keinen Anlass zu Klagen gab, in den Quellen meist nicht niedergeschlagen haben.

In einem völlig neuen Licht präsentierte Rainer Poller Friedrich Wilhelm II. (1744–1797). Bislang heißt es, der König habe stark unter dem Einfluss der Rosenkreuzer gestanden und sei lenkbar gewesen. Bezüglich der Rolle des Monarchen als „summus episcopus“, also als „oberster Bischof“ der evangelischen Kirche in seinem Territorium, vertrat Poller nun die These, dass der persönlich religiöse König sehr selbstständig agiert habe. In dem Religionsedikt vom 9. Juli 1788 wurde die orthodoxe Seite der evangelischen Kirche gestärkt. Gilt dieser Erlass bislang als Werk des Staatsmannes Johann Christoph von Woellner (1732–1800), so erkennt Poller hier eine klare Willensäußerung des Königs. Zudem habe sich der König sichtlich in Fragen des Kollektenwesens und der Pfarrerversorgung engagiert. Die Diskussion verwies durchaus auf die Kräfte, welche hinter Friedrich Wilhelm II. standen – generell verworfen wurde Pollers Ansatz nicht. Sollten sich dessen Thesen als tragfähig erweisen, so würde das Bild des von der Geschichtsschreibung bislang wenig gnädig betrachteten Königs eine erhebliche Veränderung erfahren.

Nur auf den ersten Blick überrascht die Aussage, dass der 1807 geschlossene Friede von Tilsit vor allem hinsichtlich seiner unmittelbaren Auswirkungen wissenschaftlich nur unbefriedigend untersucht worden sei. Sven Prietzel, der an einer entsprechenden Darstellung arbeitet, legte in seinem Referat überzeugend dar, dass zwar oft Bezug auf dem Friedensschluss genommen werde, dieser aber letztendlich immer nur den Resonanzboden für andere Aspekte bilde, etwa die Befreiungskriege. Das Anschlussreferat widmete sich den preußischen Reformern. Georg Eckert versuchte eine Typologie, indem er eine Einteilung vornahm zwischen „Staatsmännern“, zu denen er Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (1757–1831) zählt, und „Staatswissenschaftlern“. Dafür wurde Theodor von Schön (1773–1856) als Beispiel angeführt.

> Kontroverse Diskussion über das englische Bild Preußens in der Kaiserzeit

Blieben hier die großen Kontroversen aus, so wurde die Darstellung von Katharina Löffler angezweifelt, das beginnende Risorgimento (Wiedererstehung) in Italien sei in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von Preußen negativ beurteilt worden. Natürlich habe man von offizieller Seite Revolutionsgedanken im Allgemeinen skeptisch gegenübergestanden, jedoch sei die Lage gerade bei der Vielzahl der italienischen Staaten und der entsprechenden Verflechtungen nicht so eindeutig. Ähnlich wurde der Beitrag von Ulrich Päßler aufgenommen, der sich mit dem englischen Preußenbild zwischen 1830 und 1918 befasst. Nach Päßler sei vor allem ab der Reichseinigung ein negatives Preußenbild entstanden, eine „invention of Prussia“, die als Leerformel für ein Feindbild geeignet gewesen sei. Auch hier wurde die Absolutheit der Aussage in Frage gestellt. Frank-Lothar Kroll machte darauf aufmerksam, dass bei aller deutsch-britischen Verstimmung in Rechnung zu stellen sei, dass gerade Kaiser Wilhelm II. sich als Person in England äußerst großer Popularität erfreute.

Auf den Abschluss der Arbeiten darf man gespannt sein. Deutlich wurde aber bereits durch die Präsentation der Zwischenergebnisse und die in den Diskussionen aufgeworfenen weiterführenden Fragen, dass ein Zeitpunkt, zu welchem die preußische Geschichte als „ausgeforscht“ gelten kann, nicht absehbar ist. *Erik Lommatzsch*

Warum musste Alfred Herrhausen sterben?

25 Jahre nach dem Mordanschlag auf den deutschen Bankmanager mehren sich die Zweifel an der Täterschaft der RAF

Am 30. November 1989 fiel der damalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank Alfred Herrhausen einem Sprengstoffanschlag zum Opfer, der lange Zeit der Rote Armee Fraktion (RAF) angelastet wurde. Inzwischen ermittelt die Generalbundesanwaltschaft allerdings gegen Unbekannt. Damit gehört der Mord an Herrhausen zu den unaufgeklärten Attentaten gegen bundesdeutsche Wirtschaftsgrößen während der Zeit von 1985 bis 1991.

Am Morgen des 30. November 1989 befand sich Alfred Herrhausen auf der Fahrt zur Arbeit in Frankfurt am Main, als um 8.37 Uhr eine Bombe detonierte, die auf dem Gepäckträger eines Fahrrades lag, das die Attentäter am Rande des Bad Homburger Seedammweges abgestellt hatten. Der Sprengsatz war durch eine Lichtschranke gezündet worden und so konstruiert, dass sich die gesamte Explosionsenergie der sieben Kilogramm TNT auf hochpräzise Weise gegen die hintere Seitentür des gepanzerten Dienst-Mercedes von Herrhausen richtete. Daher zerrissen dann auch Splitter von der inneren Wagenverkleidung die rechte Oberschenkelarterie des Bankvorstandes, der neben genau dieser Tür saß. Infolge der Verletzung verblutete Herrhausen innerhalb von acht bis neun Minuten, während seine Personenschützer in den beiden unbeschädigten Begleitfahrzeugen verharrten – wie sie später angaben, aus Angst vor weiteren Explosionen.

Noch am Nachmittag des selben Tages bekannte sich die RAF mit einem Telefonanruf zu der Tat. Dem folgte kurz darauf das obligatorische schwülstige Bekennerschreiben, in dem es hieß: „Am 30. November 1989 haben wir mit dem Kommando Wolfgang Beer den Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, hingerichtet. Durch die Geschichte der Deutschen Bank zieht sich die Blutspur zweier Weltkriege und millionenfacher Ausbeutung, und in dieser Kontinuität regierte Herrhausen an der Spitze dieses Machtzentrums der deutschen Wirtschaft; er war einer der mächtigsten Wirtschaftsführer in Europa.“

Damit freilich erschöpfen sich die Belege für eine RAF-Täterschaft auch schon. Dafür weist der Fall zahlreiche Ungereimtheiten auf, die in höchstem Maße stutzig machen. Zum ersten verwundert, dass die auffälligen Erdarbeiten im Zusammenhang mit der Verlegung des 86 Meter langen Kabels für die Lichtschranke, die unweit des Hauses von Herrhausen erfolgten, keinen Argwohn der Experten des Hessischen Landeskriminalamtes erregten, denen es oblag, auf genau solche Baustellen entlang der Fahrtstrecke zu achten. Ja, die Beamten fanden selbst dann nichts, als sie eine halbe Stunde vor der Explosion den Seedammweg kontrollierten. Weder wurde das einsam dastehende Fahrrad bemerkt noch das Kabel, das von der sprengstoffgefüllten Aktentasche auf dem Gepäckträger ins Gebüsch führte, noch der Reflektor der Lichtschranke auf der anderen Straßenseite. Zum zweiten wäre da der große technische Aufwand auch im Falle der Sprengladung selbst. Deren komplizierte Bauform zwecks Ausnutzung der Richtwirkung von plattenförmig gebündeltem Sprengstoff passte nämlich überhaupt nicht zum sonstigen Vorgehen der RAF. Und zum dritten bleibt die Frage offen, wieso das zweite Begleitfahrzeug mit Personenschützern am Tage des Attentats extrem weit vor Herrhausens Wagen herfuhr, was sonst nie vorkam.

Noch dubioser ist freilich der angebliche „Kronzeuge“, den die Ermittlungsbehörden dann am 21. Januar 1992 präsentierten. Hierbei handelte es sich um den früheren V-Mann des hessischen Verfassungsschutzes Siegfried Nonne, der zugab, die Tat gemeinsam mit den RAF-Mitgliedern Christoph Seidler und Andrea Klump sowie zwei Männer namens „Stefan und Peter“ vorbereitet und ausgeführt zu haben. Allerdings widersprachen die objektiven Spuren dem komplett; darüber hinaus widerrief Nonne sein Geständnis in einem Interview mit dem WDR-Magazin „Monitor“: Er sei vom Verfassungsschutz mittels indirekter Todesdrohungen zu dieser Aussage genötigt worden. Kurz darauf drang an die Öffentlichkeit, dass der V-Mann schon mehrfach in psychiatrischer Behandlung gewesen war und auch kurz vor seinen „Enthüllungen“ erst wieder sechs Monate in einer geschlossenen Einrichtung zugebracht hatte. Dem folgte 1996 das endgültige Fiasko für die Generalbundesanwaltschaft, als Seidler sich im Rahmen des RAF-Aussteigerprogramms den Behörden stellte und ein absolut wasserdichtes Alibi für die Tatzeit vorwies.



Hier waren Profis am Werk: Herrhausens gepanzerter Mercedes nach dem Sprengstoffanschlag Bild: action press

Seitdem wird nun nur noch „gegen Unbekannt“ ermittelt, wobei es in den letzten Jahren zu keinerlei Fortschritten kam – selbst als man 2007 nach einen Sensationsartikel im „Wall Street Journal“ darauf verfiel, zu prüfen, ob vielleicht die ominöse Sondereinheit AGM/S des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit den Mord an der Schlüsselfigur der bundesdeutschen Wirtschaft begangen haben könnte. Und das wiederum nährt natürlich Spekulationen über die wahren Täter beziehungsweise Hintergründe des Attentats.

Besonders häufig wird dabei auf das auffällige Engagement Herrhausens hinsichtlich eines Schuldenerlasses für die Entwicklungsländer verwiesen. Seine diesbezüglichen Vorschläge, die er unter anderem auf der Weltbanktagung 1987 und der Bilderberg-Konferenz 1988 vorgebracht hatte, stießen nämlich auf erbitterten Widerstand in der Finanzwelt, wobei insbesondere die US-Banken in eine ausgeprägte Kampfrhetorik verfielen. Aus diesem Grunde fühlte sich Herrhausen auch persönlich bedroht, was dazu führte, dass er auf der Konferenz der Weltbank ausnahmsweise sogar seine schusssichere Weste trug. Hieraus leiten manche Autoren eine Täterschaft des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA ab. Auf jeden Fall verschwand das Thema Schuldenerlass nach Herrhausens Tod umgehend in der Versenkung. Sein Nachfolger Hilmar Kopper tat das Ganze als intellektuelles Experiment ab, welches niemals ernst gemeint gewesen sei.

> Das Mordopfer war vielen Mächtigen auf die Füße getreten

Ein weiterer Ansatzpunkt für konträre Mordtheorien, in denen keine RAF vorkommt, sind Herrhausens Bemühungen, tiefgreifende Umstrukturierungen bei der Deutschen Bank vorzunehmen, die das Unternehmen zukunftsfähiger machen sollten. Nach Aussage der Witwe des Spitzenmanagers führten diese zu einem heftigen internen Machtkampf, dessen Höhepunkt für den Tag des Attentats erwartet wurde. Und das wirft natürlich ein merkwürdiges Licht auf die Tatsache, dass die Personenschützer, die Herrhausen verbluten ließen, ohne die geringsten Anstalten zu machen, Erste Hilfe zu leisten und das verletzte Bein abzubinden, nicht im Dienste des Bundeskriminalamtes, sondern der Deutschen Bank standen. *Wolfgang Kaufmann*

Der Afrikaner-Versteher

Arnold Krieger: Schriftsteller, Dramatiker und Lyriker aus Dirschau

Auf eine einfache Formel lässt sich das Werk Arnold Kriegers nicht bringen. Für viele war er nur ein Bestsellerautor, obwohl er auch in seinen erfolgreichen Büchern hohe Ansprüche stellte. Was ihn von den meisten arrivierten Zunftkollegen unterschied, war sein entschiedenes Eintreten für andere. Krieger hat einen beträchtlichen Teil seiner Honorare selbstlos für humanitäre Zwecke zur Verfügung gestellt.

Als Sohn eines Mittelschullehrers am 1. Dezember 1904 in Dirschau an der Weichsel geboren, wuchs er dreisprachig auf, da polnische und russische Schüler Aufnahme im Elternhaus fanden. Nach dem Studium verschrieb er sich als Schriftsteller vor allem historischen Themen, wie in seinem Schauspiel über den erfolgreichen Burengeneral „Christian de Wet“, das 60 Bühnen aufführten.

Kriegers unbestechlicher Realismus beeindruckte Ernst Rowohlt, der seine ersten Bücher verlegte. 1934 erschien der Roman „Das Blut der Lysa Gora“, ein düsteres Epos über das Thorner Blutgericht von 1724. Die Erdbebenkatastrophe von Agadir war für ihn ebenso ein Beispiel menschlicher Ausnahmesituationen wie das Schicksal des ungarischen Revolutionärs Alexander Petöfi.

Während der 30er Jahre wollte Eugen Klopfer in Berlin Kriegers Dostojewski-Schauspiel „Fjodor und Anna“ inszenieren, für das sich zahlreiche Bühnen interessierten. Doch das Propagandaministerium verbot jede Aufführung. Nachdem Krieger nach 1945 den Westalliierten unbequeme Wahrheiten serviert hatte, siedelte er für einige Jahre in die Schweiz über, wo er für einen an Albert Schweitzer orientierten Pazifismus eintrat.

Insgesamt schrieb Krieger, neben seinem unermüdlichen Engagement für die Befreiung des Menschen im „Irrenhaus Europa“, zwei Dutzend Romane. Die Jugendrevolte von 1968 nahm er in „Der Kuckuck und die Zerreißprobe“ vorweg. Im Mittelpunkt stehen zwei junge Menschen, die mit der verlogenen Welt der Erwachsenen nicht fertig werden.

> Nationalsozialisten wie Westalliierten war er unbequem

Den Schwerpunkt seines Werkes bilden die Afrikaromane. Auf „Hendrik und Sannah“ („Mann ohne Volk“) und „Der dunkle Orden“ („Der Sohn“) folgte als größter Erfolg „Geliebt, gejagt und unvergessen“. Der Roman erschien zuerst 1955 und ist 1984 neu aufgelegt worden. Krieger gelang es, Wesen und Vorstellungswelt der Schwarzen dokumentarisch zu erfassen. Im Gegensatz zu den meisten Romanen über Afrika vermied er die Perspektive des weißen Mannes völlig. Das kommt bereits im unruhigen, wechselvollen Sprachrhythmus deutlich zum Ausdruck. Die abenteuerliche Geschichte der schwarzen Fürstentochter Lisa, deren Traum von Freiheit tragisch endet, hat sicherlich mehr zum Verständnis des schwarzen Kontinents beigetragen, als viele gut gemeinte Reden der Politiker.

Das Echo auf dieses Buch war gewaltig. Die Kritik verglich das Werk mit Boris Pasternaks „Doktor Schiwago“ und nannte Krieger einen „Kolumbus der schwarzen Seele“. Der große Afrikaroman hat allerdings den Lyriker und eigenwilligen Hörspielautoren zu Unrecht in den Schatten treten lassen.

Arnold Krieger war zeitlebens ein unbequemer Schriftsteller, eine Faustfigur auf der Suche nach Wahrheit. In seinen letzten Lebensjahren gründete er noch den „Weltbund freier Menschen“. Arnold Krieger, der in Darmstadt lebte, schonte sich nie. Im Alter von 61 Jahren starb er am 9. August 1965. *E.B.*

Waffenschmied Böhmens

Vor 175 Jahren wurde Emil Ritter von Skoda geboren

Autofreunde kennen die Škodas aus dem Volkswagenkonzern und Historiker wissen um die wirtschaftliche und militärische Bedeutung der Skoda-Werke für Österreich-Ungarn, die Tschechoslowakei und das Dritte Reich. Die Fahrzeuge wie die Produktionsstätten verdanken ihren Namen Emil Ritter von Skoda, der am 19. November 1839 in Pilsen zur Welt kam.

Der Ritter entstammte einer Medizinerfamilie. Sein Vater war der 1867 in den erblichen österreichischen Adelsstand erhobene Landes-Sanitätsreferent für Böhmen Franz Ritter von Skoda, sein Onkel Josef Medizinprofessor in Wien. In beruflicher Hinsicht schlug Emil eher nach seinem Großvater Josef, der Nagelschmied war. Er entschied sich für ein Maschinenbaustudium. Nachdem er Erfahrungen als Ingenieur in den unterschiedlichsten Teilen Deutschlands gesammelt hatte, übernahm er 1866 als Oberingenieur die Leitung des 1859 gegründeten Pilsener Maschinenbaubetriebes des Grafen Ernst von Waldstein-Wartenberg. 1871 heiratete er mit Hermine Hahnenkamp die Enkelin des Hauptgründers des Bürgerlichen Brauhauses in Pilsen. Und sein Onkel Josef in Wien war auch nicht unvermögend. So gelang es Skoda, das von ihm geleitete Unternehmen mit familiärer Hilfe 1869 käuflich zu erwerben und anschließend weiter auszubauen. Zum Zeitpunkt des Erwerbs hatte die Firma 33 Mitarbeiter.

Der erste große Erfolg des nicht nur als Kaufmann, sondern auch als Ingenieur begabten Österreichers waren Maschinen zur Gewinn von Zucker aus Rüben mithilfe des in seiner Firma entwickelten Wellner-Jellinek-Verfahrens. Allmählich expandierte Skoda ins Stahl- und Waffengeschäft. 1871



Emil Ritter von Skoda Bild: Archiv

errichtete er eine Gießerei, 1882 eine Modellierungsanlage, 1884 eine Schmiede und 1885 ein eigenes Stahlwerk mit zwei modernen Siemens-Martin-Öfen. Sein Gussstahl war bei vergleichbarer Festigkeit dehnbarer als der der Konkurrenz, was diverse Marinen auf ihn aufmerksam werden ließ. Er beließ es nicht beim Bau von Panzerkuppeln für Schiffe und Festungen, sondern baute die Produktpallete aus in Richtung Geschützrohre und auch Munition. Mit lukrativen Aufträgen von See- und Landstreitkräften ausgestattet, expandierte sein Unternehmen 1889 und 1897 beträchtlich. Bis 1899 waren aus den einst 33 Mitarbeitern rund 3000 geworden.

Die Expansion kostete jedoch Geld und als in einer Absatzkrise zum Ende des Jahrhunderts das eigene Kapital knapp zu werden drohte, wandelte Skoda sein Unternehmen nolens volens in eine Aktiengesellschaft um, um weiter expandieren zu können. Es beteiligten sich die Österreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe und die Böhmische Escompte-Bank. Doch Skoda blieb Mehrheitsaktionär. In dieser Eigenschaft sowie als Aufsichtsratspräsident und Generaldirektor der „Skodawerke, Aktiengesellschaft in Pilsen“ behielt er weitgehend die Kontrolle über das Unternehmen. Am 9. August 1908 ist Emil Ritter von Skoda bei einer Zugreise in den Kurort Bad Gastein in Amstetten gestorben.

Wenn Škoda heute auch zum Stolz der Tschechischen Republik gehört und von tschechischer Seite immer wieder der Versuch unternommen worden ist, den Namensgeber zu vereinnahmen, so hat Skoda doch an seiner deutschen Herkunft nie Zweifel aufkommen lassen und sich immer Skoda geschrieben. *Manuel Ruoff*

Zum Fraß vorgeworfen

Zu: Kontroverse um TTIP (Nr. 44)

AfD-Kritikern und bestimmten Presseunternehmen wird man vorhalten müssen: Parteien sind gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes „Träger der ständigen Auseinandersetzung um die Festlegung der politischen Grundrichtung“. Sie sollen die politische Willensbildung nicht monopolartig beherrschen, sondern Diskussionen ermöglichen und für sie eintreten. Wenn man demgegenüber meint, jubelnd feststellen zu dürfen, dass die AfD innerlich zerstritten und deshalb als Partei politisch am Ende sei, zeigt dies nur ein Unverständnis des Begriffes Partei und damit auch der Demokratie.

Was würden Kritiker erst sagen, wenn in der AfD allein der Vorstand über politische Ziele entscheiden würde und die ungefragten Mitglieder ein entsprechendes Edikt einfach nur zu akzeptieren hätten? Parteidisziplin ist verfassungsrechtlich zwar durchaus zulässig, aber erst nach interner Mehrheitsentscheidung der Mitglieder und doch nicht vorher. Eine neue Partei hat es immer schwer, sich inhaltlich zu finden.

Dabei bleiben ihr – wie jeder neuen Partei – einige Chaoten, Berufsnörgler und heimliche Agenten von Konkurrenzparteien nicht erspart. Diese wenig neue Erkenntnis muss man als führender Parteifunktionär jedoch nicht unbedingt einer darauf nur wartenden Presse andienen.

Dr. Klaus J. Schneider-Haßloff, Berlin

Beunruhigender Zustand

Zu: Perverse Botschaft (Nr. 44)

Nach den „Kölner Krawallen“ sollen Demonstrationen von Hooligans und „rechtsradikalen Kräften“ zukünftig verboten werden. Damit wird die Ursache der Krise nicht beseitigt. Fakt ist: Die Bürger haben es satt, sich politisch korrekt nur hinter vorgehaltener Hand über die dreisten Islamisierungskampagnen fundamentalistischer Islam-Verbände und totalitärer demokratiefeindlicher Gruppierungen empören zu dürfen.

Die entscheidende Frage aber lautet: Würden sich radikale Muslime, die das Ziel verfolgen, nicht nur Deutschland in einen Scharia-Staat umzuformen, von friedlichen Demonstranten beeindrucken lassen? Sicher nicht. Geschuldet ist das der jahrzehntelangen Politik der eigenen Verleugnung unserer abendländischen Kultur bei gleichzeitiger Billigung islamischer Einflussnahme auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Sie musste zwangsläufig zum heutigen und für viele beunruhigenden Zustand der Gesellschaft führen.

Solange uns die Politiker dieser Bedrohungslage der ungebremsten Islamisierung weiter ausliefern, Zuwanderungslobbyisten und Islambefürworter sogar fördern, müssen sie sich nicht wundern, wenn zukünftig nicht nur Hooligans und Rechtsextremisten, sondern auch ganz „normale“ Bürger um sich schlagen werden.

Gisela Recki, Troisdorf

Kein Platz für jedermann

Zu: Abschreckung soll Leben retten (Nr. 43)

Vielen Dank für die Veröffentlichung dieses Artikels über die Kampagne der australischen Regierung gegen illegale Zuwanderung, denn so etwas erfährt man sonst kaum in einer anderen deutschen Zeitung. Und wenn man nicht gerade Freunde oder Bekannte in Australien hat, die einen darüber informieren, bleibt die Masse unserer Bevölkerung ahnungslos, wie Australien mit dem Flüchtlingsproblem umgeht.

Interessant ist dabei, dass die harte Linie nicht nur bei der australischen Bevölkerung mehrheitlich große Zustimmung findet, sondern sich auch die politischen Parteien des Landes von den Konservativen über die Liberalen bis hin zu den Sozialisten in dieser Frage einig sind.

Der gegenwärtige liberale Premier Tony Abbot, ein gläubiger Christ, der nach seiner Wahl im September 2013 die Schließung der Grenzen für sämtliche Armutsflüchtlinge verfügte, konterte die internationale Kritik daran denn auch mit den Worten: „Jesus wusste, dass alles auf der Welt seinen Platz hat, und Australien ist nicht der Platz für jedermann.“

Diese konsequente Haltung könnte Vorbild für die Europäische Union sein, aber hier pflegt man lieber Gutmenschentum und falsch verstandenes Mitleid in Form von Humanitätsduselei. Europa, quo vadis?

Wolfgang Reith, Neuss

Teuer erkauft

Zu: Das Regime war besiegt (Nr. 45)

Groß ist in den letzten Tagen die Wiedervereinigung von BRD und DDR mit dem Höhepunkt der Festlichkeiten in Berlin am Sonntag gefeiert worden. Diese Wiedervereinigung ist tatsächlich auch ein großes Ereignis gewesen, das ohne Blutvergießen zustandegekommen ist. Es wurde unter anderem derjenigen Menschen gedacht, die an der Mauer zu Tode gekommen sind.

Aber wäre es bei der Gelegenheit nicht auch angebracht gewesen zu erwähnen, dass die Ostgrenze der neuen Bundesrepublik durch den Verlust der Heimat von 16 Millionen Menschen (ein Viertel des ursprünglichen Reichsgebietes) erkauft worden ist? Oder ist das Schicksal der deutschen Vertriebenen von der politischen Klasse bereits völlig abgeschrieben und keiner Erwähnung mehr wert?

Inge Keller-Dommasch, Jonen/Schweiz



„Kaninchenfutter“: Vegetarier werden oft verspottet. Richtig Hass schlägt ihnen entgegen, wenn sie fleischloses Essen zur Ideologie erklären und sich zu besseren Menschen erklären. Bild: action press

Eilige Zerstörung Königsbergs

Zu: Vor den Russen kamen die Engländer (Nr. 34)

Zu dem sehr interessanten Artikel über die Zerstörung Königsbergs durch die Engländer möchte ich eine nicht unbedeutende Ergänzung machen: Wie berichtet, griffen sowjetische Bomber bis Frühjahr 1943 auch Königsberg an. Danach unterließen sie es bewusst. Im November 1943 gelang es den Russen auf der entscheidenden Konferenz der künftigen drei Hauptsiegermächte in Teheran über die territorialen Nachkriegsregelungen, die Zustimmung ihrer beiden anglo-amerikanischen Verbündeten zu ihrer Forderung nach einem eisfreien Hafen an der Ostsee zu erlangen.

Unabhängig von den sonstigen Regelungen in Deutschland sollte die Sowjetunion das Gebiet Nordostpreußens mit der Haupt- und Hafenstadt Königsberg annektieren dürfen. Im August 1944, als die britischen Bomber zuschlugen, waren die sowjetischen Landstreitkräfte schon auf ostpreußisches Territorium vorgedrungen. Die Briten als große Seefahrernation wollten jedoch den Russen als möglicher weltpolitischer Konkurrenz den bedeutenden eisfreien Hafen Königsberg nicht ohne „Abschläge“ in die Hand fallen lassen, auch wenn er ansonsten außerhalb jeglichen britischen Interessensgebietes lag.

Im August 1944, vor nunmehr 70 Jahren, mussten sie sich deshalb auch etwas „beeilen“, damit ihre Bomben auf Königsberg nicht zugleich den vordersten russischen Landtruppen sozusagen „auf den Kopf“ fielen. Deshalb nahmen die Briten auch die für ihren Luftweg nach Königsberg unumgängliche Verletzung unter anderem des Luftraums von Schweden und dessen „Verärgerung“ in Kauf. Den Russen wäre es sicher lieber gewesen, wenn ihnen ein weniger zerstörtes Königsberg in die Hand gefallen wäre.

Dr. Hannes Kaschkat, Höchberg

Fleischmafia redet

Zu: Von wegen „Besser-Esser“ (Nr. 43)

Eine Schnapsidee von Klaus Rainer Röhl war es wohl, diesen Artikel über vegetarische Ernährung zu schreiben. Jeder kann denken, was er will. Mich wundert aber nur, dass die *Preußische Allgemeine* so etwas auch abdruckt. Ich bin zwar erst seit zirka fünf Monaten „fleischlos“ geworden und habe gemerkt, dass man auch ohne Fleisch gut kochen und essen kann. Ich habe leider den Verdacht, dass Röhl im Sinne der „Fleischmafia“ schreibt. Ein redlicher Ostpreuße sieht anders aus. Aber Röhl sei verziehen: Er ist ja Danziger.

Edelgard Staedler, Bassum

Offen diskutieren

Zu: Kontroverse um TTIP (Nr. 44)

Gegen das zwischen den Europäern und Nordamerikanern geplante Freihandelsabkommen TTIP gibt es noch ein gewichtiges Argument: die notorische Hinterhältigkeit der US-Amerikaner. Sie tun nichts, was nicht der knallharten Durchsetzung ihrer Interessen dient. Exemplarische Fälle dafür gab es bereits genug. Das beste Beispiel aus den letzten Jahren ist die Ausdehnung ihrer Einflusssphäre in Europa mit Hilfe der Nato nach Osten, obwohl sie ursprünglich etwas anderes zugesichert hatten.

Zu einer offenen Diskussion gehört aber, dass auch über solche Dinge gesprochen wird und dass solche Probleme nicht im blinden Glauben an das Gute in der amerikanischen Politik übergangen werden.

Hermann Schubart, Marburg

»Grünes Kraut« kann ganz wohlschmeckend sein

Zu: Von wegen „Besser-Esser“ (Nr. 43)

Der Artikel prangert sicher zu Recht verschiedene Übertreibungen des Vegetarismus an; andererseits will ich aber doch versuchen, einiges in dieser Darstellung in einem anderen Licht zu betrachten. Ich bin seit 1976 – als es noch nicht so sehr in Mode war – Vegetarier, ohne dabei irgendwie fanatisch zu sein und auch ohne eine „verquere Weltanschauung“ zu haben; auch will ich niemanden „bekehren“, der gerne Fleisch isst. Damals musste man noch manchen Spott über sich ergehen lassen und stieß auf viel Unverständnis, es ist einem aber auch Interesse und Achtung widerfahren.

Die vegetarische Ernährung als Strafmaßnahme für Adam und Eva und ihre Nachkommen anzusehen, ist wohl doch etwas sehr gepresst. Gemeint kann hier nur sein, dass man sich jetzt überhaupt um so äußere Dinge wie die Ernährung kümmern musste, was im vorherigen paradiesischen Zustand eben noch nicht erforderlich war. Dass Fleischnahrung durchaus zulässig war, ergibt sich ebenfalls am Anfang der Bibel ein Stückchen weiter (1. Mose im 4. Kapitel): Kain war ein Hirte (Fleischproduktion), und sein Opfer wurde angenommen; dagegen wurde das Opfer Abels, des Akkerbauern, nicht angenommen. Ganz deutlich wird es dann anschließend im 9. Kapitel: „Alles, was sich regt und lebt, das sei eure Speise; wie das grüne Kraut …“

Ich habe als Heimatvertriebener aus Schlesien auch die Not der Kriegs- und Nachkriegszeit als Kind erlebt; sicher, seinerzeit freute man sich, wenn auf der Hühnersuppe möglichst viele Fettaugen schwammen. Aber warum sollen sich die Zeiten nicht ändern? Der Artikel kommt auf den Hunger in der Welt zu sprechen, und hier ist doch zu bemerken, dass durch vegetarische Ernährung mehr Menschen ernährt werden könnten als bei Fleischernährung, wo die Nährstoffe erst „durch das Tier gehen“.

„Richtig gesunde Nahrung schmeckt nicht!“ Das kann ich gar nicht bestätigen, mir schmeckt es ausgesprochen gut. Ein unverdorbener Geschmack wird das Gesunde auch als wohlschmeckend empfinden. Es ist ja auch so, dass der gute Geschmack zum Beispiel in einer feinen Wurst im Wesentlichen von pflanzlichen Gewürzen herkommt.

Die Probleme der Massentierhaltung sollten auch beachtet werden. Erstens wird minderwertiges Fleisch produziert (zum Teil noch mit Resten von Antibiotika und so weiter), andererseits – und das scheint mir das Schlimmere – werden die Tiere gequält, was man den Tieren nicht antun sollte und was unwürdig für den Menschen ist. Fleischnahrung ist auch ohne solche Auswüchse möglich. Ein Ausweg ergibt sich hier durchaus, wenn diejenigen, die darauf verzichten können und wollen, nicht jeden Tag Fleisch auf ihrem Teller haben.

Anerkannt ist ja, dass diese Teilzeitvegetarier auf jeden Fall gesünder leben als Dauerfleischesser. „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, es muss auch was jeschmurjelt sein.“ Diese ostpreußische Weisheit kann erfreulicherweise auch der Vegetarier erfüllen: Gottlob lassen sich viele vegetarische Gerichte sehr schmackhaft braten!

Auch bei der Ernährung muss man eben gelten lassen: „Jeder soll nach seiner Fasson Selich werden.“

Helmut Poremba, Stuttgart

Leserbriefe bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 47 – 22. November 2014

MELDUNGEN

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Sophiental [Wola Rychnowska] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle. Straße Nr. 15: Mykówko Rynskie, Baustelle. Straße Nr. 16: Bergfriede [Samborowo] – Warweiden [Wirwajdy], Baustelle; Thyrau [Tyrowo] – Mörlen [Morliny], Baustelle; Dietrichswalde [Gietrzwałd], Erneuerung der Brücke; Sensburg, Olsztynskastraße, Baustelle; Sensburg [Mragowo] – Proberg [Probark], Baustelle; Barranowen [Baranowa], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Darethen [Dorotowo], Baustelle. Straße Nr. 53: Passenheim [Pasym], Baustelle. Straße Nr. 54: Biedkowo – Glinka, Baustelle; Braunsberg [Braniewo], Baustelle. Straße Nr. 57: Ortelsburg [Szczytno], Baustelle. Straße Nr. 58: Kurken [Kurki], Brückenbau, einspurig; Alt Keykuth [Stare Kiejkuty] – Marxöwen [Marksewo], Baustelle. Straße Nr. 59: Trossen [Tros] – Wiesenthal [Bachorza], Baustelle. Straße Nr. 59a: Aweyden [Nawiady], Baustelle; Mythienen [Mojtyny], Baustelle. Straße Nr. 63: Lötzen [Gizycko], Baustelle, Milken [Miłki], Baustelle. Straße Nr. 65: Goldap [Gołdap] – Reimannswalde [Kowale Oleckie], Baustelle; Herzogskirchen [Gaski] – Przytullen [Przytuły], Baustelle; Przytullen [Przytuły] – Lyck [Ełk], Baustelle. *PAZ*

PiS gewinnt Kommunalwahlen in Polen

Aber im südlichen Ostpreußen liegt Jarosław Kaczynskis Partei hinter PSL und PO nur auf Platz drei

Am 16. November fanden in der Republik Polen Kommunalwahlen statt. Während die PiS auf Landesebene gewann, wählten in der Woiwodschaft Ermland und Masuren die meisten den Juniorpartner der Bürgerplattform in der Warschauer Regierungskoalition, die Polnische Volkspartei.

Gewählt wurden die Vertreter in den Gemeinde-, Bezirks- und Stadträten, in den Sejmiks (Woiwodschaftsparlamenten) sowie die Stadtpräsidenten, Bürgermeister und Gemeindevorsteher. Die

PSL stärkste Partei im südlichen Ostpreußen

Wahlbeteiligung lag bei 39,28 Prozent, im südlichen Ostpreußen waren es mit 40,54 Prozent unwesentlich mehr. Dieser Trend spiegelt sich auch in den Städten wider. So lag Allenstein hinter Rzeszów, der Hauptstadt der Woiwodschaft Karpatenvorland, in der 37,39 Prozent zur Wahl gingen, mit 37,15 Prozent auf Platz zwei, was die Wahlbeteiligung anging.

In der Woiwodschaft Ermland und Masuren wurden vier Parteien in den Sejmik gewählt: Nur auf Platz zwei gelangte die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) der Ministerpräsidentin Ewa Bozena Kopacz und des designierten Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk. Stärkste Partei wurde der Juniorpartner der Bürgerplattform in Warschau, die Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL), mit 40,4 Prozent. Erst hinter den beiden Warschauer Regierungsparteien landete die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwosc, PiS) des Jarosław Kaczynski mit 23,4 Prozent. Vierter und letzter im Bunde sind die Postkommunisten im Bund der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD).



Bei der Stimmenabgabe in seinem Wahllokal: Jarosław Kaczynski Bild: imago.

Was die ersten drei Plätze angeht, ist es auf gesamtstaatlicher Ebene genau umgekehrt. Da liegt die PiS mit 31,5 Prozent an der Spitze, gefolgt von der Bürgerplattform mit 27,3 und der PSL mit 17 Prozent. Wie im südlichen Ostpreußen nehmen auch landesweit die Postkommunisten den vierten Platz ein. 8,8 Prozent errangen sie in der gesamten Republik Polen.

Die Wahlergebnisse spiegeln eine Zweiteilung der Republik. Im ländlich geprägten Osten und Süden dominiert die PiS, während die PO in den nördlichen und westlichen Regionen ihre Hochburgen hat.

Mit besonderer Spannung war die Stadtpräsidentenwahl in Allenstein erwartet worden. Der erneut kandidierende frühere Stadtpräsident Czasław Jerzy Małkowski war im Februar 2008 wegen des Vorwurfs der sexuellen Nötigung und Vergewaltigung festgenommen und am 16. November 2008 in einem Referendum abberufen worden. Bis heute gibt es kein Gerichtsurteil in dieser Sache. Deswegen hat er ganz viele Gegner, aber zugleich auch Befürworter. Sie reichten für eine Mehrheit, aber nur eine relative. Małkowski bekam 39,27 Prozent, gefolgt von Amtsinhaber Piotr Grzymowicz mit 25,46, Iwona Arent (PiS) mit 11,27, Anna Wasilewska (PO) mit 10,69, Andrzej Rynski (SLD) mit 7,44, Marcin Adamczyk (PSL) mit 3,03 und Andrzej Maciejewski (Kongres Nowej Prawicy) mit 2,85 Prozent. Da keiner der Kandidaten über 50 Prozent der Stimmen bekam, wird es einen entscheidenden zweiten Wahlgang geben müssen. Ähnlich spannend war es schon 2010. Damals hatte Grzymowicz mit 53,28 Prozent der Stimmen über Małkowski mit 46,72 Prozent knapp obsiegt. Am 30. November fällt die Entscheidung, wer diesmal das Duell gewinnt.

Wie in Allenstein wird es auch in Elbing und Osterode eine Stichwahl geben. In Elbing haben die Bürger die Wahl zwischen Jerzy Wilk von der PiS und dem gemeinsamen Kandidaten der Warschauer Koalition, Witold Wróblewski, in Osterode stehen sich Czesław Najmowicz und Olgierd Dabrowski gegenüber.

In Lyck hingegen gelang es dem Stadtpräsidenten, gleich im ersten Wahlgang gewählt zu werden. Tomasz Andrukiewicz erhielt 77,30 Prozent. Der bisherige Stadtpräsident wird also auch der neue sein.

Alle Ergebnisse sind noch inoffiziell. Die Bestätigung sowie die Namen der Sejmikabgeordneten werden noch folgen.

Edyta Gladkowska

Treuespende für Ostpreußen

Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser
der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und des *Ostpreußenblattes,*

was wir für unsere dreigeteilte Heimat Ostpreußen tun können, verwirklichen wir überwiegend mit Hilfe Ihrer Spenden. Wie in den Jahren zuvor folgten Sie im vergangenen Jahr zahlreich dem Treuespendeaufruf und ermöglichten uns damit die Fortsetzung unserer vielschichtigen Arbeit zum Besten Ostpreußens und seiner Menschen. Es sind die vielen kleinen Zuwendungen, die entscheidend zum Gesamtaufkommen beitragen, einige unserer Weggefährten konnten sogar namhafte Beträge erübrigen.

Bitte unterstützen Sie auch 2014 mit einer Spende die Fortsetzung unseres Engagements für Ostpreußen. Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Der satzungsgemäße Auftrag zur Förderung der Völkerverständigung, der Heimatpflege und Kultur, der Wissenschaft und Forschung wird durch eine Vielzahl von Projekten, welche die Landsmannschaft mit Hilfe der Treuespende durchgeführt hat, mit Leben erfüllt. Herausragendes Ereignis der letzten Monate war das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 17. und 18. Mai in Kassel. Rund 10000 Teilnehmer folgten dem Aufruf und versammelten sich auf dem Gelände der Messe Kassel, um ein machtvolles Bekenntnis ihrer Treue zu Ostpreußen abzulegen. Hierzu zählten wie in den Jahren zuvor die Mitglieder der deutschen Vereine aus dem südlichen Ostpreußen und dem Memelland.

Am 21. Juni fand das Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein statt. Die Chöre und Tanzgruppen der deutschen Vereine lockten über 1200 Besucher auf das Gelände des Amphitheaters zu Füßen der Allensteiner Burg, darunter auch zahlreiche Touristen und polnische Gäste, die häufig erstmals von der Existenz einer lebendigen deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen erfuhren. Das Sommerfest war offizieller Bestandteil des Allensteiner Sommers und die Landsmannschaft Ostpreußen wurde als Veranstalter auf den Plakaten in der Allensteiner Altstadt genannt. Beides Belege, dass die Landsmannschaft vor Ort ein akzeptierter Partner ist und die seit dem Fall des Eisernen Vorhanges geleistete Aufbauarbeit Früchte trägt. Sichtbares Zeichen hierfür ist auch das erfolgreiche Wirken der Leiterin des Verbindungsbüros der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein, Edyta Gladkowska. An der von ihr organisierten Sommerolympiade für die deutsche Jugend in Ortelsburg (14.–15. Juni) nahmen erneut über 100 Jugendliche aus den deutschen Vereinen teil.

Dank der Treuspende existiert seit 2008 ein Stipendium der Landsmannschaft Ostpreußen, das Absolventen der juristischen Fakultät der Kant Universität Königsberg einen mehrmonatigen Studienaufenthalt am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Marburg ermöglicht. Die aktuellen politischen Spannungen mit Russland wegen der Ukraine-Krise zeigen, wie wichtig es ist, dieses Ausbildungsangebot auch in Zukunft aufrechtzuerhalten, um junge russische Jura-Studenten an kontinentaleuropäische Rechtsstandards heranzuführen und mit internationalen Rechtssätzen vertraut zu machen.

Mit dem Ableben der Erlebnisgeneration schwindet auch das Wissen um Ostpreußen. Viele Menschen sind über den herausragenden Beitrag des Landes für die deutsche und europäische Geschichte nur unzureichend oder gar nicht informiert. Aus diesem Grund unterstützt die Treuespende Einrichtungen wie das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg oder das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, die mit ihren Projekten und Ausstellungen auch Menschen außerhalb des Vertriebenenbereiches ansprechen. Aktuell konnte für Lüneburg ein seltener ostpreußischer Webstuhl aus der Zeit vor 1945 aus einem privaten Nachlass erworben werden und erhielt Ellingen einen Zuschuss für eine Begleitausstellung zum Ersten Weltkrieg in Ostpreußen, die Ende August erstmals der Öffentlichkeit im ostpreußischen Hohenstein präsentiert wurde.

Königsberg

Ostpreußen helfen Ostpreußen

Die aus Mitteln der Treuespende bezuschusste Erneuerung der morschen Grabkreuze auf dem Allensteiner Soldatenfriedhof ist abgeschlossen. In beiden Weltkriegen haben deutsche Soldaten ihr Leben gegeben, um die ostpreußische Bevölkerung vor dem Feind zu schützen. Ihre selbstlose Opferbereitschaft verdient auch weiterhin unsere uneingeschränkte Anerkennung.

Das von der Landsmannschaft Ostpreußen betriebene Bildarchiv Ostpreußen umfasst mittlerweile dank der Treuespende und des unermüdlichen Einsatzes vieler ehrenamtlicher Helfer über 60000 Aufnahmen. Damit handelt es sich um das weltweit größte frei zugängliche Bildarchiv für Ostpreußen.

So unterschiedlich die mit Hilfe der Treuespende durchgeführten Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen auch sind, eines haben Sie gemeinsam: Sie tragen dazu bei, das Wissen um Ostpreußen auch nachwachsenden Generationen näher zu bringen. Nur so können wir verhindern, dass das Land zwischen Weichsel und Memel in wenigen Jahren zur „Terra incognita“ wird.

Um dies alles fortführen zu können, benötigen wir Ihre Hilfe und Ihre Spende – aus Treue zu Ostpreußen! Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den
beiliegenden Zahlungsvordruck oder geben
Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.
Das Spendenkonto bei der HSH Nordbank lautet:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Konto-Nr.: 113 647 000 – BLZ 210 500 00
IBAN: DE16 2105 0000 0113 6470 00 – BIC: HSHNDEHH

Stephan Grigat
Rechtsanwalt
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es gibt Briefe, über die ich mich besonders freue und die so etwas wie „Ölke oppet Seelke“ sind, die runterflutschen wie Heilsberger Keilchen – ach, was haben wir doch für treffende Ausdrücke in unserem ostpreußischen Vokabular, und ich greife nur zu gern in die Kiste voller Sprichwörter und Parabeln. Besagter Brief ist nämlich eine einzige Lobeshymne für unsere Familienarbeit, und ich muss die Schreiberin **Waltraut Wagener** bitten, damit einverstanden zu sein, dass ich den Text ein wenig ändere. Ich wollte ihren Brief schon lange bringen, aber er war mir zu sehr auf mich fixiert und deshalb nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Nun bei nochmaligem Vorholen bin ich dann doch zu der Erkenntnis gekommen, dass er auch unseren Leserinnen und Lesern gut tun wird, denn sie helfen ja unermüdlich mit, den Fragen und Wünschen nachzukommen, wenn sie auch nicht immer zu einer Lösung führen wie bei dem von Frau Wagener erwähnten Suchfall. Wir hatten den glücklichen Abschluss in Folge 38 gebracht: Waltraud Wagener geborene **Ptack** hatte ihre liebste Freundin aus der Kindheit, **Erika Zenthöfer**, wiedergefunden, obgleich diese auch einen anderen Namen trug – die größte Schwierigkeit beim Suchen nach alten Freundinnen. Waltraut Wagener hatte eine Frage beschäftigt, und von ihrer Freundin die Antwort erhalten, wie sie schreibt:

„Auch wenn man nicht alle ostpreußischen Schicksale kennt, ist man immer wieder aufs Höchste erstaunt, wie erfolgreich die ehrenwerte Arbeit der Ostpreußischen Familie ist. Was für eine Mühe steckt dahinter. Ich habe nun per Telefon Erika gefragt, wie sie an meine Anschrift gekommen ist. Wir beide sind ja verheiratet und haben andere Namen. Ihre Auskunft war: In ihrem Bekanntenkreis – Nichtostpreußen! - hatte eine Dame die *PAZ* in die Hand bekommen und den Namen Erika Zenthöfer gelesen. Sie wusste sofort, dass es sich um Erika **Schwarz** handeln musste! Es stimmt also genau mit den Ausführungen in dem Artikel überein, der in der *PAZ* veröffentlicht wurde. Wir alle, besonders wir damaligen Kinder, die wir ja nicht mehr die Eltern über die Vergangenheit fragen können, sind dankbar, dass es Menschen gibt, die mit so viel Kenntnis Licht in die mehr oder mehr verblassende Vergangenheit bringen. Und es gipfelt in der Erkenntnis, dass wir bis zum Krieg in einer einmalig schönen Landschaft gelebt haben. Das sagte auch meine Freundin Erika, dass ihre ersten 13 Lebensjahre die schönsten in ihrem Leben waren. Ihre Eltern hatten eine Bootswerft.“



Bild: privat

Beim Signieren bei einer Buchpräsentation im estischen Rapla: Anne Rekkaro

Wer je die Freiheit einer ostpreußischen Kindheit erlebt hat, wird das verstehen!

Licht in die immer mehr verblassende Vergangenheit, so schreibt Waltraut Wagener. Ja, die Vergangenheit kann verblassen, aber sie ist immer da, so wie der Bundespräsident in seiner Gedenkrede zum 9. November sagte: „Die Vergangenheit vergeht nie!“ Und so hoffen wir mit Frau **Ulrike Beer** und ihrer Betreuerin **Edita**, dass auch ein Strahl in die Vergangenheit des Vaters der litauischen Pflegerin mit deutschen Wurzeln fällt. Wir haben in der letzten Folge über die Suche nach der Herkunft von **Waldemar Lardong** berichtet, der als Zehnjähriger mit seiner Mutter nach Kaunas flüchtete und dort blieb. Zu vermuten ist, dass die Familie mit dem seltenen Namen aus Nordostpreußen stammt. Waldemars Vater **Albert** Lardong fiel als Offizier im Zweiten Weltkrieg. Das war so ziemlich alles an Unterlagen, was Frau Beer aus Erlangen in ihrem Bemühen, der von ihr sehr geschätzten Pflegerin zu helfen, herausgefunden hat. Nun setze sie natürlich große Hoffnungen auf unsere Ostpreußische Familie, wie sie schreibt, und fügt noch einen Namen hinzu: Waldemar Lardong war mit einer **Edith Müller** befreundet, aber leider fehlen auch hier nähere Angaben. Aber vielleicht kommen wir auf einer anderen Schiene weiter: Da er als zehnjähriger Junge nach Litauen kam, muss er ja vorher eine deutsche Schule besucht haben. Wenn es eine ostpreußische war, könnten sich vielleicht ehemalige Mitschüler an den Jungen mit dem ungewöhnlichen Namen erinnern. (Ulrike Beer, In der Reuth 132 in 91056 Erlangen, Telefon 09131/44249.)

Auch wenn Wege gefunden wurden, die weit in die Vergangenheit zurückführen, und man sie begehen will – dann werden einem Steine in den Weg gelegt, die am Weiterkommen hindern. Das bekommt unsere Freundin **Anne Rekkaro** aus Estland zu spüren, wenn sie ihre deutsche Herkunft bestätigt haben will. Und diese ist nach Aussage von Zeitzeugen erwiesen. Die heute 71-Jährige wurde 1943 als **Roswitha-Anne Browarzyck** in Königsberg geboren und verlebte dort ihre ersten Lebensjahre. In den Hungerjahren nach Kriegsende wurde sie von ihrer todkranken Mutter einer Estin übergeben, die das dreijährige Mädchen in ihre Heimat nahm und dort adoptierte.

Wir haben darüber berichtet, und wenn wir es heute erneut tun, liegt es an dem Brief, den mir Anne jetzt schrieb. Anlass war die Herausgabe des dritten Buches über das Schicksal ihrer Heimatstadt und der Menschen in den Jahren 1945/48, das sie in die estnische Sprache übersetzte: **Hans Deichelmanns** „Ich sah Königsberg sterben!“ Auch darüber haben wir bereits berichtet, aber nun nahm Anna Rekkaro selber dazu Stellung, indem sie auf die Präsentation hinwies – die inzwischen erfolgte – und ihrer Hoffnung Ausdruck gab, dass der estnische Leser diese Dokumentation genauso anerkennen würde wie die ersten beiden Bücher. Was unsere Ostpreußische Familie für sie bedeutet, fasst sie in anerkennende und dankbare Worte, und ich muss sie an unsere Leserinnen und Leser weitergeben: „Ich bin so froh, dass es die Ostpreußische Familie gibt. Auch bin ich dankbar für die Geschichten unten auf dieser Seite. Diese Informationen über ostpreußische Sitten und Kultur sind für mich wie Goldkörnchen, die ich sorgsam aufpflücke und behalte.“

Und dann kommt unsere Freundin zu dem Problem, das sie ein Leben lang beschäftigt hat und das noch immer drückt wie eine schwere Last: Es ist die Identitätsfindung und die damit verbundene Richtigstellung ihrer Lebensdaten, um die sie bisher vergeblich gekämpft hat, wie sie uns in aller Deutlichkeit erklärt:

„Ich bin ja schon als Kind hier in Estland adoptiert worden und muss deshalb lebenslang falsche Daten in meinem Ausweis haben. Schon vor mehreren Jahren fing ich an, von meinen Verwandten in Deutschland eidesstattliche Erklärungen zu sammeln, dass ich zu meiner Sippe gehöre. Es ist inzwischen eine ganze Mappe voll geworden. Leider ist aber Deutschland nicht interessiert, mich als Tochter meiner leiblichen Eltern anzuerkennen. Das kommt, weil sich kein amtliches Dokument finden lässt, alles sei im Krieg zerstört worden. Das DRK kann nichts finden, in Kaliningrad herrscht entweder Gleichgültigkeit oder Chaos, was die deutsche Dokumentation betrifft. Bin auch in Tallinn in der deutschen Botschaft gewesen, dort überprüfte man meine Mappe mit den Bestätigungen, alles war in Ordnung, ich sollte sie an das DRK schicken. Was ich ja auch getan habe, leider ohne positives Resultat. So muss ich weiter als estnischer Findling leben, obwohl alle meine Verwandten mich kennen und mir geholfen haben, meine Identität zurück zu gewinnen. Das macht natürlich traurig. Leider kann mir da auch die Ostpreußische Familie nicht helfen. Aber das hindert mich nicht daran, Ostpreußen zu lieben.“

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede

Bild: Pawlik

Es ist die tiefe Resignation, die so betroffen macht. Diese in Königsberg geborene Frau will nichts anderes als die offizielle Bestätigung, dass sie als Kind deutscher Eltern 1943 in Königsberg geboren wurde. Es gibt mehrere Verwandte, welche die Familienzugehörigkeit bestätigen. Sie hat einen Esten geheiratet, besitzt heute die estnische Staatangehörigkeit und wird sie auch behalten. Sie wird keinerlei Ansprüche stellen, erhofft sich keine Vorteile. Sie will es nur schwarz auf weiß in der Hand haben, dass sie die Roswitha-Anne geborene Browarzyck aus Königsberg ist. Nach dem Tod ihres Mannes in diesem Frühjahr zog sie nun in einen kleinen Kurort an der See, das Leben auf dem Lande war ihr zu schwer geworden. Ihre neue Adresse: Anna Rekkaro, Lihula MNT. 9-47, 90507 Haapsalu, Estland/Eesti.

Um seine Königsberger Herkunft braucht **Gerhard Thal** aus Unterreichenbach nicht zu kämpfen, die hat er einwandfrei, der Junge vom Alten Fischmarkt, der später unter der russischen Besatzung in Juditten lebte, ehe er ausgewiesen wurde. „Aber unsere ostpreußischen Ahnen gaben uns ihre Heimattreue und Glaubensliebe bei der Ausweisung im letzten Rucksack mit“ – so Gerhard Thal, und man spürt es in jedem Satz seines Briefes, wie er noch heute von diesem Fluchtgepäck zehrt. Auch neue Fragen sind dabei, und eine bewegt ihn gerade in diesen grauen Novembertagen um Totensonntag sehr. „Vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge erfuhr ich, dass vom Juditter Kirchhof 140 deutsche Zivilisten umgebettet wurden auf den Friedhof an der Cranzer Allee. Meine Großeltern Siebert vom Beydritter Weg 5/7, mit denen wir in der Sowjetzeit zusammen lebten, sind dort verstorben und wurden auf dem Juditter Friedhof an der Kirche in Decken gehüllt in der Erde versenkt, Oma im November 1945, Opa 1947. Bei meinen Besuchen in meiner Heimatstadt, letztmalig vor vier Jahren, haben wir ihrer dort gedacht. Nun also wurden die in Juditten bestatteten Deutschen umgebettet, Jetzt muss ich die Ostpreußische Familie fragen: Wer hat auch Angehörige, die in den Jahren 1945 bis 1948 verstarben und in Juditten unterhalb der Kirche beerdigt wurden?“ (Gerhard Thal, Landhausstraße 53 in 75399 Unterreichenbach, Telefon 07235/9756124.)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Tief mit der ostpreußischen Heimat verbunden

Detlef Arntzen ist tot – Seine Hilfsaktion für den kleinen Mantas wird unvergessen bleiben

Es schmerzt, es schmerzt sehr. Wieder ist ein Mensch von uns gegangen, der mit unserer Ostpreußischen Familie auf das Engste verbunden war, der wesentlich zu ihrem Erfolg beigetragen hat und damit half, ihren Wirkungskreis zu erweitern. Und das alles ohne verpflichtenden Auftrag, einfach aus dem Gefühl heraus, unseren Landsleuten zu helfen, die sich mit mehr oder weniger schwierigen Fragen an uns wandten. Es war wohl eine tiefe Verbundenheit mit der Heimat, die den Königsberger Dr. **Detlef Arntzen** mit veranlasste, uns seine Unterstützung anzubieten, als einige Jahre nach der Wende unsere Kolumne immer mehr an Bedeutung gewann. Er erkannte aufgrund einer von ihm ins Leben gerufenen Hilfsaktion, für die wir auch unsere Ostpreußische Familie einsetzten, welch eine Mittlerfunktion wir haben. So wollte er seine Erfahrungen und Kenntnisse mit einbringen – zugleich aber auch einen Dank abstatten für die publizistische Unterstützung, die wir ihm für sein Hilfsprojekt gaben, das zu einem großartigen Erfolg führte. Viele Leserinnen und Leser werden schon wissen, um welch eine Aktion es sich handelte: Es ging um die Rettung eines todkranken Kindes aus dem Memelgebiet, dessen medizinische Behandlung in der Bundesrepublik Deutschland durch die von Dr. Arntzen ins Leben gerufene Hilfsaktion ermöglicht wurde und die so erfolgreich verlief, dass der Junge nach zwölfjähriger Behandlung ein weithin normales Leben führen konnte. Wenn man die trostlose Ausgangssituation betrachtet, war ein Wunder geschehen, und das wurde von vielen Mithelfern auch so gesehen.

Begonnen hatte alles im September 1996, als der in Hamburg lebende Dr. Detlev Arntzen auf einer Heimatreise in Russ von einer alten Memelländerin angesprochen wurde, die um ein paar alte „Koddern“ bat! Ihrem kleinen Urenkel liefe immer das Wasser aus dem Bauch, und sie hätten weder Windeln noch Stoffreste, um es aufzufangen. Dem Jungen fehlten anscheinend einige Organe, damit schien die Lebenserwartung des Dreijährigen begrenzt zu sein. Detlef Arntzen beschloss, der Urgroßmutter nicht nur Windeln und Leibbinden zu schicken, sondern er bemühte sich auch nach seiner Rückkehr um medizinische Beratung und um Spenden. Es geschah das kaum Glaubliche: In kurzer Zeit kam genügend Geld zusammen, so dass **Mantas** mit Urgroßmutter **Jakubeit** und Mutter **Raßa** nach Norddeutschland kommen konnte, um in Hamburg und Kiel untersucht und von hoch angesehenen Fachärzten operiert zu werden. Diese medizinische Behandlung und Betreuung zog sich bis zum Jahr 2008 hin, als die letzte Nachbehandlung erfolgte. Wir hatten in diesem Zeitraum immer zu Weihnachten von den fortschreitenden Erfolgen berichtet, und unsere Leserinnen und Leser, die mit ihren Spenden mit zu diesem Hilfsprojekt beitrugen, nahmen regen Anteil an dem Schicksal unseres „Christkindes“. Detlef Arntzen stellte seinem Schützling und Mutter Raße bei ihren Hamburg-Aufenthalten seine in den Elbvororten gelegene Wohnung zur Verfügung und betreute sie rund um die Uhr. Ich erlebte Mantas bei seinem letzten Besuch als einen lebensfrohen, aufgeweckten Jungen, der aus medizinischer Sicht ein normales Leben führen konnte. Es war auch der Abschied von seinem „Onkel Arntzen“, Mantas sollte seinen Lebensretter nie wieder sehen. Ich habe zwar in den folgenden Jahren Dr. Arntzen immer wieder nach Mantas gefragt, aber anscheinend war die Verbindung zwischen ihm und der litauischen Familie gestört, wie ich seinen Erklärungen entnehmen konnte. Und dann riss leider aus Gesundheitsgründen der Kontakt auch zwischen uns ab, ich bekam keinen Zugang mehr zu ihm und damit zu irgendwelchen Informationen, und als eine Leserin vor zwei Jahren fragte, warum kein Bericht über das „Christkind“ in der Weihnachtsausgabe der *PAZ* erschienen sei, konnte ich ihr keine befriedigende Antwort geben. Vielleicht verhilft dieser kleine Bericht über diese einmalige Hilfsaktion zur Klärung seines weiteren Lebenslaufes.



Detlef Arntzen Bild: Archiv

Über diese Hilfsaktion hinaus wird Detlef Arntzen aber auch vielen Landsleuten in Erinnerung bleiben, denen er mit Rat und Tat geholfen hat. Mehr als ein Jahrzehnt lang war er für die Ostpreußische Familie da, half mit, die vielen Fragen zu beantworten und zu ihrer Lösung bei zu tragen. Was seine Antwortschreiben auszeichnete, war die spürbare Teilnahme, die er für ihre Sorgen und Nöte hegte, man merkte: Hier war ein Mensch, der aus innerster Überzeugung helfen wollte. Sein großer Wissensschatz und seine Lebenserfahrung halfen ihm, auch schwierige Themen zu hinterfragen. Einmal gelang es ihm sogar, für einen in Kanada lebenden Ostpreußen die ihm fehlenden amtlichen Dokumente zu beschaffen, nach denen der Mann trotz großer Mühe vergeblich gesucht hatte – bei den falschen Behörden, wie sich dann herausstellte, als Arntzen die Angelegenheit unter die Lupe nahm. Zwischen den beiden Männern entstand eine lebhafte Brieffreundschaft. Auch bei meinen Lesungen stand er mir zur Seite, half mit, die Termine zu erfüllen, aber er las auch selber, und nicht nur aus seinen tagebuchartigen Aufzeichnungen über Mantas – an die sich sicher mancher Teilnehmer der Kulturseminare im Ostheim erinnert – sondern auch aus seiner einzigen Publikation, die er erst im hohen Alter herausbrachte: „Das Tagebuch meiner Mutter“. Er zeichnete darin anhand eines erst spät entdeckten Briefes seiner Mutter deren Fluchtwege auf und ihre damit verbundene vermeintliche Schuld gegenüber ihrer Freundin, die sie am Kai von Pillau zurücklassen musste und deren Schicksal nie geklärt werden konnte.

Sein Leben erlosch nun still am Ende eines mühsam gewordenen Lebensweges, so wie er immer ein Mensch ohne laute Töne gewesen war. Er konnte lange schweigen, wenn er seine Pfeife rauchte, die er nicht aus der Hand ließ. Manchmal erinnerte er an Siegfried Lenz, dem er auf seinen einsamen Wanderungen am Elbstrand begegnete. Sie grüßten sich, wechselten auch ein paar Worte, beide alt gewordene Kinder der verlorenen Heimat Ostpreußen. Und starben nun fast gleichzeitig. Detlev Arntzen verstarb im Alter von 81 Jahren am 20. Oktober 2014 – wir erfuhren erst sehr viel später von seinem Tod. Aber nicht zu spät, um für ihn diese Dankesworte zu schreiben. *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Busch, Olga, geb. **Pfeffer**, aus Lyck, am 23. November
von Janson, Annemarie, geb. **Gruber**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 27. November

ZUM 101. GEBURTSTAG

Klockenhoff, Gertrud, geb. **Sachs**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, 23. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Scheffler, Erna, geb. **Ehrenhardt**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 22. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Grust, Frieda, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 26. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Klein, Fritz, aus Friedlau, Kreis Elchniederung, am 28. November
Toman, Elfriede, geb. **Sypitzki**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 25. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Reinicke, Helene, geb. **Kossat**, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 26. November
Völklein, Margarete, geb. **Gliemann**, aus Lyck, Hindenburgstraße 32, am 24. November
Wronski, Hildegard, geb. **Czichy**. aus Steinhof, Kreis Sensburg, am 28. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Borchardt, Frieda, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November
Franke, Gertrud, geb. **Lemke**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 26. November
Götze, Hildegard, geb. **Lasarzik**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 25. November
Laun, Hedwig, geb. **Ludwig**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 27. November
Noetzel, Ella, geb. **Kämereit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 25. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fladda, Willi, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 27. November
Gorny, Gertrud, geb. Eberwein, aus Widminnen, am 23. November
Kafka, Lisbeth, geb. **Konetzka**, aus Ortelsburg, am 22. November
Littwin, Fritz, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 22. November
Martin, Grete, geb. **Zimelka**, aus Neidenburg, am 28. November
Möller, Gerda, geb. **Jaschinski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. November
Nischik, Heti, geb. **Nowak**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 27. November
Schönland, Gertrud, geb. **Schories**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 25. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Geschwandtner, Inge, geb. **Metschies**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 22. November
Haak, Elly, geb. **Germuhl**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. November
Hardt, Waltraut, geb. **Willumeit-Schwark**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. November
Konietzko, Günter, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 27. November
Krüger, Gertrud, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 22. November
Rohr, Christa, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 10, am 28. November
Tessen, Lilly, aus Adlersdorf, Kreis Treuburg, am 23. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brüggemann, Hildegard, geb. **Kulschewski-Kantner**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. November
Ciesla, Alfred, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 25. November
Dangeleit, Otto, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 28. November
Feige, Margarete, geb. **Groß**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 23. November
Grube, Anna, geb. **Auringer**, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 23. November
Krull, Hildegard, geb. **Lipka**, aus Neidenburg, am 22. November
Lasogga, Ruth, aus Rastenburg, am 23. November
Maukel, Erich, aus Ebenrode, am 25. November
Rossmannek, Fritz, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 24. November
Weckwerth, Eva-Maria, aus Walden, Kreis Lyck, am 24. November
Zellmann, Edeltraut, geb. **Burnus**, aus Widminnen, am 23. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borgelt, Magdalene, geb. **Jannowitz**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 22. November
Brencz, Liesbeth, geb. **Votel**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 22. November
Buhn, Edith, geb. **Zachau**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 28. November
Gädke, Christel, geb. **Bartsch**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 28. November
Galpin, Edith, geb. **Gurklies**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 23. November
Gresch, Johannes, aus Neidenburg, am 24. November
Hüttenbach, Dr. Horst, aus Waldkeim, Kreis Preußisch Eylau, am 23. November
Kalinowski, Gerda, geb. **Kozik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. November
Krah, Herta, geb. **Petzke**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 28. November
Kupski, Herbert, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 27. November
Lehmann, Waltraut, geb. **Voigt**, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, am 28. November
Melchin, Charlotte, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. November
Mikasch, Gertrud, geb. **Breslein**, aus Ebenrode, am 28. November
Pukropski, Erich, aus Wasienen, Kreis Neidenburg, am 25. November
Rogowski, Ernst, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 24. November
Roos, Elisabeth, geb. **Jäger**, aus Medenau, Kreis Samland, am 23. November
Seitz, Else, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 28. November
Tollkühn, Lieselotte, geb. **Tollkühn**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 22. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Artschwager, Gisela, geb. **Behr**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 22. November
Hirschböck, Johannes Eduard, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 27. November
Horn, Hanna, geb. **Lingies**, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. November
Kropmeier, Helen, geb. **Loch**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 24. November
Kühn, Helga, geb. **Thierau**, aus Siewen, Kreis Angerburg, am 24. November
Meyer, Hedwig, geb. **Olschewski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 26. November
Moselewski, Edeltraut, geb. **Senff**, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. November
Niewrzoll, Herta, geb. **Thurau**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, am 27. November
Rospunt, Gisela, geb. **Desens**, aus Hinterdamerau-Försterei, Kreis Ortelsburg, am 28. November
Roth, Eva, geb. **Laser**, aus Ragnit, Landrat-Penner-Straße 1, Kreis Tilsit-Ragnit, am 4. Oktober
Salwik, Elli, geb. Dusny, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 22. November
Sbresny, Georg, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 22. November
Schadwinkel, Heinz, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 25. November
Szameitat, Heinz, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 22. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baginski, Siegfried, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 22. November
Baudzus, Ingrid, aus Lyck, am 28. November
Bunde, Irmgard, geb. **Schulz**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. November
Dybowski, Karl-Heinz, Kreis Lyck, am 26. November
Gerteis, Irmgard, geb. **Ihrke**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 27. November
Glowatz, Heinz, aus Mulden, Kreis Lyck, am 24. November
Gottermoser, Siegfried, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 27. November
Gotthard, Edeltraud, geb. **Kraffzik**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 27. November
Herzog, Hildegard, aus Wildenau, Kreis Ortelsburg, am 24. November
Hinkel, Jürgen, aus Treuburg, am 24. November
Kallweit, Helmut, aus Ebenrode, am 22. November
Kippura, Waltraut, geb. **Penski**, aus Lötzen, am 26. November
Kließ, Alfred, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 25. November
Kohphal, Johannes, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 22. November
Lankeit, Klaus, aus Treuburg, am 25. November
Lewerenz, Waltraud, geb. **Borgwardt**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 22. November
Möhricke, Marga, geb. **Rahn**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 24. November
Murtfeld, Christel, geb. **Lichatz**, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 22. November
Myler, Inga, geb. **Diester**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 24. November
Nowack, Gerhard, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 26. November
Pelludat, Gerhard, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 23. November
Pyko, Karlheinz, aus Legenquell, Kreis Treuburg, 28. November
Räther, Günter, aus Wehlau, am 22. November
Schapals, Heinz, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 24. November
Skulimma, Willi, aus Waldau, Königsberg Land, am 26. November
Stegmann, Hannelore, geb. **Gailus**, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 27. November
Walter, Edeltraut, geb. **Karsten**, aus Lötzen, am 25. November
Westphal, Artur, aus Rauters2kirch, Kreis Elchniederung, am 25. November
Zacher, Adelheid, geb. **Hüske**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 23. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dembowski, Helga, geb. **Gunia**, aus Wallendorf, 25. November
Elias, Udo, aus Wehlau, am 27. November
Gehlhaar, Dietrich, aus Wehlau, am 23. November
Gleich, Irmgard, geb. **Metauge**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 28. November
Holst, Christel, **Martischewski**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 25. November
Knüppel, Johanna, geb. **Preuß**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 22. November
Milster, Christa, geb. **Kutz**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 22. November
Sawierucha, Helmut, aus Neidenburg, am 22. November
Schmedemann, Erika, geb. **Liegmann**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 28. November
Schröder, Horst, aus Rosenfelde, Kreis Wehlau, 23. November
Schwark, Linda, geb. **Schweiß**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 25. November
Siemon, Elisatbeth, geb. **Kaspera**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. November
Upadek, Kurt, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 28. November
Westerkowsky, Gerda, aus Hanshagen, Kreis Preußisch Eylau, am 24. November

Alle Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« auch im Internet

Neu im Ostpreußischen Rundfink
BdV-Präsidium gewählt: Erika Steinbach übergibt das Amt des Präsidenten an Bernd Frabritius: www.youtube.com/watch?v=M-_BFM0FQ9M !

Erika Steinbach: 9. November war Tag der Befreiung für ganz Europa: www.youtube.com/watch?v=YP4-k_JwDyA

Videoübertragung des Festaktes zum Tag der Heimat 2014 in der Urania in Berlin: www.youtube.com/playlist?list=PLWcbDn4WmKFGv4uRygWzD3hYl-E_1G4cJ

Termine der LO

Jahr 2015

7./8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter, Bad Pyrmont.
11./12. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
10./11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Feiern im Ostheim

Weihnachtsfreizeit mit reichem Programm

Vom 19. Dezember bis 2. Januar bietet das Ostheim zum letzten Mal eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an.

Die Programmangebote reichen vom morgendlichen Singen, der Gymnastik oder Dia-Meditationen nach dem Frühstück, über kleine Spaziergänge, einem ostpreußischen Filmabend, Basteln oder Lesungen, bis hin zur „Hausweihnacht“ am Heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel. Angefangen von der echt ostpreußischern Küche und dem Festessen zu den Feiertagen findet wohl jeder Gast etwas Passendes zu seiner Unterhaltung und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der Heimat ist.

In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Der bekannte Kurort Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein.

Mit Filmen, Lesungen und Plachandern

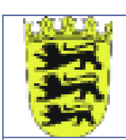
Für diese 14-tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 690 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 600 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, Hausweihnacht und Silvesterfeier sowie die Gästebetreuung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax: (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Anmeldeschluss für die Weihnachtsfreizeit ist der 5. Dezember 2014.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 22. November, 14.15 Uhr, ZDFneo: Frauen, die Geschichte machten: Königin Luise.
Sonnabend, 22. November, 21 Uhr, Phoenix: Die vergiftete Mätresse – Wie August der Starke an die Macht kam.
Sonnabend, 22. November, 22.05 Uhr, N24: Der Untergang der Bismarck.
Montag, 24. November, 14.15 Uhr, ZDFinfo: Trauma Umerziehung – Heimkinder in der DDR.
Montag, 24. November, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Transatlantiker mit Meinungsmacht – Wie wird in Deutschland über Außenpolitik diskutiert?
Montag, 24. November, 20.15 Uhr, 3sat: Winter 42/43 – Kriegswende.
Montag, 24. November, 22 Uhr, ARD-alpha: Neues vom Wiener Kongress (1/2).
Dienstag, 25. November, 10.10 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Moderne Schmerztherapien.
Dienstag, 25. November, 20.15 Uhr, ZDF: Wie viele Ausländer verträgt Deutschland? – Der Streit um Zuwanderung und Asyl.
Dienstag, 25. November, 22.25 Uhr, 3sat: Mexiko: Justiz am Pranger.
Mittwoch, 26. November, 10.15 Uhr, ARD-alpha: Neues vom Wiener Kongress (2/2).
Mittwoch, 26. November, 14.15 Uhr, WDR: Winter in Ostpreußens Zauberwald – Wiedersehen mit der Rominter Heide.
Mittwoch, 26. November, 16.05 Uhr, rbb: Leben nach dem Schlaganfall.
Mittwoch, 26. November, 22 Uhr, ZDFinfo: Abrechnung mit Afghanistan.
Donnerstag, 27. November, 9.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Kalenderblatt: Vor 125 Jahren: Hermann Sudermanns Drama „Die Ehre“ wird in Berlin uraufgeführt.
Donnerstag, 27. November, 22.30 Uhr, WDR: Menschen hautnah: Der Fremde in meinem Haus – Leben nach dem Einbruch.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

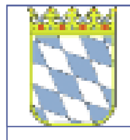
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 22., bis Sonntag, 23. November, Kulturzentrum der Landsmannschaft in Ellingen: Beim Herbstmarkt ist die Landmannschaft Ostpreußen mit einem Stand „textile Volkskunst in Ostpreußen“ vertreten. – Mittwoch 26. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Stuttgart, Schloßstraße 92: Vortrag „Naturkundliche Reiseeindrücke aus Ostpreußen“. Der Referent, Dr. Hinkelmann, ist studierter Biologie und betreut seit 1993 die naturkundlichen Bereiche des Ostpreußischen Landesmuseums. Damit ist er seit über 20 Jahren mit der Natur Ostpreußens vertraut. Reisen in die Region waren ihm schon lange vor Dienstantritt in Lüneburg ein persönliches Anliegen und wurden ab 1993 zu einer geschätzten Pflicht.

Unter dem Blickwinkel des „studierten Naturkundlers“ mit großem Interesse an der geschichtlichen Entwicklung gelangen ihm Einblicke, die von kulturhistorischen Reiseschwerpunkten abweichen beziehungsweise diese ergänzen. Im Verlauf der Jahrzehnte sind viele interessante Eindrücke und Einsichten zusammen gekommen, von denen er einige im Bild präsentieren wird.

Die Teilnehmer erwartet ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion, zu dem Mitglieder, Freunde und Bekannte herzlich eingeladen sind. Der Eintritt ist frei.

Stuttgart – Dienstag, 9. Dezember, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart: Vorweihnachtsfeier der Frauengruppe mit Liedern, Gedichten, Geschichten und dem beliebten Grabbelsack. Gäste sind herzlich eingeladen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 6. Dezember, 16 Uhr, Orangerie, Promenade 33, 91522 Ansbach: Heimatliche Advents- und Weihnachtsfeier.

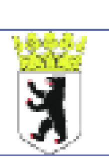
Landshut – Mittwoch, 3. Dezember, 14.30 Uhr: Rosenhof Ergolding: Abfahrt zum Weihnachtsmarkt in Abensberg.

Nürnberg – Dienstag, 25. November, 15 Uhr, Haus der Heimat in Langwasser (Endstation der U 1), Imbuschstr. 1, 90473 Nürnberg: „Das Deutsche Kaiserreich einmal anders.“ Gäste herzlich willkommen

Weiden – Zum Heimnachmittag konnte der 1. Vorsitzende Norbert Uschald im Cafe Mitte wieder zahlreiche Landsleute und Gäste willkommen heißen. Gemeinsam wurden die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gesungen.

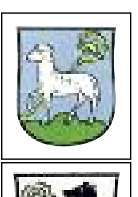
Die Kassiererin Ingrid Uschald gratulierte dem jüngsten Mitglied Barbara Uschald zum Geburtstag im November und wünschte allen, die eine Festlichkeit begangen hatten, viel Glück. Der Vorsitzende berichtete daraufhin vom Leben und Wirken des kürzlich verstorbenen Schriftstellers Siegfried Lenz, der im ostpreußischen Lyck geboren wurde. Er ging auch auf Allerheiligen, Allerseelen und den Reformationstag ein und erläuterte, dass diese Tage auch heute noch eine wichtige Bedeutung haben. Das Ehepaar Anita und Norbert Uschald unterhielten die Anwesenden mit Flöte und Melodika und Katharina Uschald spielte auf dem Keyboard. Der 1. Vorsitzende lud noch zu einem Totengedenken am Totensonntag, 23. November, 10.45 Uhr, auf den Weidener Stadtfriedhof ein und zur Gedenkveranstaltung der Stadt am Volkstrauertag, den 16. November um 10.50 Uhr in der Konrad-Adenauer-Anlage.

Mit dem Lied „Kein schöner Land“ und guten Wünschen verabschiedete man sich bis zur Vorweihnachtsfeier am 30. November um 14.30 Uhr im Café Mitte.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

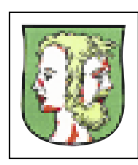


Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 29. November, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria Rimkus Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Nikolausfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



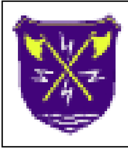
Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 4. Dezember, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Adventsfeier. Anfragen bitte bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354



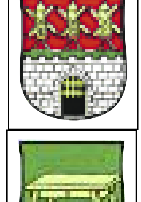
Lyck – Sonntag, 7. Dezember, 15 Uhr: Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Adventsfeier, Anfragen: Peter Dziengel Telefon (030) 8245479



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 6. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen. Anfragen: Hermann Trilus Telefon (03303) 40 38 81



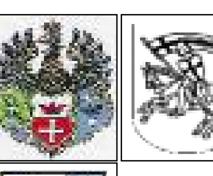
Bartenstein – Sonnabend, 6. Dezember, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1, 14197 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen: Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404

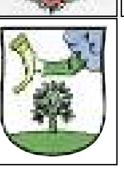


Pillkallen, Stallupönen – Dienstag, 9. Dezember, 14 Uhr, „Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin, Anfragen bitte bei: Helga Rieck Telefon (039888) 529000



Frauengruppe – Mittwoch, 10. Dezember, 13:30 Uhr, „Pflegestützpunkt“ Wilhelmstr. 115 10963 Berlin: Weihnachtsfeier der Frauengruppe. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354



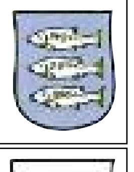


Königsberg, Samland, Labiau – Sonntag, 14. Dezember, 14 Uhr, Johanngeorg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Gemeinsames Treffen.



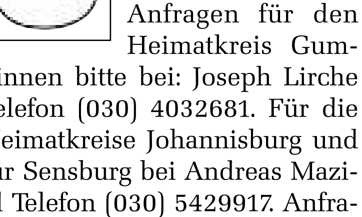
Rastenburg – Sonntag, 14. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm, 24 B, 13629 Berlin: Weihnachtsfeier, Anfragen bei Martina Sontag, Telefon, (033232) 188826





Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 16. Dezember, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Adventsfeier mit Essen.

Anfragen für den Heimatkreis Gumbinnen bitte bei: Joseph Lirche Telefon (030) 4032681. Für die Heimatkreise Johannisburg und für Sensburg bei Andreas Maziul Telefon (030) 5429917. Anfragen für den Heimatkreis Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633



Die Hamburger Heimatkreisgruppe Osterrode



Sonnabend, 29. November, 14 Uhr, Café Prnzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Weihnachtsfeier mit gemeinsamer Kaffeetafel und musikalischer Begleitung. Julklapppäckchen können mitgebracht werden.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Landesgruppe – Am Sonntag, 16. November, fand im vollbesetzten Bremer Ratskeller eine Lesung des Hamburger Schauspielers und Rezitators Herbert Tennigkeit statt, Im Rahmen der Reihe „Poesie im Ratskeller“, veranstaltet durch den Landessportbund Bremen unter der Regie von Lothar Pohlmann, entführte Tennigkeit seine Zuhörer für vergnügliche Stunden in eine andere Welt. So gelang es einmal mehr dem ostpreußischen Landsmann Tennigkeit die Zuhörer in Heimat und Jugendzeit zurückzuversetzen. Mit besinnlichen, nachdenklichen, aber auch humorvollen Anekdoten und Geschichten ließ sich ein winterliches, vorweihnachtliches Ostpreußen hautnah erleben. Auch die Verbindung zu seinem kürzlich verstorbenen Freund Siegfried Lenz gedachte er mit einigen Beiträgen und Erlebnissen. Kurz gesagt, es war ein gelunger Ausflug nach Ostpreußen, dank „Herbertche“. Besonderer Dank gilt auch dem Landesvorsitzenden Helmut Gutzeit, der diese Verbindung aufrecht erhält.

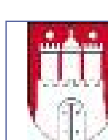
Bremen – Donnerstag, 27. November bis Freitag, 28. November, Einkaufszentrum Bremer Freiheit in Bremen-Vahr: Der Bund der Vertrieben (BdV) und die ihm angeschlossenen Landsmannschaften haben sich erneut entschlossen, den beliebten Markt in der Vorweihnachtszeit zu präsentieren. Eine motivierte Helfergruppe der Landsmannschaft wird den hoffentlich zahlreichen Besuchern ostpreußische und westpreußische Besonderheiten präsentieren und auch für Gespräche zur Verfügung stehen. – Mittwoch, 10. Dezember, 9.30 Uhr, Busbahnhof vor dem Cinemaxx: Busfahrt nach Lüneburg zum Ostpreußischen Landesmuseums. Neben der Gelegenheit zur Besichtigung der Dauerausstellung besteht eine Anmeldung zur Aktion „Museum erleben“ zum Thema „Winter in Ostpreußen“ unter der Leitung von Dr. Hinkelmann.

Anschließend bietet sich ein Mittagessen – eventuell im „Gasthaus Krone“ (nicht vorbestellt) – an oder ein Gang über den Weihnachtsmarkt. Um 15.30 Uhr erfolgt die Rückfahrt. Unterwegs soll erneut das beliebte Hofcafé im „Eggershof“ in Ellingen bei Soltau zur Kaffeetafel besucht werden.

Der Preis beträgt 32 Euro für Fahrt. Anmeldungen werden ab sofort direkt bei JWD-Busreisen (Frau Venderbosch, Telefon 4854633) erbeten.

Frauengruppe – Jeder 3. Donnerstag im Monat, 15.00 Uhr im Hotel zur Post, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen: Treffen der Frauengruppe. Am 18. Dezember gibt es zusätzliche weihnachtliche Zusammenkunft.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



HAMBURG

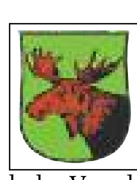
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

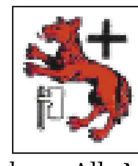
Sonntag, 23. November, 11 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg (S1, S2, S3 bis Stadthausbrücke, U3 bis Rödingsmarkt, Buslinie 37 bis Michaelikirche): Stunde der Begegnung des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg.

Sonnabend, 6. Dezember, 11 Uhr (Einlass 10 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg (Wandsbek), Parkplatz Quarree, Parkhaus P2.: **65 Jahre Landesgruppe Hamburg** – Jubiläumsveranstaltung und Vorweihnachtsfeier der Landsmannschaft Ostpreußen. Programm mit dem Ostpreußen-Chor. 12.15 Uhr: Grünkohlmittagessen, 14.30 Uhr: Kaffeepause. Der Veranstaltungsort ist sehr gut zu erreichen mit der U1 und Bussen. Von U1– und Busbahnhof Wandsbek-Markt sind es wenige Gehminuten. Wenn Sie von der Wandsbeker Marktstraße den Durchgang „Hinterm Stern“ zwischen Quarree und Hotel Tiefenthal durchgegangen sind, sehen Sie bereits das Restaurant Lackemann. Auskunft und Organisation: Kulturreferat, Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.

KREISGRUPPEN



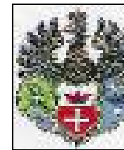
Elchniederung – Mittwoch, 26. November, 14 Uhr, Haus Lackemann, Hamburg-Wandsbek: Voradventlicher Nachmittag mit Geschichten und Liedern bei Kerzenschein. Bitte an ein Julklapp-Päckchen denken. Gäste sind herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 6. Dezember, 11 Uhr, Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg: Alle Mitglieder und Freunde der Kreisgruppe sind herzlich zur Weihnachtsfeier eingeladen. Anmeldungen bei Konrad Wien, Telefon (040) 53254950.

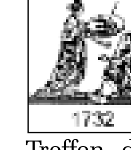


Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Königsberg – Mittwoch, 26. November, 14.30 Uhr, Café Harmonie, Alsterdorferstraße 579, Hamburg-Ohlsdorf: Adventsfeier. Anmedungen bis 22. November bei Brigitte Reimer, Telefon (040) 873495

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 6. Dezember, 13.00 Uhr, Hotel „St. Raphael“, Adenauerallee 4, 20097 Hamburg: Treffen der Landesgruppe: Auf dem Programm stehen eine Gedenklesung für Siegfried Lenz, Ostpreußische und Salzburgische Texte und Lieder zur Vorweihnacht sowie die Bekanntgabe der neuen Termine für 2015. Auch Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 24. November, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Filmnachmittag von und mit Manfred Samel. – Montag, 8. Dezember, 14.30 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88: Vorweihnachtliche Feier nach ostpreußischer Art,

Landsmannschaft Westpreußen – Donnerstag, 4. Dezember, 14.30 Uhr, Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg (mit der U1 bis Haltestelle Wandebek Markt): Adventsfeier.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Landesgruppe – Mittwoch, 26. November, 15 Uhr, Café Eckstein, Königsberger Straße, 35683 Dillenburg: Bei der nächsten Monatsversammlung wird nach dem Kaffeetrinken Pfarrer i.R. Dietmar Balschun über Weihnachten im Hause der Familie Matthias Claudius sprechen – als Einstimmung auf die Adventszeit.

– Bericht –

Bei der letzten Monatsversammlung, im Oktober, führte Bernd Kohlhammer in seinem Vortrag durch Weimar, die Stadt der deutschen Klassik. Die Nationalliteratur erreichte hier durch Goethe, Schiller, Herder und Wieland ihren Höhepunkt. Schon in vorklassischer Zeit war Weimar durch den Maler Lucas Cranach dem Älteren und durch Johann Sebastian Bach bekannt geworden. Auch das „Bauhaus“ wurde hier 1919 von Walter Gropius gegründet, zog aber später nach Dessau um. Besucher bewundern vor allem die gepflegten Häuser der Altstadt und die Schätze der Museen. Traurigen Ruhm erlangte der Ettersberg, weil sich dort während der NS-Zeit das Konzentrationslager Buchenwald befand.

Bernd Kohlhauer brachte zunächst einen Überblick über die Geschichte Weimars, das 1254 erstmalig urkundlich erwähnt wurde und 1410 stadtrecht erhielt. Im Jahre 1518 war Martin Luther das erste Mal in Weimar. Seit 1653 gibt es den Zwiebelmarkt, der immer in der 2. Januarwoche abgehalten wird. Im Jahre 1741 wurde Weimar Residenz des Herzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach, dessen Regentin von 1759 bis 1775 die braunschweigische Prinzessin Anna Amalia war. Sie holte 1772 Christoph Martin Wieland als Prinzenerzieher für ihren Sohn nach Weimar. Herzog Carl August lud Goethe ein, an seinen Hof zu kommen, und berief 1776 Johann Gottfried Herder als Superintendent an die St.-Peter-und-Paul-Kirche. Seit 1779 lebte auch Schiller in Weimar. Am 1791 gegründeten Hoftheater, dass dann zum Deutschen Nationaltheater wurde, fanden viele Uraufführungen von Goethes und Schillers klassischen Theaterstükken statt, auch Wagners „Lohengrin“ und Engelbert Humperdincks „Hänsel und Gretel“ wurden hier zuerst gespielt.

Im Jahre 1919, nach Beendigung des Ersten Weltkrieges, tagte hier im Deutschen Nationaltheater die Verfassungsgebende Nationalversammlung; das war der Beginn der ersten deutschen Demokratie, der „Weimarer Republik“. 1920 wurde Weimar Hauptstadt des Landes Thüringen – heute ist das Erfurt.

Bernd Kohlhauer zeigte dann anhand von Fotos die Orte und Personen, von denen er vorher

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

berichtet hatte: Vor dem Stadtschloss steht ein Reiterdenkmal von Herzog Carl August. In der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek mit ca. 900 000 Büchern gibt es einen dreigeschossigen Rokoko-Saal. Das Goethe-Haus am Frauenplan ist heute Museum. Goethe, der zunächst in seinem Gartenhäuschen an der Ilm gewohnt hatte, bezog das Haus am Frauenplan im Jahre 1782.

Die Teilnehmer sahen auch die kleine Jakobskirche, in der 1806 Goethe seine langjährige Geliebte Christiane Vulpius heiratete, sowie das Haus der Charlotte von Stein, mit der Goethe eine platonische, geistesgeprägte Liebe pflegte. Etwa 1700 Briefe zeugen davon.

Auch Schillers Haus an der Esplanade ist erhalten und wird heute ebenfalls als Museum genutzt. Als Friedrich Schiller es 1802, drei Jahre vor seinem Tode erwarb, musste er „alles zusammenkratzte' was er besaß. Ebenfalls auf Bild gebannt; Das Haus von Franz Liszt, der sich von 1848 bis 1861 in Weimar aufhielt, und dessen Tochter Cosima, die Frau von Richard Wagner wurde. Nach Liszt wurde die Hochschule für Musik benannt, deren Studenten einem überall in der Stadt begegnen. Zum Schluss führte Bernd Kohlhauer über den historischen Friedhof, wo man die Grabstätten aller in Weimar bekannten Personen finden kann, wie Charlotte von Stein, Johannes Falk, Goethes Schwager Christian Vulpius. In der Fürstengruft stehen die Sarkophage der Nachkommen von Herzog Carl August sowie von Goethe und Schiller. Über dem Grab der Zarentochter Maria Pawlowna, die im 19. Jahrhundert mit dem Herzog von Weimar verheiratet war, erhebt sich, gleich neben der Fürstengruft, eine russisch-orthodoxe Kirche.

Bernd Kohlhammer erhielt für seinen Vortrag herzlichen Beifall.

Bergstraße – Sonnabend, 6. Dezember, 14.30 Uhr, Kloster St. Vinzenz Kalterer Straße 3, 64646 Heppenheim (am Bahnhof): besinnlicher, vorweihnachtlicher Nachmittag mit Bild, Wort und Musik. Weitere Informationen und Anmeldungen: M. Voß Telefon (06252) 3961

Darmstadt/Dieburg – Unser Beisammensein am 8. November stand unter dem Motto „Eine Reise nach und durch Israel." Nach der Begrüßung wurden landsmannschaftliche Mitteilungen vorgetragen. Allen Geburtstagskindern des Monats Oktober bis Anfang November wurden Glückwünsche ausgesprochen. Zum Andenken des 50. Todestages von Agnes Miegel war eine Tonaufzeichnung zu hören: Eines Gedichtes, im Originalton gesprochen von Agnes Miegel. So konnten die Teilnehmer in Gedanken bei ihr verweilen.

Nach den geistlichen Worten durch Herrn Turowski wurde eine kurze Pause eingelegt. Im Anschluss gab Herr Jüngling einen einführenden Einblick über Land und Leute in Israel, und nun konnte die Reise beginnen. Frau Jüngling führte unterstützt durch eine Bilddokumentation, durch das ganze Land mit all seinen Sehenswürdigkeiten. Der Vortrag und die Vortragenden wurden mit großem Beifall bedacht, und man verabschiedete sich frohgemut mit dem Blick auf das vorweihnachtliche Treffen am Sonnabend, 6. Dezember.

Kassel – Sonntag, 14. Dezember, 15 Uhr: „Mit den Hirten will ich gehen..." – Advents- und Vorweihnachtsfeier mit Dorothea Deyß und ihrem Sing- und Spielkreis zum 3. Advent.

– Bericht –

Zum Beginn des Novembertreffens überbrachte der Vorsitzende die traurige Nachricht vom Tod von Eva Müller. Die Insterburgerin trat bereits 1949 dem Verein bei und blieb der Gemeinschaft bis zuletzt treu verbunden. Ihre tätige Mitarbeit bis ins hohe Alter wurde auch bei der Trauerfeier in angemessener Weise gewürdigt.

Mit einer Ausnahme befassten sich alle diesjährigen Vortragsthemen der Gruppe mit ostdeutschen, vornehmlich ostpreußischen, Themen. Dazu konnten nicht selten namhafte Referenten aus anderen Regionen gewonnen werden. Zuletzt fand ein Landeskundiger mit ostpreußischen Vorfahren aus dem Hannoverschen den Weg nach Kassel: Christian Perbandt. Am Beispiel des Kreises Heiligenbeil beschrieb der Vortragende eine typische ostpreußische Entwicklungsgeschichte von den prußischen Anfängen bis zum Katastrophenjahr 1945. Gewiss kennen Interessierte die zentralen historischen Wegmarken, gleichwohl gelang es Perbandt, das vorhandene Wissensgerüst auf anschauliche Art zu mehren und verständlich zu machen.

Wiesbaden – Dienstag, 9. Dezember, 15 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrich 35, 65185 Wiesbaden: Weihnachtsfeier. Auch Gäste sind herzlich willkommen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Barnin – Sonnabend, 22. November, 19 Uhr, Landgasthaus „Kiek in", Lindenstraße 15, 19089 Barnin: Kulinarischer Ostpreußenabend mit typischen gerichten wie Beetenbarsch, Königsberger Klopse und Apfelkeilchen. Mit dabei: Die „Ostpreußenbrüder". Gustav Kaludrichkeit aus Insterburg und Otto Kaluwei aus Georgenburg plachandern aus der Heimat. Für musikalische Unterhaltung sorgen die Bahlenhüschener Jagdhornbläser. Nähere Informationen: Frank Neumann Telefon 015788199769



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt: Mittwoch 26. November, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant: Reisebricht in Wort und Bild über die Halbinsel Krim.

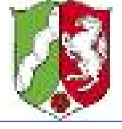
Göttingen – Sonntag, 30. November, 14.30 Uhr, Zentrum für ältere Menschen, Martin-Luther-Straße 16, 37081 Göttingen: Zur Adventsfeier mit Kaffee und Kuchen lädt die Gruppe Ostpreußen alle Mitglieder, Schlesier, Danziger, Pommern und Freunde ein. Die Buslinien 41 und 42 halten in unmittelbarer Nähe (Haltestelle Lichtenwarder Straße). Anmeldungen bis zum 24. November an: Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Oldenburg – Mittwoch, 10. Dezember: Advents-Nachmittag mit einem Basar für Gebäck und Basteleien nebst eigenen Lesungen. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

– Bericht –

Die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen in Oldenburg befasste sich auf ihrem Nachmittag im November noch einmal mit Schlesien. Das Ehepaar Detlef und Renate Lubenau berichtet in einem ausführlichen Bildervortrag von ihrer Reise, beginnend in Görlitz, über Jauer (Friedenskirche), Breslau, Brieg bis nach Krakau. Auf der Rückfahrt streiften sie noch Hirschberg im Riesengebirge. Lebhaft und unter Teilnahme vieler Zuschauer, selbst Schlesier oder Schlesienreisende, verlief die Fahrt flott, humorvoll und munter. Volkslieder neben dem Ostpreußen- und Riesengebirgslied rundeten einen harmonischen Nachmittag ab.

Osnabrück – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Parkhotel: Adventsfeier. Anmeldungen bis 18. November bei Gertrud Franke, Telefon (0541) 67479, oder bei Else Tober, Telefon (0541) 1393634.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Jeder erste Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Erkerzimmer der Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe. – Jeder dritte Mittwoch im Monat, 17.30 Uhr, Erkerzimmer der Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch.

Bonn – Sonntag, 23. November, 15 Uhr, Nordfriedhof Bonn: Ostdeutsches Totengedenken der im BdV-Kreisgruppe Bonn vereinigten Landsmannschaften. – Dienstag, 25. November, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises. Thema „Licht im Ost". – Sonntag, 7. Dezember, 15.30 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74, 53227 Bonn: Adventliche Stunde mit Kaffeetrinken, Gesprächen und Besinnlichem. – Dienstag, 9. Dezember, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49, 53125 Bonn: Weihnachtsfeier im Frauenkreis.

Dortmund – Jeden dritten Montag im Monat, Landgrafenschule, Eingang Märkische Straße, 14 bis 17 Uhr: Treffen der Frauengruppe. Gäste sind willkommen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, 1. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft.

Ennepetal – Sonntag, 14. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Rosine, Bergstraße 4-6, Ennepetal Voerde: Weihnachtsfeier

Essen – Freitag, 12. November, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Advent- und Weihnachtsfeier.

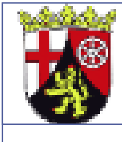
Gütersloh – Samstag, 6. Dezember, Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14: Zum achten mal ist die LO-Gruppe Gütersloh auf dem Spexarder Weihnachtsmarkt vertreten. Bigos, Grützwurst, Schmalzbrote und Bärenfang werden angeboten. Neben einer Spende an die Gütersloher Suppenküche ist der Erlös für die LO bestimmt. Wer einen Topf Bigos, eine Flasche Bärenfang, Honig oder anderes spenden möchte, meldet sich bitte bei Marlene von Oppenkowski, Telefon (05241) 702919 oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. – Sonntag, 7. Dezember, Brauhaus unter den Ulmen, 15 Uhr: Weihnachtsfeier. Kontakt und Informationen: Renate Thamm, Telefon (05241) 404 22.

Leverkusen – Sonnabend, 6. Dezember, 14.30 Uhr, großer Saal, Herz-Jesu-Kirche, Marktplatz 1, 51373 Leverkusen: Traditionelles Weihnachtsfest, Die Kulturgruppen zaubern mit Krippenspiel und verschiedenen Darbietungen eine heimatliche Weihnacht in den Saal. Anmeldungen erforderlich bei Frau Pelka, Telefon: (0214) 95763.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 9. Dezember, 15 Uhr, Handelshof: Vorweihnachtliches Beisammensein bei Liedern, Geschichten und Gedichten zur Weihnachtszeit und zum Jahresende.

Neuss – Sonntag, 30. November, 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: Adventsfeier mit besinnlichen Liedern und Gedichten. Es gibt Kaffee, Kuchen und ostpreußische Spezialitäten.

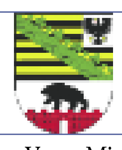
Wuppertal – Sonntag, 14. Dezember, 14 Uhr, Rotter Kirche, Rödiger Straße, 42283 Wuppertal (Über den öffentlichen Nahverkehr mit den Linien 604 und 614 zu erreichen. Die Haltestelle heißt Thorner Straße): Adventsfeier mit Kaffee und Kuchen. Es singen die Chorfreunde Wuppertal. Die Tanzgruppe von Ursula Knocks tritt ebenfalls auf. Gäste sind herzlich willkommen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Gemeinsames Kartenspielen. – Sonnabend, 29. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz. Adventsfeier. Um Gaben für die Tombola wird gebeten.

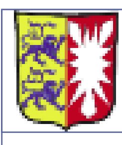


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 28. November, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität: Gemütlicher Adventsnachmittag.

Magdeburg – Dienstag, 9. Dezember, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 12. Dezember, TuS, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Freitag, 12. Dezember, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik, Kielseng: Gemeinsame Weihnachtsfeier in gemütlicher Runde. Anmeldung bitte bei H. und W, Brandes, Telefon (0461) 74816

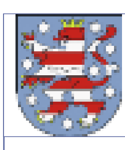
Mölln – Sonnabend, 29. November, 14 Uhr, Quellenhof, 23879 Mölln: Zur Adventsfeier gibt es auch in diesem Jahr wieder einen Basar, der schon um 13 Uhr eröffnet wird und zum Einkaufen von kleinen Weihnachtsgeschenken, selbstgebackenen Plätzchen, Büchern und sonstigem einlädt. Frau Schumacher bietet auf Baumwurzeln und Birkenbrettern gebastelte Adventsgestecke an. Propst Erwin Horning wird eine Ansprache halten und auf die Bedeutung des Advents hinweisen. Weiter werden Gedichte und Geschichten zur Jahreszeit von einzelnen Mitgliedern vorgelesen. Die musikalische Umrahmung nimmt in diesem Jahr Musikpädagoge Günther Marschke vor, der auch beim gemeinsamen Singen mit seiner Musikorgel kräftig unterstützt. Außerdem tritt in diesem Jahr wieder das Kinderballett aus Mölln unter der Leitung von Frau Schurer auf. Zu diesem Kinderballett kommt sogar der Weihnachtsmann.

Anmeldung bis zum 25. November bei Herrn Schumacher. Zu dieser wunderschönen Veranstaltung lädt die Gruppe auch die Landsleute aus Pommern, Schlesien, Danzig und Mölln herzlich ein. Über einen zahlreichen Besuch würde die Landsmannschaft sich sehr freuen.

Neumünster – Samstag, 6. Dezember, 15 Uhr, Restauration Johann und Amalia, Stadthalle am Kleinflecken: Besinnliche Vorweihnachtsfeier. Anmeldungen bitte bis zum 29. November unter Telefon (04321) 82314.

Pinneberg – Sonntag, 14. Dezember, 15 Uhr; Adventsfeier. Anmeldungen bis vier Tage vorher erwünscht unter (04101) 62667 oder (04101) 73473

Schönwalde am Bungsberg – Sonnabend, 29. November, 15 Uhr, Gemeindesaal der Kirche: Ostdeutsche Adventsfeier. Mit dabei der Singkreis Ostholstein und der Posaunenchor der evangelisch-lutherischen Kirche Schönwalde a. B.. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt zehn Euro. Um Anmeldung wird bis zum Dienstag, 25. November, gebeten unter Telefon (04528) 495 oder Telefon (04528) 9901.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Eisenach – Dienstag, 9. Dezember, 14 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der landmannschaftlichen Gruppe Ost- und Westpreußen.

Meiningen – Freitag, 5. Dezember, 14 Uhr, „Wolkenlos": Adventsfeier.

Saalfeld – Sonnabend, 13. Dezember, 19 Uhr, Meininger Hof: Gala-Konzert der Akkordeon-Bigband-Saalfeld.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Adventsfeier in Mühlheim/Ruhr

Sonnabend, 29. November, 14.30 Uhr, Hotel „Handelshof", Friedrichsstraße 15 bis 19, 45468 Mülheim an der Ruhr: Bei der diesjährigen Adventsfeier der Braunsberger aus Stadt und Kreis Braunsberg wird Manfred Ruhnau unter anderem über das Jubiläumskreistreffen in Münster und seine Reise in die Heimat berichten.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Schriftführerin: Sieglinde Falkenstein, Mackensenweg 7, 28832 Achim, Telefon (04204) 81440, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Trauer um Benno Krutzke

Die Kreisgemeinschaft trauert um Benno Krutzke, der am 8. Oktober in Wismar verstorben ist.

Am 24. September 1931 in Insterburg geboren, kam er mit der Einschulung nach Johannisburg, dem er sich ein Leben lang tief

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

verbunden fühlte. Ab 1943 besuchte er das Graf-York-Gymnasium, musste aber aufgrund der Flucht (Januar bis September 1945 mit Endstation Wechmar, Kreis Gotha) sein Leben neu ausrichten. Sein Vater war vermisst gemeldet, Not und Entbehrung kannte er allzu gut. Nach Lehrjahren als Stahlbauschlosser arbeitete er als Schiffsbauer auf einer Werft in Wismar und erwarb sich dadurch ein Stipendium. 1959 bis 1963 studierte er an der Pädagogischen Hochschule in Güstrow und war dann Lehrer für Mathematik, Physik und Chemie. Aufgrund eines Hörschadens wurde er im September 1990 Rentner.

Als Leiter der Kreisgruppe Ost- und Westpreußen in Wismar, verwirklichte er sein Motto: „Vergiss die alte Heimat nicht und gestalte die neue Heimat!" Die „Plachander"-Nachmittage fanden auf hohem Niveau statt, und allmählich wurde seine Arbeit für die Heimat zu seinem Lebensinhalt. Viele Auszeichnungen und Ehrungen wurden ihm zuteil (s.a. JHB 2012 zu seinem 80. Geburtstag am 24.September 2011).

Durch seine Berichte ließ er die Leser des Johannisburger Heimatbriefes an seinem Erleben teilnehmen: So zum Beispiel über die Masurenreise im Juli 2004 mit dem Wiedersehen seiner Heimatstadt oder die verschiedenen Treffen der Landsleute in Mitteldeutschland. Für 2007 gelang ihm die Präsentation der Johannisburger Fahne unter 28 anderen ostpreußischen Kreisen ebenso wie die souveräne Leitung der Kreistagswahl im September 2009. Ein großes Projekt war die originale Aufführung des „Ostpreußenliedes" als Bestandteil des Oratoriums „Ostpreußenland" von Munin Brust – zusammen mit Ingrid Nowakiewitsch – , die dem Chor und Orchester des Wilhelm-von-Oranien-Gymnasiums Dillenburg 2009 den 1. Platz des Gumbinner Heimatpreises brachte. „Späte Gewissheit" teilte er mit vielen Menschen, als er 2010 durch das Rote Kreuz Aufklärung über das Schiksal seines Vaters erhielt.

Ein schwerer Schritt für ihn war mangels Nachfolger die Auflösung der Wismarer Gruppe, die er 18 Jahre lang erfolgreich geführt hatte. Sein letzter Appell: „Mögen auch in Zukunft junge Menschen bereit und fähig sein, das Werk der Kreisgemeinschaft Johannisburg fortzusetzen."

Wir verlieren einen umsichtigen, aufrechten, treuen, warmherzigen Heimatfreund, achten und ehren ihn und seine Leistung. Seiner Familie gilt unser Mitgefühl.

Eine gewinnbringende Tagung

In Oberhausen trafen sich die Deligierten der Landegruppe Nordrhein-Westfalen

Mit verdienten Ehrungen begann die Tagung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen am 25. Oktober in Oberhausen. Ausgezeichnet wurden Manfred Barsuhn aus der Elchniederung und Professor Ulrich Penski, stellvertretender Vorsitzender der Landesgruppe. Beide erhielten das Silberne Ehrenzeichen.

Der Landesvorsitzende Jürgen Zauner überreichte den beiden verdienten Landsleuten die Urkunden. Den Mittelpunkt des Vormittags bildete dann der Vortrag von Walter T. Rix: "Das nördliche Ostpreußen und die deutsche Kulturtradition – Wirkung und Verpflichtung".

Einige Landsleute standen noch unter dem Eindruck des Deutsch-Russischen Forums, das am Wochenende zuvor in Tilsit stattgefunden hatte; der Bericht in der *PAZ* lag ebenfalls schon vor, so dass die Ausführungen des Referenten auf fruchtbaren Boden fielen. Die anschließende Aussprache bestätigte das auch. Walter Rix nannte die heutige Kaliningrader Oblast „ein merkwürdiges Gebilde", denn seine Grenze sei die einzige Kolonialgrenze in Europa: schnurgerade, von Stalin gezogen. Das Gebiet befinde sich noch immer in einem halbkolonialen Status. Gouverneur und Duma sind an die Direktiven aus Moskau gebunden. Doch er stellte seinem Vortrag aktuelle Fotos voran, die russische Autos zeigen, auf deren Nummernschildern „Königsberg" steht, sowie Fotos von Plakaten, die Stalin und Kalinin karikieren. Sie belegen den neuen Umgang mit der Geschichte und der Identität der Stadt und des Gebiets.

Königsberger Nummernschilder

Der Referent gab einen umfassenden Überblick über die jüngste Geschichte Nordostpreußens. Auf die unbarmherzige Ausmerzung der Spuren der deutschen Geschichte nach 1945 folgten allmählich Verständnis und Interesse. Ein Erlass, deutsche Bauten von der Liste denkmalgeschützter Gebäude zu streichen, wurde erst 1969 zurückgenommen, und 1994 standen die deutschen Baudenkmäler endgültig unter Schutz. Die Kirchenbauten sind dabei von besonderer Bedeutung. Rix nannte den Königsberger Dom eine „Antithese" zum „Haus der Räte", das als gigantische Bauruine auf dem Platz des gesprengten Schlosses steht. Er riet zur Besichtigung der Fenster des Domes, Sie zeigen Persönlichkeiten des Ordens und der preußischen Geschichte, Auf einer Granittafel neben dem Altar sind zudem die Namen der Professoren der Albertina zu sehen.

Die Dorfkirchen waren lange dem Verfall preisgegeben oder wurden als Kulturhäuser oder Lagerhallen genutzt. Anatolij Bachtin, der Leiter des Stadtarchivs, fotografierte die Kirchen und dokumentierte so diese Entwicklung. Nach der Wende gelang es einigen Initiativen, Kirchen zu restaurieren.

Rix nannte die Salzburger Kirche in Gumbinnen, die Kirche in Mühlhausen mit wertvollen Barockgemälden, die Ordenskirche in Heiligenwalde und die wieder aufgebaute Kirche in Groß-Legitten. Die Katharinenkirche in Arnau hat ebenfalls große Fortschritte gemacht, jedoch sei die Zusammenarbeit mit der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK), die inzwischen einige Kirchen übernommen hat, nicht gut gelaufen. Wertvolle Fresken hätten nur minimal gerettet werden können, bedauerte der Referent.

Zusammenarbeit mit ROK schwierig

Eine Reihe positiver Beispiele aber konnte er nennen: die erhaltenen und restaurierten Königsberger Stadttore, den Brunnen und die Jugendstilhäuser von Tilsit, das Museum im Schloss von Waldau, um nur einige zu erwähnen. „Der Geist der deutschen Kulturtradition holt das russische Denken im Königsberger Gebiet ein", so Rix. Dieser Prozess ist schon lange im Gange. Die Verehrung Kants, nach dem die Univertät benannt wurde, das liebevolle Gedächtnis an deutsche Dichter wie Agnes Miegel, Ernst Wiechert und E.T.A. Hoffmann zeigen, dass „eine unsichtbare Geistesgeschichte wirkt, die sich nicht verneinen lässt", wie Rix es ausdrückte.

Unsichtbare Geistesgeschichte

Unter dem Titel „Tharau – ein kulturhistorischer Ort von europäischer Bedeutung" trug Betty Römer-Götzelmann, begleitet von Sängerin Anette Subroweit, das Lied „Ännchen von Tharau" in Verbindung mit dem Leben der historischen Anna Neander vor. Kurt Hoffmann begleitete beide auf dem Akkordeon.

Danach stellte Ehrenfried Mathiak, der Ehrenvorsitzende der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, die Kirche von Tharau und den Stand der Restaurierungsarbeiten durch den „Förderkreis Kirche Tharau" vor. Das Publikum erblickte einen imposanten Ordensbau, der ein neues Dach und geschlossene Außenwände hat, aber noch großen Einsatz benötigt.

Vera Schmiedel heiterte die Landsleute mit Mundartvorträgen auf, und die Kulturreferentin Bärbel Beutner besprach Bücher, die sich mit der Erforschung der Kriegstraumata von Kriegs- und Nachkriegskindern befassen. Mit dem „Ostpreußenlied" endete eine gelungene und gewinnbringende Tagung. *BB*



Jürgen Zauner (re.) übergab die Urkunde zur silbernen Ehrennadel an Manfred Barsuhn und Professor Penski (v.L.) Bild: Barsuhn

Wie bei Muttern

Echt lecker: Der Terminkalender 2015



Zwöf Gerichte und fast ein kleiner Kochkurs Bild: Böttcher-Ogrodnik

Die erste Auflage sei praktisch schon verkauft, freut sich Roswitha Böttcher-Ogrodnik. Ihr „Terminkalender 2015 – Familienrezepte aus dem Storchenland. Einfach, aber masurisch lecker!" kommt gut an, und das verwundert nicht. Die Kombination eines Kalenders mit zwölf Rezepten ist nicht nur eine gute Idee, sondern in diesem Fall auch besonders liebevoll umgesetzt. Auf jeweils drei, reich bebilderten Din-A4-Seiten werden die einzelnen Gerichte beschrieben. Die Kalender-Macherin, die 1962 in Ostpreußen geboren wurde und als Vierjährige mit den Eltern nach Nordrhein-Westfalen zog, lässt dabei kaum eine Frage offen. Wer ihren Rezepten folgt, muss kein Meisterkoch à la Steffen Henssler sein, um sich und seine Gäste mit masurischer Küche zu verwöhnen. Zusammengenommen ergeben die zwölf Gerichte fast einen kleinen Einsteiger-Kochkurs. Der Leser erfährt wie Königsberger Klöpse legiert werden, wie der Hefeteig für den Streuselkuchen auch wirklich gelingt und wie Reibekuchen spritzfrei in der Pfanne herumgedreht wird.

So gelingt ein Hefeteig wirklich

Auch ein Rezept für Kartoffelkeilchen fehlt nicht. „Genau, wie meine Mutter sie früher gemacht hat", habe ihr eine Kalender-Käuferin gemailt, erzählt Roswitha Böttcher-Ogrodnik. Weitere Geschmacks-Déjà-vus von Rezepte-Nutzern werden sicherlich folgen. Zumal natürlich längst weitere Auflagen des Kalenders vorliegen.

Die Exemplare können beim Stern-Verlag in Düsseldorf portofrei zum Preis von 14,95 Euro bestellt werden: Buchhaus Stern-Verlag, Friedrichstraße 24 bis 26, 40217 Düsseldorf, www.buchhaus-sternverlag.de *FH*

Die Prussia-Gesellschaft lädt nach Duisburg ein

„Bauernbefreiung im Samland", heißt einer der beiden Vorträge, zu denen die PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens am Sonnabend, 6. Dezember, ins „Museum Stadt Königsberg", Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg, einlädt.

Beginn ist um 11 Uhr. Nach dem Vortrag zur Bauernbefreiung von Martina E. Mettner wird Professor Hans Rothe von der Uni Bonn über „Ostpreußen – Geschichte in der Gegenwart" referieren.

Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind willkommen. Ab 10 Uhr besteht die Möglichkeit die Ausstellung des Museums zu besichtigen. Fragen an: prussia.gesellschaft @ googlemail.com

Eine gute Adresse

Die Heimatstube der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit in Preetz

Bei Gesprächen kommen ältere Landsleute häufig auf das Thema: Wo lasse ich meine Familienforschungsunterlagen, Dokumente, Bilder und Bücher. Meine Kinder interessieren sich nicht dafür. Dafür gibt es eine gute Adresse: Die Heimatstube der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit in Preetz.

Beim Eintritt wird man sofort von einer heimatlichen Atmosphäre umgeben. Das Kreisgebiet wird optisch anschaulich dargestellt, die Wandflächen sind geschmackvoll mit Bildern und weiteren Exponaten bestückt. Im Besprechungsraum, der auch zum Empfang von Besuchern dient, befindet sich die Bibliothek. Der Bestand von 500 Büchern ist nach Themen geordnet.

500 Bücher und ein Fotoarchiv

Großes Interesse findet auch das Fotoarchiv. Die Bilder wurden seit Beginn der Kreisgemeinschaft gesammelt. Es sind insbesondere Aufnahmen aus der Vor- und Nachkriegszeit in Ostpreußen, über Patenschaftstreffen im Kreis Plön und die Arbeit in der Kreis-gemeinschaft. Urkunden, Doku-mente und gerahmte Bilder be-finden sich im Archivalienraum. Auf allen Teilen ist eine Inventurnummer angebracht, diese ermöglicht ein schnelles Auffinden oder Zuordnen.

Die Heimatstube hat keine festen Öffnungszeiten. Wegen einer Terminabsprache können Interes-senten sich an Eva Lüders, Telefon (04342) 5335, und Manfred Okunek, Telefon (04342) 2185 wen-den. Die Adresse der Heimatstu-be: Gassstraße 7 (Ekke Am Alten Amtsgericht), 24211 Preetz.

Sie ist zentral gelegen und kann in kurzer Zeit vom Bahnhof oder der Innenstadt erreicht werden. In unmittelbarer Nähe befindet sich ein großer Parkplatz. *Winfried Knocks*



Steht allen Landsleuten, Freunden und Interessierten offen: Die Heimatstube im schleswig-holsteinischen Preetz Bild: Knocks

Lenz zum Gedenken

Am 17. März kommenden Jahres wäre Siegfried Lenz 89 Jahr alt geworden. Aus diesem Anlass veranstaltet das Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne" zur Ehrung und Erinnerung an den großen Schriftsteller eine Lesung. Auf dem Programm: Texte von Siegfried Lenz und dazu – ganz im Sinne seiner Geschichten und Romane – ein großes masurisches Essen.

Mit großer Dankbarkeit denken die Mitglieder der Dittchenbühne an den Schriftsteller, der am 7. Oktober gestorben ist, zurück. Vereinsvorsitzender Raimar Neufeldt: „Gemeinsam mit anderen hat sich Siegfried Lenz sehr für den Bau unseres ersten Theatersaals engagiert. Wir haben über ihn viele Spenden erhalten!"

Als gebürtiger Ostpreuße interessierte Lenz sich für die Aktivitäten der Dittchenbühne in Bezug auf die Pflege der ostpreußischen Kultur, als Hanseat – er lebte und wirkte seit 1951 in Hamburg – unterstützte er gern den völkerverbindenden Ansatz des Forum Baltikum. In einem Brief an Neufeldt schrieb Lenz: „Sie wissen, mit wieviel Sympathie ich an Ihre Dittchenbühne denke."

Weitere Informationen: www.dittchenbuehne,de

Ostpreußisches Landesmuseum Die Termine im Dezember

„Hat der Wisent eine Zukunft in Deutschland?“, fragt Joachim Menzel, der Forstamtsleiter des Sauparks in Springe, in der Reihe „Museum erleben“ am **Dienstag, den 2. Dezember**.

Menzel betreut das Wisentgehege des Sauparks, und damit die bedeutendste Erhaltungszuchtanlage für das große Wildrind in Deutschland. Der Wisent, streng genommen der Flachland-Wisent, ist die stärkste überlebende Wildart Europas. Sie war nach 1919 in Freiheit ausgestorben. Aus kleinen Beständen in menschlicher Obhut wurde eine Erhaltungszucht begründet. Schon seit vielen Jahrzehnten leben Wisente wieder in völliger Freiheit in großen, meist menschenleeren Gebieten Osteuropas.

Im Zuge der natürlichen oder vom Menschen unterstützten Rückkehr mehrerer großer Wildtierarten in Deutschland wird Menzel mit der Frage konfrontiert, ob eine Auswilderung von Wisenten auch hierzulande möglich sei. Er wird im Vortrag das Für und Wider abwägen und eine gut begründete Antwort geben.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Eine Reservierung wird empfohlen. Beginn ist 14.30 Uhr. Der Eintritt kostet 5 Euro.

„Wintersorgen und Frühlingsfreuden“ heißt die Veranstaltung zum 300. Geburtstag des preußisch-litauischen Dichters und Pfarrers Christian Donalitius (1714–1780) am **Donnerstag, den 11. Dezember**.

Donelitius studierte in Königsberg Theologie und war Lehrer, bevor er als Pfarrer 1743 nach Tollmingkehmen kam. In seiner Freizeit schrieb er Gedichte und gilt als Begründer der litauischen Nationalliteratur. Nur selten trug er seine Werke vor, veröffentlicht wurden sie erst 1818, fast 40 Jahre nach seinem Tod. Der Schauspieler Christian Klischat trägt aus dem Versepos „Die Jahreszeiten“ vor, in dem Donalitius das karge bäuerliche Leben seiner litauischen Gemeinde kraftvoll, farbenfroh und bisweilen mit dem erhobenen Zeigefinger des gottesfürchtigen Predigers schildert. Die Autorin Ulla Lachauer berichtet von ihren Erfahrungen, die sie in den vergangenen Jahren in Kleinlitauen sammelte. Zusammen mit Dr. Klaus Harer vom Deutschen Kulturforum östliches Europa wird die besondere Rolle des Pfarrers und Dichters in der litauischen und ostpreußischen Kulturgeschichte erläutert.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Eine Reservierung wird empfohlen. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr. Der Eintritt kostet 5 Euro.

Die Dauerausstellung kann noch bis **Mitte Februar** kommenden Jahres zu großen Teilen besichtigt werden (siehe Artikel auf Seite 21). Auf über 1500 Quadratmetern und fünf Etagen widmet sie sich der 400-jährigen Kultur und Geschichte Ostpreußens mit den Abteilungen: Landesgeschichte, Naturkunde, Malerei und Grafik, Geistesgeschichte und Literatur, Kunsthandwerk sowie ländliche Wirtschaft. Durch den Umbau sind einige Bereiche wie etwa die Jagd-Abteilung derzeit nicht mehr zugänglich. Ab Mitte Februar wird das Museum dann für mehrere Monate komplett schließen. Weitere Infos: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

9. November als zweite Chance

25 Jahre nach dem Mauerfall: Eine Gedenkstunde im Oberschlesischen Landesmuseum

Mit einer Romanze von Peter Tschaikowski eröffneten die in Sankt Petersburg geborene und in Ratingen lebende Sopranistin Ekaterina Sergatschewa und der Pianist Dominikus Burghardt die Feststunde. Musikstücke von Robert Schumann umrahmten das Programm im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen-Hösel.

Am 9. November, dem Gedenktag der Maueröffnung, hatten sich im Haus Oberschlesien rund 100 Besucher eingefunden, darunter viele Ehrengäste aus dem politischen, kulturellen und sozialen Leben Nordrhein-Westfalens. Gemeinsam gedachte man der Höhepunkte jener 25 Jahre seit der friedlichen „Revolution“ und dem Fall der Mauer.

Einhundert Gäste lauschten der Musik und den Reden Bild: Göllner

Wie Professor Christoph Zöpel, ehemaliger Staatsminister und Mitglied des Vorstandes der Stiftung Haus Oberschlesien, in seiner Eröffnungsrede betonte, sei es jedoch sinnvoll, am 9. November nicht ausschließlich an die historischen Ereignisse zu denken. Vielmehr sollte man sich alle Aspekte und Zusammenhänge in Erinnerung bringen, die zu Deutschlands neuer Stellung in Europa geführt haben. Peter Beyer, designiertes Mitglied des zukünftigen Stiftungsrates in Ratingen, sprach als Bundestagsmitglied und Außenpolitiker von der wechselnden Wirkung Deutschlands. Als die Mauer, die nahezu drei Jahrzehnte Berlin teilte, fiel, hat sich nicht nur das Gesicht Deutschlands, sondern auch jenes Europas entscheidend geändert. Werte wie Freiheit, Stabilität und Frieden gewannen an Bedeutung. Allerdings ist der Politiker davon überzeugt, dass die Umwälzungen in Deutschland sowie der denkund merkwürdige Tag der Maueröffnung ohne andere Entwicklungen in Europa nicht hätten stattfinden können.



Am Rednerpult: Bundestagsmitglied Peter Beyer Bild: Göllner

An prägende historische Ereignisse in den europäischen Nachbarstaaten erinnerte auch die NRW-Europaministerin Angelica Schwall-Düren. Es seien vor allem die Solidarnosc-Bewegung und die Gespräche am Runden Tisch in Warschau gewesen, die den Menschen in der DDR Mut gemacht haben.

Für die Ministerin gilt der 9. November 1989 als zweite Chance für Deutschland und für Europa, aus der sich heute wichtige Aufträge ableiten. Seit dem Mauerfall führte der Dialog zwischen den west- und osteuropäischen Ländern zu Städte- und Schulpartnerschaften, wobei viele Initiativen von Vertriebenengruppen ausgingen. Welch hohe Bedeutung die innereuropäischen Kontakte in den letzten 25 Jahren hatten, zeigte die Ministerin am Beispiel des „Weimarer Dreiecks“ auf. Die Gedenkstunde im Oberschlesischen Landesmuseum sollte – so die Ministerin – einen Beitrag dazu leisten, dass die Werte der Bürgerbewegung hochgehalten werden, die 1989 durch das Wunder der Aussöhnung mit den Nachbarn in West und Ost geschaffen wurden.

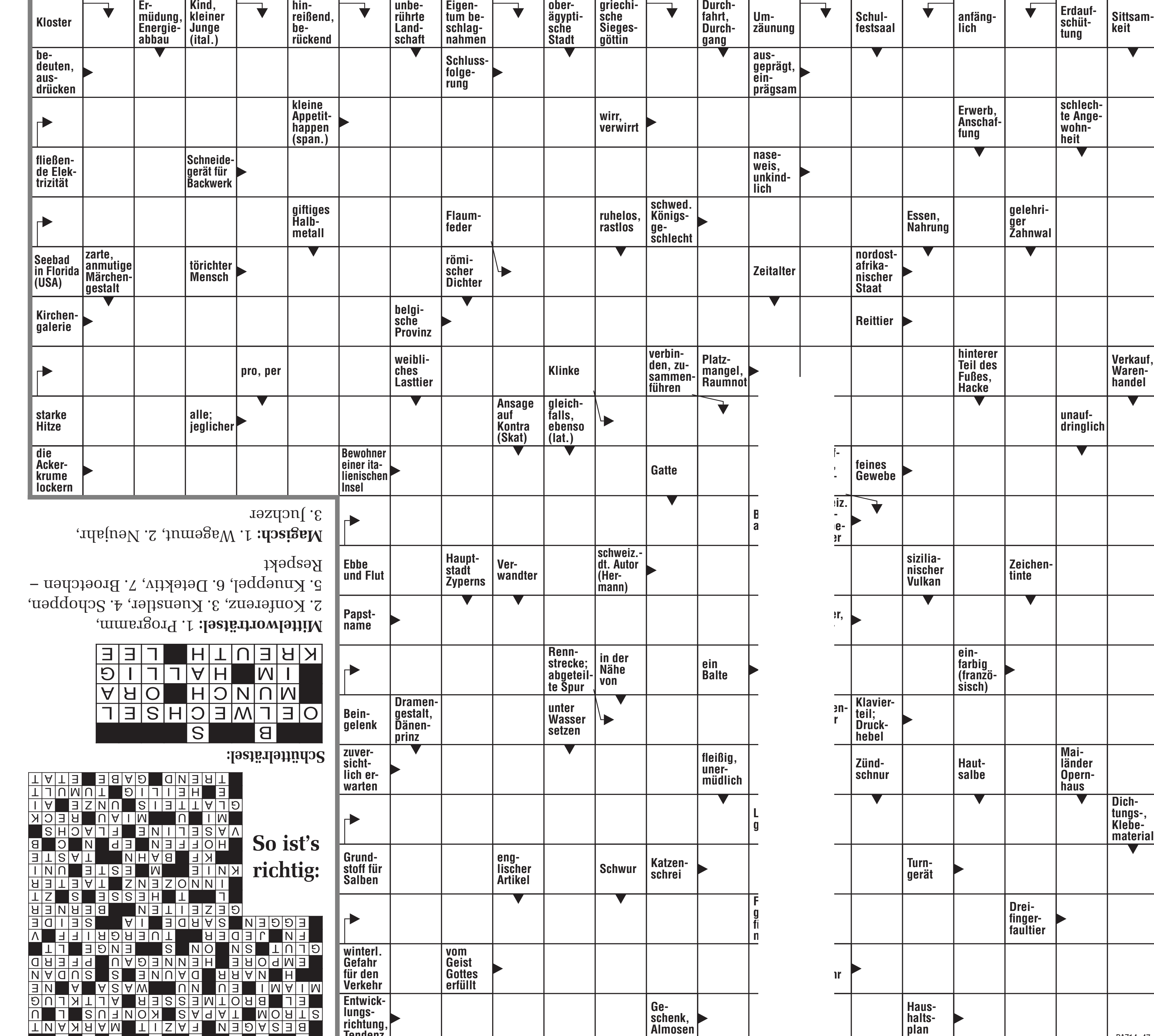
Höhepunkt der Gedenkstunde war der Festvortrag, den Stephan Kaiser, Direktor des Oberschlesischen Landesmuseums von Ratingen-Hösel, hielt. Es ging um das Thema „25 Jahre demokratischer Wandel in Deutschland und Europa. Über Grenzen hinweg zum europäischen Dialog“. Kaiser nahm die Zuhörer auf eine imaginäre Reise in die Vergangenheit mit und zeigte gleichzeitig Schlaglichter aus der wechselvollen Geschichte Europas auf.

Gleich zu Beginn zitierte der Redner den in den letzten 100 Jahren millionenfach ausgerufenen Stoßseufzer „Mein Gott, wo sollen wir denn hin?“ Dieser Ausdruck der Hilflosigkeit war während der Flucht- und Verfolgungs-Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zu vernehmen, als ethnische Minderheiten betroffen waren. Der verzweifelte Ausruf erklang sehr häufig auch nach dem Zweiten Weltkrieg und sicherlich in den darauffolgenden Jahren bis hin zum Mauerfall 1989.

Einen weiteren Schwerpunkt seiner Rede legte Stephan Kaiser auf das Thema der früheren Grenzen in Mitteleuropa: „Solange die Einwohner wenige persönliche Rechte und geringe Handlungsmöglichkeiten hatten, blieb der Blick sprichwörtlich auf den eigenen Kirchturm beschränkt. Reisen war ein Luxus, den sich bis zum Beginn des Eisenbahnzeitalters wenige leisten konnten und wegen der Beschwernisse bei einer Reise auch nur wenige zumuten wollten.“

Später wurde die Reisefreiheit zu einem Synonym für Selbstbestimmung und Freizügigkeit. Eingriffe des Staates, die Reisen über Grenzen verhinderten, galten fortan als Sanktionen, als Kennzeichen staatlicher Macht und Bevormundung. Eine grundlegende Veränderung in Mitteleuropa fand, so Kaiser, mit der Öffnung des Tores, also mit dem symbolischen Gang durch das Brandenburger Tor statt. „Die Öffnung des Ostens führte über die Deutsche Einheit 1990 zur Integration der östlichen Nachbarstaaten in unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und damit in die politischen und militärischen Bündnisse des westlichen Europas“, erklärte der Festredner und fügte hinzu: „Wir gedenken an diesem Tag in Dankbarkeit der Menschen in der DDR, die in ihrem Wunsch nach Freiheit auf die Straße gingen, in Massendemonstrationen die Begrenzungen ihres Systems überwanden.“

Dieter Göllner



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

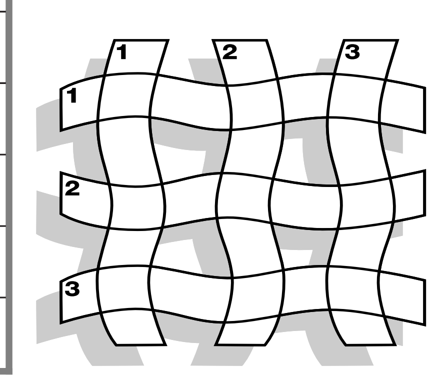
CEEEH LLOSW	EIMR		BELMU	CEHT		ACHHS	LLOS	EEIR	AEGL
CHMNU						AOR			
EHKR TU			AGHI LL						
						EEL			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Achtung, Ehrerbietung.

1	RADIO									HEFT
2	GIPFEL									SAAL
3	ZAUBER									NAME
4	FRUEH									WEIN
5	STEUER									DICK
6	PRIVAT									BUERO
7	MOHN									GEBER

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 kühne Unternehmungslust
2 der 1. Januar
3 ugs.: Freudenschrei

Die weißen Zaubervögel von Nikolaiken

Ein Schwanenparadies ist der Lucknainer See in Masuren. Fotograf Wolfgang Alexander Bajohr zieht es immer wieder dorthin.

Ein Singen liegt in der Luft. Zuerst ist es nur ein Summen, dann ein immer mächtiger anschwellendes Rauschen. Und endlich sind sie da, die weißen anmutigen Zaubervögel. Im unendlichen Blau schweben sie ein und sinken herab. Dicht über den rauschenden Wellen starten sie noch einmal durch, Die ganze Formation zieht mit machtvollem Schlagen der Schwingen eine letzte Runde. Nein, eine Ehrenrunde ist es nicht, aber ein Schwan, der bis zu 23 Kilo wiegt, und damit unser schwerster Vogel ist, hat trotz seiner 2,70 Meter Flügelspannweite nicht nur seine Startschwierigkeiten sondern auch seine Landeprobleme.

Er muss korrekt auf den Wind achten. Je stärker der aber bläst und stürmt, desto wichtiger ist es mit der Thermik umzugehen. So sinken die Schwäne herab, mit vorgestreckten Ruderfüßen auf der Wasseroberfläche schlitternd und mit suchend abwärts gebogenem Hals, um die Landepiste zu mustern.

Schon beim Landeanflug winkelt der Höckerschwan die Handschwingen der Flügel ein, als hätte er Landeklappen ausgefahren. Kurz vor dem Aufsetzen stellt er seine Schwingen bremsend senkrecht in Fahrtrichtung hochkant, um im Auslauf des Fluges langsam in das Wasser einzutauchen..

Ein einzigartiger Lebensraum

Zuweilen fährt er auf den Rudern ein Stück Wasserski. Oder auf Spiegeleis rennt und schlittert er noch ein Ende dahin, bis er zum Stehen kommt. Bei steifer Brise und Sturm steht er wohl auch am Ende der Landung wie ein Drachen einen Augenblick still in der Luft und setzt dann sanft senkrecht auf, wie ein Buschpilot.

Wo sich das alles beobachten lässt? Auf dem Lucknainer See [Luknajnosee] bei Nikolaiken [Mikołajki] in Masuren. Obwohl eines von nur drei Unesco-Biosphären-Reservaten im südlichen Ostpreußen, beachtet ihn kaum jemand. Er ist 6,8 Quadratkilometer groß und bis zu drei Meter tief. An den meisten Stellen misst er aber gerade mal einen Meter bis zum Grund. Für Wasservögel ist es ein Paradies. Lappentaucher, Wasserralle, Teichrallen, Graureiher, Bartmeisen, Seeadler, Fischadler, Rotmilane, Kormoran und Trauerseeschwalben sind hier zu finden. Seit langem ist der See aber auch als einzigartiger Lebensraum für den Höckerschwan bekannt.

Für masurische Verhältnisse ist der See gut einsehbar, und die Schwäne sind so vertraut, dass man auf einem kleinen Floß gut zwischen ihnen herumpaddeln und fotografieren kann. Sie wissen auch, dass Gefahr allenfalls vom Ufer droht, aber nicht auf dem See.

Ich habe im Jahr 1997 an unserem Schwanensee an einem einzigen Tag vom Beobachtungsturm aus 521 Schwäne gezählt. Es können aber auch schon einmal bis zu 1500 Paare werden.

Die Population schwankt stark: Wenn der Winter mit mehr als 30 Grad Kälte zuschlägt, bricht der Bestand nicht selten zusammen, um dann im Verlauf von etwa 15 Jahren wieder anzuwachsen. Das wiederholt sich, und in guten Zeiten gibt es nirgends mehr Schwäne in Osteuropa, als auf diesem kleinen See.

Im Jahr 2007 war er zugefroren und ich sah nur ein Dutzend Schwäne und zwei Adler. Ein russisches Sprichwort sagt, dass sie den Winter auf den Schwingen tragen. Stets folgt eine Kälteperiode, wenn sie schlagartig weiterziehen. Als Gruppe schätzen dann alle Schwanenarten auf der Welt den Formationsflug, weil er Kräfte spart. Das ist wichtig, denn allein schon der Start ist mit enormem Kraftaufwand verbunden. Bei einem solchen Anlauf rennen Schwäne, mit den Schwingen auf das Wasser schlagend, dahin, dass Wasserperlen aufstieben. Jeder Flügelschlag berührt noch spritzend das Wasser und unmerklich gewinnt der große Vogel Höhe. Während die Flügel frei nach unten durchschlagen, ist auch das singende Fluggeräusch zu hören, das nur Höckerschwan und Seeadler haben. Auf dem Zug und bei Nacht ist es nützlich als Stimmfühlung. Einmal in der Luft, schrauben sie sich höher, bis sie ihre Reiseflughöhe erreichen. Der

Brutale Revierkämpfe, lebenslange Liebe

Abflug ist stets überwältigend. Es gibt kaum ein schöneres Bild, als ein fliegendes Schwanenpaar, das in vollendeter Harmonie die Schwingen im Gleichklang durch die Lüfte gleitet.

Sie sind schnelle und ausdauernde Flieger, die ruhig und gelassen schlagen, wenn sie entlang der Flüsse und Seeufer oder entlang der Meeresküsten im Tiefflug gegen die Herbststürme anfliegen, über aufgewühlter und gischtender Flut auf ihrer langen Südwärtsreise ein Zwischenziel ansteuern, wo die Natur Raststätten bereithält oder auch tierliebende Menschen Nahrung bereithalten.



Naturfotograf Wolfgang Bajohr: Seine Familie stammt aus der Nähe von Ortelsburg. Heute lebt der 83-Jährige ehemalige Werbe-Fachmann im bayerischen Gilching Bild: Bajohr

Sie brauchen den Menschen im Winter nicht, aber zuweilen versammeln sich in München an der Isar, im Nymphenburger Schlosspark oder auf dem Starnberger See 200 bis 300 Schwäne, ehe sie weiterziehen. Ihre Leistung auf der Winterreise ist gewaltig. Im Dezember wurden von einem Flugzeug aus ziehende Singschwäne in einer Höhe von 8200 Metern beobachtet, die bei den Hebriden bei minus 48 Grad Kälte zogen. Sie waren wohl früh morgens in Island gestartet. Man hat errechnet, dass sie ihr Ziel in Irland in nur sieben Stunden erreichen würden. Gegen die Kälte schützt sie ein dichtes Gefieder.

Amerikanische Biologen haben 25216 Federn nachgezählt, von denen der Schwanenpelz alleine mit 20000 Kopf und Hals schützt. Den Menschen zum Entzücken kann ein Schwan sein Gefieder wie eine Blüte entfalten.

Unser romantisches Bild der hoheitsvollen Vögel ist mit Gefühlen und Emotionen belastet. In der Realität herrscht auch bei ihnen das Recht des Stärkeren: Wenn sich ein junges Schwanenpaar ausgerechnet dort ansiedeln will, wo ein böser alter Schwanenvater herrscht, gibt es blutige Revierkämpfe. Vor dem Kampf segeln beide kochend vor Wut umeinander herum.

Wer aber kein Revier erkämpft, dem fehlt die Nahrungsgrundlage für die Kinder. So regeln die Schwäne ihre Überpopulationen untereinander selbst. Im Lucknainersee in Masuren reguliert auch der Winter den Bestand. Im gut durchsinnten, durch den hohen Bestand überdüngten Wasser, wachsen unendlich viele Wasserpflanzen, die sie unter Wasser abweiden. In einem sehr kalten Winter an diesem kleinen See aber sterben viele Schwäne den Hungertod.

Verhungernde Schwäne oder das Bild vom brutal um sein Revier kämpfenden Schwan mag für manchen das romantische Bild vom hoheitsvollen Märchenvogel zerstören. Aber so sind diese Schwäne wirklich. Ihr Kampf um das Revier ist ein typischer Teil ihres Wesens. Dass sie sich ein Leben lang treu zugetan sind, macht sie wiederum so menschlich. Im Spätwinter bieten beide ein Bild herzlicher Zweisamkeit, wenn sie mit ihren Hälsen das Herzbild formen. Ein rührendes Bild herzlicher Zweisamkeit.

Wolfgang Alexander Bajohr



Gefiederte Schönheit: Höckerschwäne sind die Charaktervögel Masurens. Bis zu 1500 Paare gibt es am Lucknainer See Bild: Bajohr

Ein göttliches Licht

Der Weg ins Jenseits ist hell erleuchtet – Nahtoderfahrungen ähneln sich. Alles nur Zufall?

Am 23. November ist Totensonntag. Die Menschen ehren dann ihre verstorbenen Angehörigen. Ingrid Bachor ist eine der wenigen, die dem Tod von der Schippe gesprungen ist. Als sie schwerkrank war, betrat die Münsteranerin kurz das Tor ins Jenseits, ehe sie ins Leben zurückgeholt wurde. Ihr Todeserlebnis verarbeitet sie jetzt auf künstlerische Weise.

„Es ist, als wenn man aus einem Traum erwacht", sagt Ingrid Bachor. Die ehemalige Grafikerin internationaler Werbeagenturen erlebte Ende der 90er Jahre eine persönliche Katastrophe. Nach einigen privaten Einschnitten in ihrem Leben erkrankte sie an Krebs. Die Ärzte hatten sie aufgegeben. Im Endstadium der Krankheit zog sie sich zum Sterben nach Hause zurück. Dort machte sie eine Erfahrung, die sie heute als Geschenk eines zweiten Lebens bezeichnet: Sie durchlebte eine sogenannte Nahtoderfahrung und hatte das Gefühl, in einer Nacht ihren von Medikamenten und Therapien zerschundenen Körper zu verlassen. Dabei glaubte sie, aus einem Erdentraum in der Realität aufzuwachen.

Die Berichte derer, die es erlebt haben, ähneln sich auf frappierende Weise, gleichgültig aus welchem Kulturkreis oder Jahrhundert sie stammen. Frei von Schmerzen lösen sich die Betroffenen von ihrem Körper, der von ihnen nun von außen betrachtet werden kann. Oft schweben sie als eine Art Energiefeld an der Decke und beobachten das Geschehen. Sehen zu, wie Ärzte alles tun, um ihren kranken Körper zu reanimieren. Ihre Gedanken sind dabei glasklar. Zeit und Raum existieren nicht mehr.

Wie ein Film wird ihnen ihr eigenes Leben aus verschiedenen Perspektiven noch einmal präsentiert. Oft gibt es ein Tunnelerlebnis, in dem die Beteiligten durch einen dunklen Gang ins Licht gezogen werden. Dieses blendet nicht und ist mit keinem Licht auf der Erde zu vergleichen. Häufig wird es als göttliches Licht bezeichnet. Ähnlich sind auch die Berichte von schönen Landschaften, Farben und Klängen, für die es auch keinen Vergleich gibt.

In dieser Phase schildern die Betroffenen Begegnungen mit Lichtwesen oder verstorbenen Verwandten. Oft auch Verstorbene, die sie nicht kennen konnten, zum Beispiel Großeltern, die lange vor der eigenen Geburt verstarben. Euphorische Glücksgefühle, Wärme, unbeschreibliche Liebe und das Wissen um den Sinn des Lebens begleiten die Menschen auf dieser Reise. Häufig werden die Menschen dann zurückgeschickt. Das „Einfahren" in den Körper sei unangenehm, schmerzvoll und äußerst beklemmend.

Bachor erzählt, dass sie eine „Liebe hoch Tausend" erfahren und eine Stimme gehört habe. Woher diese kam, kann sie nicht genau sagen. Diese fragte sie, ob sie bereit sei. Doch sie staunte nur und versuchte, alles zu verstehen. Eine Taube mit ausgebreiteten Flügeln stand an einem nächtlichen Himmel, berichtet die 63-Jährige. Ihrer Meinung nach war es eine Erscheinung des Heiligen Geistes.

„Nein, ich war nicht bereit. Ich wollte das alles weitergeben und malen". Als sie wieder in ihren Körper fuhr, bereute sie den Entschluss. Die qualvollen Schmerzen waren wieder da und all die Enge des irdischen Daseins.





Nahtod-Kunst: Lichtdurchflutetes Bild „Tonhalle" von Ingrid Bachor. Rechts die Künstlerin vor einem ihrer Werke — Bilder: Bachor

Noch immer war sie die Schwerstkranke, die dem Tod auf der Schippe saß. Als ihre Ärztin sie nach ihrem letzten Wunsch fragte, antwortete sie, mit Delfinen zu schwimmen. Sie löste ihre Konten auf, buchte die Reise nach Florida. Die Knoten überall unter der Haut, die auch die Chemotherapie nicht zerstören konnten, waren alle noch vorhanden. Doch welch ein freudiger Schock, als sie eines Morgens unter der Dusche feststellte, dass sich der Krebs aufgelöst hatte. Über Nacht war alles weg, die Krankheit verschwunden. Im Gespräch darüber kommen ihr die Tränen noch heute. Ein Wunder war geschehen. Sie ist sich sicher, dass die Entscheidung für das Leben in der Nahtoderfahrung der Grund dafür war.

Das Phänomen ist über alle Zeiten hinweg bekannt. Und auch die Physik sucht nach Erklärungen. Der Physiker Werner Heisenberg (1901–1976) sah die uns bekannten Naturgesetze als „unterste Schicht der Wirklichkeit". Quantenphysiker arbeiten fieberhaft daran, der Welt ihre Geheimnisse zu entlocken. Dass sich Licht mal wie Teilchen, dann wieder wie Wellen verhält, was man allgemein als „Welle-Teilchen-Dualismus" bezeichnet, brachte schon Albert Einstein in Verwirrung. Für ihn war die Realität eine Illusion, aber eine sehr hartnäckige.

Schon Platon behauptet in seinem Höhlengleichnis, dass wir Menschen festgeschnallt in einem Verlies lebten und die Schatten an der Wand für die Wirklichkeit halten. Dabei seien wir nicht in der Lage, aus der Höhle heraus zu schauen, um die Realität zu erkennen.

Etwa vier Millionen Deutsche hatten bereits ein außerkörperliches Erlebnis. Dass nun immer mehr Menschen es wagen, darüber zu berichten, liegt am Paradigmenwandel in Gesellschaft und Wissenschaft.

Der Physiker Günter Ewald aus Bochum meint, dass das alte Weltbild aufgesprengt werden müsse, denn die Zeit des Materialismus sei vorbei. Er halte ein Bewusstsein ohne Hirntätigkeit für möglich. Die häufig angeführte Meinung vieler Mediziner, die geschilderten Erlebnisse seien auf verminderte Sauerstoffzufuhr im Gehirn zurückzuführen, greift schon nach näherer Betrachtung zu kurz.

Nach solchen Nahtoderlebnissen verändern sich die Menschen enorm. Materialisten wenden sich geistigen Werten zu, andere werden religiös, schauen erstmals darauf, dass es auch ihren Zeitgenossen gut geht. Sie verlieren die Angst vor dem Tod, ändern ihren Lebensweg, wenden sich der Kunst zu.

Auch Bachor stellt heute ihre Erlebnisse in Malereien dem Publikum vor. Sie gründete das Netzwerk für Nahtoderfahrung, zu dem auch viele prominente Wissenschaftler gehören wie der niederländische Arzt Pim van Lommel. Der Kardiologe habe, so sagt er, auf seiner Internetseite www.pimvanlommel.nl, immer gedacht, dass alles mit physiologischen Vorgängen zu erklären sei. Er habe immer gelernt, dass das Bewusstsein durch ein funktionierendes Gehirn erzeugt wird und es unmöglich sei, ein solches zu haben, wenn der Patient bewusstlos oder klinisch tot ist.

Aufgrund vieler Schilderungen wiederbelebter Patienten nach einem Herzstillstand begann er 1988 mit einer Studie über Nahtoderfahrungen. 344 Patienten wurden untersucht, davon hatten 18 Prozent eine Nahtoderfahrung mit all den bekannten Faktoren. Als Beweis für eine existierende Seele oder die Existenz anderer Dimensionen kann die Studie nicht herangezogen werden. Dennoch, „Unsere Annahmen über die Entstehung von Bewusstsein können nicht stimmen", meint der Arzt aus den Niederlanden.

In der anderen Dimension gäbe es, so Bachor, ein geordnetes Bewusstsein. „Es war wie nach Hause kommen", sagt sie. Als Lebensmotto gibt sie den Menschen mit, an Wunder zu glauben und auf die innere Stimme zu hören.

Pim van Lommel hatte nach vielen Schilderungen seiner Patienten den Eindruck, dass es hier um eine Wirklichkeit gehe, die größer sein müsse als das normale Leben. *Silvia Friedrich*

Mehr Platz, mehr Fläche, mehr Ostpreußen

Nach 25 Jahren Planungszeit soll 2015 endlich der Erweiterungsbau des Ostpreußischen Landesmuseums fertiggestellt werden

Als Historiker freue er sich natürlich, als Bauherr weniger, erzählt Direktor Joachim Mähnert.

Ein Trupp Archäologen hat derzeit die Baustelle für den Erweiterungsbau seines Ostpreußischen Landesmuseums lahm gelegt. Bei den Erdarbeiten wurden Abfallgruben und Abwasserkanäle aus dem späten Mittelalter entdeckt. Den Bauvorschriften entsprechend werden jetzt erst einmal die Archäologen das Erdreich durchforschen und schauen, ob sie weitere Tierknochen, Keramikscherben oder ähnliches aufstöbern. Der zuständige Grabungsleiter hat bereits eine Sternstunde seiner Zunft ausgerufen. Mähnert hofft, dass es bei dieser einen Sternstunde bleibt. Nächste Woche sollen die Bauarbeiten fortgeführt werden.

Wer die langwierige Entstehungsgeschichte des Erweiterungsbaues kennt, weiß allerdings, dass ein oder zwei Wochen Verzögerung kaum ins Gewicht fallen. Schon 1990 – also vor fast 25 Jahren – stimmte der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble dem Projekt zu. Das Museum, Pilotprojekt für alle nach dem Bundesvertriebenengesetz finanzierten Landesmuseen, war damals zwar erst drei Jahre alt. „Aber es zeigte sich bereits kurz nach der Eröffnung, dass es viel zu klein konzipiert worden war", berichtet Mähnert.

1987 ging es aus dem damaligen Ostpreußischen Jagdmuseum hervor. Es ist weltweit einzigartig. Kein anderes Museum thematisiert Geschichte, Gesellschaft und Landschaft des historischen Ostpreußens in Gänze. „Unser Museum ist der zentrale Sammlungsort für dingliches Kulturgut aus Ostpreußen. Dieses kulturelle Erbe wollen wir für zukünftige Generationen erforschen, bewahren und vermitteln", so heißt es schließlich im Leitbild des Hauses.



Die Grundsteinlegung vorige Woche: Schon 1990 stimmte der damalige Innenminister Schäuble dem Projekt zu — Bild: Horns

Dem Beschluss zur Erweiterung folgte allerdings lange Zeit erst einmal – nichts. Da die Ostpreußen bereits ein Museum hatten, erhielten Neubauten anderer Landesmuseen etwa für die Donauschwaben oder die Pommern den Vorrang. Auch bei der Finanzierung zeigten sich Bund und Land letztendlich zuletzt weitaus weniger spendabel als angekündigt. Die in Aussicht gestellte Summe schrumpfte schließlich auf weniger als die Hälfte zusammen.

Als dann in der vorigen Woche endlich die feierliche Grundsteinlegung begangen wurde, hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus Brähmig daher vielleicht immer noch die alten Zahlen im Kopf. In seiner Rede machte er eine Rechnung von über acht Millionen Euro als Bausumme auf (auch die *PAZ* veröffentlichte fälschlicherweise diese Zahl in der Ausgabe 46). „Tatsächlich werden es im Endeffekt wohl 5,3 Millionen Euro werden", erklärt Museumsdirektor Mähnert. Die Gelder kommen unter anderem vom Bund, vom Land Niedersachsen und vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklungen. Den Baugrund hatten vorab bereits die Deutschbaltische Kulturstiftung und der Verein „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum" erworben.

Gut angelegt ist das Geld allemal: Das neue Gebäude macht es möglich, den Zugang zum Museum zu verlegen. Über das 500 Jahre alte sogenannte „Scharffsche Haus" kann es dann direkt von der Lüneburger Altstadt aus betreten werden.

Vor allem aber wird die Ausstellungsfläche erweitert. Sie wächst von 1500 Quadratmeter auf mehr als 2000 Quadratmeter. Drei neue Abteilungen kommen hinzu: „Das historische Ostpreußen heute", „Die Integration der Vertriebenen" und schließlich der deutschbaltische Bereich. Er wird sich der Kulturgeschichte dieser ehemals bedeutsamen Minderheit in Estland und Lettland widmen.

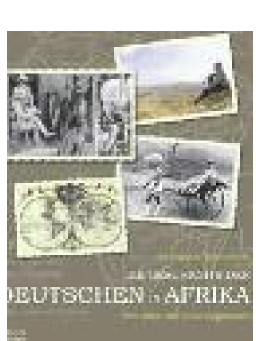


Blick auf die Liegenschaftskarte: MG steht für das bisherige Museumsgebäude. EB bezeichnet den neuen Erweiterungsbau, SH das Scharffsche Haus, den neuen Eingangsbereich. — Zeichnung: Landesmuseum

Betreut werden soll dieser Bereich möglichst von einer zusätzlichen Museumskraft. Damit die ostpreußische Kulturarbeit nicht unter der Erweiterung leidet, wünscht sich Mähnert die Aufstockung des Stellenplans um eine Kraft, die sich ausschließlich um die neue Abteilung kümmert. „Wer sich mit den Deutschbalten beschäftigt, forscht im Wesentlichen zur russischen Geschichte. Ostpreußen aber steht nun einmal für die deutsche Historie", erklärt er.

Bis ein neuer Mitarbeiter sein Amt antreten könnte, werden noch einige Monate vergehen. Ab dem 16. Februar 2015 wird das Museum wegen der Bauarbeiten vorübergehend geschlossenen. Freya Klier wird mit einer Lesung aus ihrem Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens" (siehe *PAZ* vom 8. November) am 14. Januar die vorerst letzte große Veranstaltung bestreiten.

Für den Herbst 2015 ist dann die Neueröffnung geplant. „Aber bitte schreiben Sie, dass dies eine optimistische Schätzung ist", wünscht sich Mähnert im Gespräch. Bauherren wissen es: Nicht nur Archäologen zählen zu den Unwägbarkeiten, die auf einer Baustelle für Stillstand sorgen können. *Frank Horns*



Jenseits von Ebola

Die Deutschen in Afrika

Schaut man dieser Tage in die Zeitungen zum Thema Afrika, so wird fast ausschließlich über die Ausbreitung der Ebola-Epidemie in Westafrika berichtet. Würde man Menschen auf der Straße befragen, so würden diesen in Bezug auf Afrika sicher noch Begriffe wie Hungersnöte, schwierige politische Lage, HIV und Safaris einfallen. Doch Afrika ist viel, viel mehr als das.

Einen kleinen Einblick in die Geschichte des Kontinents bietet der vielschichtige Bildband „Die Geschichte der Deutschen in Afrika von 1600 bis in die Gegenwart“ von Alexander Emmerich. Wer nun meint, dass Deutschland beziehungsweise das deutsche Kaiserreich im Vergleich zu Großbritannien nicht sonderlich viele Kolonien in Afrika besessen, der hat selbstverständlich Recht, darüber zu berichten, gibt es dennoch Etliches. Der Autor beleuchtet nicht nur einen Ausschnitt aus der Geschichte des Kontinents, die Kolonialzeit und die weitere Entwicklung, sondern auch Menschen und Dinge, die damit verbunden sind oder waren und durch dieses zu Ruhm und Bekanntheit kamen. So hat die Supermarktkette Edeka ihren Namen zur Zeit der Kolonialwarenläden erhalten, die importierte Güter wie Tabak, Kaffee, Reis, Kakao und exotische Gewürze verkauften. „Aus der Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler im Helleschen Torbezirk zu Berlin wurde mit den Jahren zunächst E.d.K. – und später Edeka.“

Mehr als nur Kolonialgeschichte

Den Hauptteil des Bildbandes hat der Autor aber natürlich den Berichten über deutsche Entdecker und Forscher in Afrika, wie unter anderem dem berühmten Mediziner und Mikrobiologen Robert Koch, und den Ereignissen von Beginn bis Ende der deutschen Kolonien in Afrika gewidmet. Blutig niedergekämpfte Aufstände der Bevölkerung, die gegen die Waffen und die Übermacht der Kolonialherren keine Chance gehabt hätten, hätten eine der Schattenseiten der deutschen Geschichte dargestellt. „Die Guerilla-Taktik der Afrikaner beantworteten die Deutschen mit ‚verbrannter Erde‘ ... An Hunger und Krankheiten starben letztlich mehr Afrikaner als in den Schlachten mit den Deutschen.“

Neben großen geschichtlichen Ereignissen wie dem Ersten Weltkrieg, der zum Verlust der deutschen Schutzgebiete in Afrika führte, klärt Emmerich am Rande Missverständnisse wie jenes auf, dass der Helgoland-Sansibar-Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Vereinigten Königreich von 1890 hauptsächlich die beiden Inseln als Tauschobjekte zum Inhalt gehabt habe. Und wer glaubte, Karl May, der Autor der Winnetou-Romane, sei selbst ein reisender Abenteurer und ansonsten unbescholtener Bürger gewesen, oder dass der berühmt-berüchtigte Sarotti-Mohr ein Symbol für Sklaverei und Rassismus sei, der wird hier eines Besseren belehrt.

Spannend sowie durch die vielen farbigen Abbildungen und Randgeschichten abwechslungsreich gestaltet, beeindruckt Emmerichs Buch nachhaltig. Auch wenn er nur einen kleinen Ausschnitt der Geschichte dieses facettenreichen Kontinents aufzeigt, eben jenen, der mit der deutschen Geschichte eng verwoben ist, so wird das Bild, das der Leser von Afrika hat, nach Abschluss der Lektüre dieses Buches verändert sein. *Vanessa Ney*

***Alexander Emmerich: „Die Geschichte der Deutschen in Afrika von 1600 bis in die Gegenwart“**, Fackelträger, Köln 2013, geb., 320 Seiten, 39,95 Euro*



Preußen bizarr

Roman über zwei kleinwüchsige »königliche Pflegekinder«

Spätestens seit seinem internationalen Bestseller „Der Fall Arbogast“ aus dem Jahr 2001 wird der 1964 geborene Berliner Autor Thomas Hettche als einer der besten deutschen Schriftsteller gehandelt. Mit seinem neuen Roman „Pfaueninsel“ war er in diesem Sommer nun schon zum dritten Mal für den Deutschen Buchpreis nominiert, und einige Kritiker bedauerten, dass es wieder nicht für die Prämierung gereicht hat.

In Hettches historischem Roman gibt es neben seiner Hauptfigur, des kleinwüchsigen königlich-preußischen Schlossfräuleins Dorothea Marie Strakon, deren Lebenszeit von 1800 bis 1880 bezeugt ist, ein zweites Zentralthema, nämlich die in der Wasserwüste der Havel südwestlich von Berlin gelegene Pfaueninsel selbst. Schon vor mehr als 20 Jahren war Hettche auf die Existenz der kleinwüchsigen Geschwister namens Dorothea Marie und Christian Friedrich Strakon aufmerksam geworden. Über sie ist kaum etwas bekannt außer ihrem Status als „königliche Pfleglinge“ im Kindesalter und Maries lebenslangem Verbleib auf dem „rätselvollen Eiland in der Havel“. Ihr Grab befindet sich auf dem Friedhof der Pfaueninsel, dem einstigen Miniatur-Arkadien der preußischen Könige.

In seinem Buch verlegt der Autor die Ankunft der Waisen Marie und Christian auf der Insel in das Jahr 1806. Einem allwissenden Erzähler ist zugleich die Aufgabe eines Impresarios zugewiesen. Was ihn und damit das Buch besonders kennzeichnet, sind eine elegante Sprache, ein kühler bis distanzierter Erzählton und Brüche in der Ausdrucksweise. So werden mitunter moderne Begriffe verwendet und eine historisierende Sprache. Nach einer Gepflogenheit des 19. Jahrhunderts wendet sich der Erzähler unvermittelt an sein Publikum.

Besondere Perspektive aus Sicht der Pfaueninsel-Bewohner

Die Kultivierung der Pfaueninsel begann im späten 17. Jahrhundert mit den Gartenplanungen, landwirtschaftlicher Nutzung und den alchimistischen Vorhaben des Großen Kurfürsten. Unter König Friedrich Wilhelm III. legten die Gärtner der Insel, die um 1800 zur Sommerresidenz der königlichen Familie erkoren wurde, erstmals einen Englischen Garten an. Gemäß dem Wunsch des Königs entstand ein kleiner Zoo, und mehrere „seltsame“ Menschen wurden in dem exotischen Inselreich angesiedelt: zwei Riesen, ein Mohr, ein Südseeinsulaner und die kleinwüchsigen Waisenkinder Marie und Christian.

Wohlbehütet wachsen beide in der Familie des königlichen Gärtners Ferdinand Fintelmann auf, zwischen Palmenhaus, Menagerie, Gutshaus und Gartenkunst. Marie und Fintelmanns Sohn Gustav sind einander zugetan, aber Gustav trennt sich in jungen Jahren von seiner Freundin, um eine Ausbildung als Gärtner anzutreten. Marie wird sich ihrer unveränderbar andersartigen Gestalt bewusst, was bei ihr einen unauslöschlichen Kummer auslöst. Als Erwachsene führen die Zwerge, wie Hettche die Geschwister unverblümt nennt, ein Schattendasein im Landschafts- und Gartenparadies der königlichen Familie, wo die Zeit scheinbar langsamer vergeht als im Rest der Welt. Mehr noch, Marie muss ertragen, unfair behandelt sowie zum Belustigungs- und Lustobjekt degradiert zu werden. Von der heraufziehenden neuen Epoche der Technisierung kann sie sich bis ins hohe Alter, als sie die Insel zum ersten Mal verlässt, keine Vorstellung machen, dafür aber umso mehr Gedanken über Schönheit, Kunst und Künstlichkeit. Bemerkenswert ist die Sicht des belesenen Hoffräuleins auf die Hofgesellschaft.

Berühmte Künstler des 19. Jahrhunderts wie der Maler Carl Blechen, der Landschaftsarchitekt Peter Joseph Lenné und der Baumeister Karl Friedrich Schinkel kommen auf die Pfaueninsel, um dort in königlichem Auftrag tätig zu werden. Sowohl der Königin Luise als auch ihrem Gatten König Friedrich Wilhelm III. wurden kleine, aber durchaus keine positiven Rollen zugewiesen.

Nachdem man in dem allwissenden Erzähler eine sozusagen restlos aufgeklärte und, wie sich herausstellt, zur Schilderung vulgärer bis pornografischer Szenen neigende Persönlichkeit des 21. Jahrhunderts erkannt hat, wird man bei etlichen Passagen über die Frage ins Grübeln kommen: Was ist Kunst und was ist abgeschmackt? *Dagmar Jestrzemski*

***Thomas Hettche: „Pfaueninsel“**, Kiepenheuer, Köln 2014, geb., 352 Seiten, 26,60 Euro*



Frustriert und ohne Verständnis

Journalistin verzweifelt an begeisterten Vollzeit-Müttern

Der Titel klingt vielversprechend: „Schneewittchenfieber. Warum der Feminismus auf die Schnauze gefallen ist und uns das Retro-Weibchen beschert hat“. Auch die Autorin lässt auf ein amüsantes Leseerlebnis hoffen, handelt es sich doch um die renommierte österreichische Journalistin Angelika Hager, die mit ihrer Kolumnen-Kunstfigur Polly Adler im Nachbarland Kultstatus erlangt hat.

Doch schnell merkt man, dass die überspitzten, aber durchaus realitätsnahen Polly-Adler-Texte, die immer wieder im Buch eingestreut sind, das Beste an der Publikation sind. Ansonsten scheinen die verschiedenen Kapitel der Autorin vor allem dazu zu dienen, ihren Frust loszulassen und nachdem dieser bereits nach knapp 100 Seiten verpufft ist, erzählt sie einfach verschiedene Promigeschichten nach, die ihrer Meinung nach weitgehend irgendwie zum Thema passen. Das hat jedoch leider weder einen Neuigkeitswert noch ist es originell.

Und wo positioniert sich Hager in Sachen Feminismus? Als alleinerziehende Mutter kann sie überhaupt nicht verstehen, warum immer mehr jungen Frauen Ehemann und Kinder so wichtig sind, dass sie sich diesen total hingeben und gar nicht oder nur Teilzeit arbeiten. Zwar fand die Autorin in jungen Jahren Feministinnen wie Alice Schwarzer, Simone de Beauvoir und Elisabeth Badinter verschroben, aber offenbar sieht sie diese inzwischen positiver. Abfällig schreibt sie über gebildete Frauen, die ihre Mutterschaft mit „Hochamtscharakter zelebrieren“. Berlin Prenzlauer Berg ist für sie ein „Eldorado für diese neue Mütterherrlichkeit“, wo sie das Gefühl bekommt, selbst Kinderhasserin zu sein.

Auch ist sie empört, wie sich einige Frauen immer noch als hilfloses Dummchen und als Sex-objekt geben und Männer diese Frauen bevorzugen. „Haben Sie irgendwann einmal schon von einem Mann gehört, der mit seiner Vorgesetzten durchgebrannt ist?“, zitiert Hager in diesem Zusammenhang die „New York Times“-Kolumnistin Maureen Dowd.

Und der Umstand, dass die deutsche Kanzlerin Angela Merkel in den Medien „Mutti“ genannt wird, obwohl sie eine der mächtigsten politischen Personen der Welt sei, sieht Hager als Zeichen dafür, wie altbacken Frauenbilder in der Gesellschaft noch sind. Auf die Idee, dass Merkel die „Mutti“-Karte vielleicht bewusst spielt, kommt die Autorin leider nicht.

Nachdem sich Hager an den Frauen abgearbeitet hat, geht sie zu den Männern über. Sie lästert einerseits darüber, wie weichgespült diese seien, zieht aber auch über Machos her. Doch auch das Thema ist schnell ausgelutscht und so nimmt sie sich des Männer- und Frauenbildes in aktuellen Serien und Filmen an und langweilt nur noch. *Rebecca Bellano*

***Angelika Hager: „Schneewittchenfieber. Warum der Feminismus auf die Schnauze gefallen ist und uns das Retro-Weibchen beschert hat“**, K & S, Wien 2014, gebunden, 189 Seiten, 22,90 Euro*



Einheitsmensch statt mündiger Bürger

Durch Masse statt Klasse im Bildungssystem droht Deutschland im internationalen Vergleich zu verlieren

„Wer die Macht in der Bildungspolitik ausübt, bestimmt wesentlich die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklung der nächsten Generation.“ „Je einheitlicher und zentralistischer Bildungsprogramme und Bildungsstätten gestaltet und geführt werden, desto stärker pendelt sich ihr Niveau auf ein unteres Mittelmaß ein.“ „Eine Einheitsbildung auf unterem mittlerem Niveau bedingt zwangsläufig auch eine Einheitsgesellschaft, die leicht zu beeinflussen, zu lenken und zu formieren ist.“ Wenn Sie diese Aussagen verstehen und wissen wollen, warum die Schüler in Deutschland im OECD-Vergleich nur im hintersten Mittelfeld anzutreffen sind, dann sollten, nein, dann müssen Sie „Mit Worten beginnt es immer. Vom Zerfall des Bildungssystems zur Auflösung einer demokratischen Gesellschaft“ von Vollrath Hopp lesen.

Der Niedergang des einst so vorbildlichen deutschen Bildungssystems begann mit den Reformen in den 60er Jahren, mit der „Kulturrevolution“. Man glaubte Klasse durch Masse ersetzen zu können. 2012 studierten an den Hochschulen 2,5 Millionen junge Menschen. Doch aus den Stätten der Schulung von Persönlichkeiten, die die hohe Kunst des logischen, analytischen und abstrakten Denkens beherrschen, wurden verschulte Massenuniversitäten. Auch die Schule wurde für viele Kinder und Eltern zum Albtraum.

Der Selbstdenkende als Gefahr

Hopp: „Es ist merkwürdig, dass sich eine Gesellschaft, in der nach dem mündigen Bürger verlangt wird, mit ihrem Bildungssystem den Einheitsmenschen formt.“ Doch will die Politik noch den mündigen Bürger, der das geistige Rüstzeug besitzt und den Mut hat, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, der nicht ständig geführt und betreut werden und sich aus der „selbstverschuldeten Unmündigkeit“, wie der Philosoph Immanuel Kant sagte, befreien will? Oder ist der Parteienstaat immer weniger bereit, seine Allmacht aufzugeben? Die Flut an Gesetzen wie Verordnungen, die Zunahme staatlicher Bürokratisierung und Reglementierung weist in diese Richtung.

Besonders interessant an dem Buch ist auch der historische Teil, angefangen mit der Gründung der ersten Universitäten. Die erste Universität wurde 859 n. Chr. in Marokko gegründet. Es folgten 972 Ägypten, 1065 der Irak und 1088 Bologna in Italien. Die nächsten waren 1096 Oxford in England und 1268 die Pariser Universität. 1365 kamen Wien, 1368 Heidelberg und 1388 Köln hinzu. Die Albertina in Königsberg wurde 1544 begründet. Eine besondere Entwicklung nahmen die Ingenieurschulen wie Technischen Hochschulen.

1899 wurde durch Kaiser Wilhelm II. letzteren der akademische Abschlussgrad Diplom-Ingenieur (Dipl.-Ing) zuerkannt, 1901 erhielten sie das Promotionsrecht zum „Dr.-Ing.“. Diplom-Ingenieure errangen Weltruf: „Der deutsche Diplom-Ingenieur hat Weltstandards gesetzt!“ Die Bologna-Beschlüsse der EU von 1999 gleichen keine Bildungsstandards an, bedeuten das Abwürgen eines bedeutenden Kulturzweiges, den Ausverkauf deutscher Bildungskultur. Der „Bachelor“ entspricht dem deutschen Vordiplom, soll aber künftig dem bisherigen „Diplom“ gleichgestellt sein. Auch die Umbenennung der „Fachhochschule“ in eine „Applied University“ dient mehr der Nivellierung als der Bildung.

Erfolgreiches System gezielt zerstört

In seiner Schlussbemerkung empfiehlt der Autor: „Der Neuanfang zu einem hohen allgemeinen Bildungsniveau beginnt mit einer gepflegten Sprachkultur. Wer seine eigene Heimatsprache nicht beherrscht, wird auch die Feinheiten einer Fremdsprache nicht nachvollziehen können.“ Der wird auch im internationalen Wettbewerb langfristig nicht bestehen. Wenn unser geistiges Kapital nicht ausgebaut wird, sondern nur auf niedrigem Niveau durch Inklusion verwaltet wird, dann droht die „Große Transformation“, das Ende der so erfolgreichen Industriegesellschaft.

Der Mahnruf von Professor Dr.-Ing. Vollrath Hopp kommt gerade noch zur rechten Zeit. *Wolfgang Thüne*

***Vollrath Hopp: „Mit Worten beginnt es immer. Vom Zerfall des Bildungssystems zur Auflösung einer demokratischen Gesellschaft“**, Hille, Dresden 2014, broschiert, 208 Seiten, 14,80 Euro*



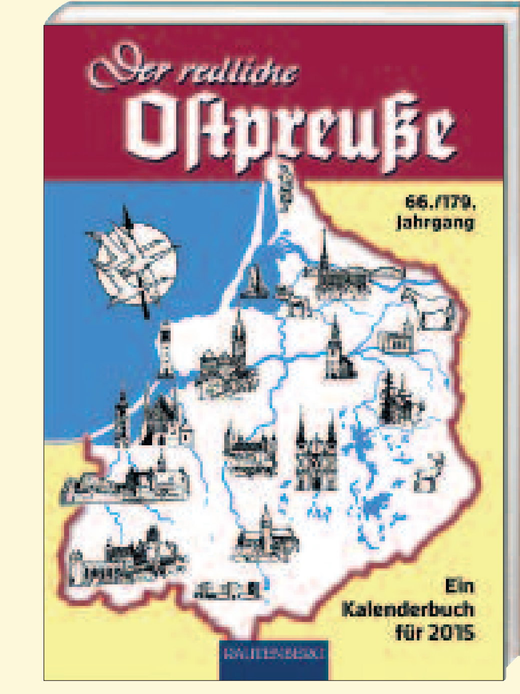
Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2015
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Ostpreußen und das Wasser“.
Format 50 x 35 cm
Nr. P A0772
22,60 €



Schlüsselanhänger mit Wappen Ostpreußen
45 mm in der Diagonale
Nr. P 9968 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P 9982 (3 Expl.) 13,95 €



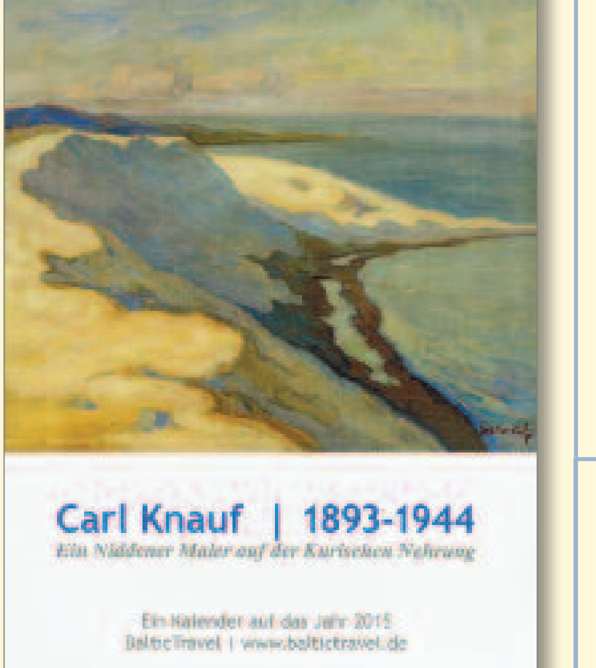
Kalender Ostpreußen gestern 2015
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Ostpreußen.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P A0764 Kalender 14,80 €



Silke Steinberg (Hrsg.)
Der redliche Ostpreuße 2015
Ein Kalenderbuch für 2015
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2015, jetzt mit 144 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten und Architekten sowie Erzählungen und Gedichten von: Charlotte Keyser, Robert Pawel, Emil Guttzeit, Walter von Sanden-Guja, Erhard Riemann, Erich Hannighofer, Hermann Sudermann, Charlotte Wüstendörfer, Hans Graf von Lehndorff, Herbert Meinhard Mühlpfordt, Annemarie in der Au, Heinz Tiessen, Albrecht von Preußen, Agnes Miegel, Gertrud Zöllner-Werner, August Schukat, Gertrud Papendick, Walter Heymann, Klaus Klootboom-Klooweitschen, Hedy Gross, Hannelore Patzelt-Hennig, Hildegard Rauschenbach, Walter Scheffler, Ruth Geede u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 144 Seiten
Nr. P 533170 Gebunden 9,95 €

Kalender Masuren in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Land der kristallenen Seen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535344 Kalender 14,95 €

Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535345 Kalender 14,95 €



Kalender Carl Knauf 2015
Ein Niddener Maler auf der Kurischen Nehrung
Mit 12 ausgewählten Motiven des berühmten Malers Carl Knauf, der ab 1931 bis zu seinem Tod 1944 in Nidden im eigenen Sommerhaus lebte und arbeitete und wunderschöne Landschaftsporträts in Nidden und auf der Kurischen Nehrung malte. Zwischen 1920 und 1944 hat Carl Knauf mehr Bilder von Nidden und der Region um das Kurische Haff gemalt als jeder andere Maler, der in dieser wunderschönen Landschaft gearbeitet hat.
Spiralbindung. Format 21 x 29,7 cm
Nr. P A0742 Kalender 11,90 €

Kalender Pommern in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen Motiven aus Pommern, dem Land am Meer.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535346 Kalender 14,95 €

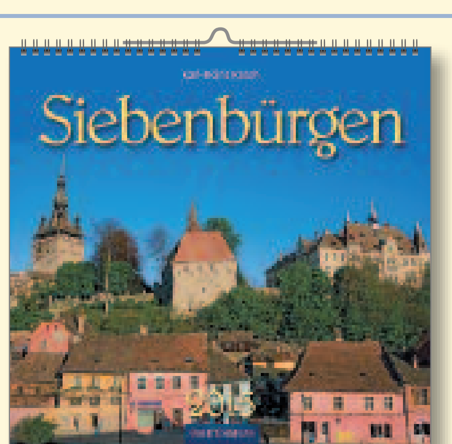


Kalender Riesengebirge in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen Motiven aus dem Reich von Rübezahl, dem Riesengebirge. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535347 Kalender 14,95 €



Kalender Pommern gestern 2015
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Pommern.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P A0765 Kalender 14,80 €

Kalender Schlesien in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535348 Kalender 14,95 €



Kalender Siebenbürgen in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Siebenbürgen.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535349 Kalender 14,95 €



Kalender Sudetenland gestern 2015
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus dem Sudetenland.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P A0767 Kalender 14,80 €



Kalender Danzig gestern 2015
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Danzig.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P A0768 Kalender 14,80 €



Ella Brümmer (280 Seiten)
Ein Leben – Zwei Seiten
Glanz und Schicksalsjahre einer Gutsbesitzerin aus Ostpreußen
Ella Ströhmer wurde 1882 am Bärtingsee in Ostpreußen geboren und erlebte hier eine wundervolle Kindheit. Als junge Frau von neunzehn Jahren heiratete sie den Gutsbesitzer Hans Brümmer, wurde Gutsherrin und Mutter von zwei Töchtern. Als ihr Mann im Ersten Weltkrieg eingezogen wurde, musste sie das Gut alleine leiten, was sie mit viel Liebe, Umsicht und Geschick bewerkstelligte. Die Zeit nach dem Ende des Krieges waren geprägt vom Wiederaufbau und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Sorge um ihren Mann, der krank von der Front heimgekehrt war. Dann kam der Zweite Weltkrieg. Sie hatte die alleinige Verantwortung für das Gut und alle Mitarbeiter. Vor der herannahenden russischen Front begann die Flucht. Die Kraft, nicht zu Verzweifeln, schöpfte Ella Brümmer aus ihrem tiefen Gottvertrauen und ihrer Liebe zur Heimat, der sie bis zu ihrem Tod verbunden war.
Nr. P A0778 Gebunden 22,00 €



Mokkatasse mit Porträt Friedrichs des Großen
Nr. P A0806 Mokkatasse mit Untertasse 13,50 €



Mokkatasse mit Signum Friedrichs des Großen „FR“
Nr. P A0807 Mokkatasse mit Untertasse 13,50 €




Kalender Schlesien gestern 2015
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Schlesien.
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P A0766 Kalender 14,80 €



Holzkistchen
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss“
200 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5654 Marzipan 15,50 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Strafantrag gegen Henkel

Berlin – Die Gruppe, die einige Mauerkreuze vorübergehend entwendet hatte, hat Strafantrag gegen Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) wegen „übler Nachrede“ gestellt. Henkel habe von „gestohlenen Kreuzen“ gesprochen. Da man sie aber zurückgebracht habe, liege kein Diebstahl vor. Wie unterdessen bekannt wurde, sind über das Maxim-Gorki-Theater 10000 Euro Steuergeld an die Kreuz-Aktion geflossen. *H.H.*

Ankara sagt Homosexuellen ab

Berlin – Auf Druck türkischer Medien hat die Sehitlik-Moschee in Berlin-Tempelhof eine Diskussionsrunde mit Vertretern des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland zum Thema „Islam und Homophobie“ abgesagt. Die zur Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (Ditib) gehörende muslimische Gemeinde ist der türkischen Religionsbehörde in Ankara unterstellt. Laut Medienberichten soll die türkische Regierungspartei AKP die Absage des Treffens angeordnet haben. *Bel*

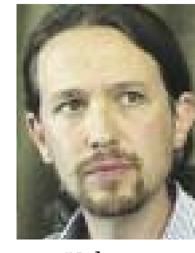
ZUR PERSON

Senkrechtstarter aus Madrid

Nein, Julio Iglesias ist nicht in die Politik gegangen. Man muss das betonen, da neuerdings der Name Iglesias immer häufiger in den Nachrichten auftaucht. **Pablo Iglesias Turrión**, nicht verwandt mit dem Schlagersänger, mischt mit seiner Protestpartei Podemos, die in Anlehnung an Barack Obamas Wahlspruch „Yes We Can“ übersetzt „Wir können“ heißt, die spanische Politik gehörig auf.

Bei den letzten EU-Wahlen holte Podemos aus dem Stegreif acht Prozent der Stimmen und wurde viertstärkste Partei Spaniens. Mit vier weiteren Parteikollegen zog Iglesias ins EU-Parlament ein, und das, obwohl der 36-jährige Politikprofessor aus Madrid die Partei erst vier Monate zuvor gegründet hatte und weniger als 200000 Euro für den Wahlkampf ausgab.

Grund für den Erfolg war auch seine Präsenz in den neuen Medien. Seine Twitter-Einträge verfolgen mehr junge Menschen als die aller anderen spanischen Spitzenpolitiker zusammen. Außerdem ist



Iglesias der Alexander Kluge des spanischen Fernsehens, der jeden Montag und Freitag um 22 Uhr in seinem unabhängigen Kulturmagazin „La Tuerka“ einen TV-Gast interviewt.

Der Vergleich zum Senkrechtstart der AfD drängt sich auf, nur mit dem Unterschied, dass die Protestparteien in den südlichen EU-Ländern eher links orientiert sind. Auch der smarte Pferdeschwanzträger Iglesias stammt aus einer Sozialistenfamilie. Die Mutter war Gewerkschaftsfunktionärin und der Großvater saß unter Franco fünf Jahre in Haft. Doch im Vergleich zu den linken Krawallmachern in Italien mit der Fünf-Sterne-Bewegung oder Griechenland mit der Syriza kommt Iglesias handzahm daher, auch wenn er davor warnt, dass Spanien zur „deutschen Kolonie“ und „von der Troika kontrolliert“ werde.

Harald Tews



Mit Steinmeier durch den Winter

Wie konnte das passieren?

Wie man »Pegida« bloß begegnen könnte, warum die EKD nichts mehr erklären muss, und wie uns die ARD tolerant gemacht hat / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Bürger, die massenhaft aber friedlich protestieren, sind ein Problem für die Mächtigen. Man kann sie nicht einfach zu Kriminellen erklären und auseinander treiben lassen. Der Film „Nikolaikirche“ nach dem Roman von Erich Loest beschreibt die dramatischen Tage der 89er-Revolution in Leipzig. In der Schluss-Szene blickt ein Handlanger des SED-Staates entgeistert aus dem Fenster auf das Meer friedlicher Demonstranten und seufzt: „Auf alles waren wir vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete!“

Wie konnte das passieren? Dabei hatte man doch alles in der Hand: den Staatsapparat, die Parteien, die Medien, die Massenorganisationen! Doch als die Massenorganisationen für die Mächtigen mobil machen sollten, stellte sich entsetzlicherweise heraus, dass die „Massen“ von „ihren“ Organisationen herzlich wenig hielten, von ein paar Fanatikern abgesehen.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich, lautet der abgedroschene Spruch. Mit wachsender Besorgnis gucken die Mächtigen heute wieder aufs Sachsenland, diesmal richten sich ihre irritierten Blicke auf Dresden. Von Woche zu Woche schwellen da die neuen Montagsdemos der „Pegida“ (wir berichteten schon einmal) an, zuletzt zogen 3500 Menschen „gegen die Islamisierung des Abendlandes“ und, bedenklicher noch, „aus Liebe zu unserem Vaterland“ durch die Stadt.

Wie konnte das passieren? Man hat doch alles in der Hand: den Staatsapparat, die Parteien, die Medien, die „zivilgesellschaftlichen Organisationen“!

Und alle tun ihre Pflicht: Während über jede Schrumpfdemo von kaum mehr als ein paar hundert Leutchen bundesweit berichtet wird, sofern sie ins gewünschte Bild passt, haben über „Pegida“ fast alle überregionalen Medien eisern die Klappe gehalten. Ja, wenn's drauf ankommt, kann unsere „vielfältige Medienlandschaft“ genauso akkurat im Gleichschritt marschieren wie eine schneidige Betriebskampfgruppe.

Die Regionalblätter leisteten tapfer Frontdienst gegen „Pegida“. Es handele sich um „scheinbar rechtschaffene Bürger“, die offenbar an heftigen Halluzinationen leiden, weil sie „gegen den vorgeblichen Mainstream von Politik und Medien“ demonstrierten, „die ihre Sorgen ignorierten und sie allzu schnell in die rechte Ecke stellten“, beschwert sich der Redakteur einer Regionalzeitung. Ja, was diese Leute nur haben? Auf die Anliegen der „Pegida“ geht der Kollege mit keiner Zeile ein und schiebt sie stattdessen in Richtung NPD.

Zur großen Gegendemo von Kirchen, Parteien, Flüchtlingsrat, jüdischer und islamischer Gemeinde, Gewerkschaften und was nicht alles erschienen gerade einmal 200 Menschen. Waren das die Angestellten der genannten Einrichtungen? Oder waren auch Freiwillige dabei? Wie war das mit den „Massenorganisationen“?

> Zwischen »scheinbar rechtschaffenen Bürgern« und »scheinbar asozialen Schlägern«

Nicht vergessen wollen wir die rund 300 „erlebnisorientierten“ Krawallos von der „Antifa“, deren Sprecher sich großartig im MDR verbreiten durfte und die sich dann noch ein Scharmützel mit der Polizei lieferten, nachdem sie hinterm „Nie wieder Deutschland!“-Transparent durch Dresden vagabundiert waren. Chaoten und Extremisten also? Hüten Sie sich vor solch unsensiblen Vorurteilen, wenn Sie sich nicht als „rechts“ entlarven wollen! Denn wenn die „Pegidas“ nur „scheinbar rechtschaffene Bürger“ sind, dann waren das bei der „Antifa“ natürlich nur „scheinbar asoziale Schläger“.

Übrigens hat die Allparteien-Erklärung gegen „Pegida“ auch der Fraktionschef der AfD im Dresdener Stadtrat unterzeichnet. Der gute Mann wird seinen Anhängern wohl dies oder das erklären müssen. Wir sind gespannt.

Die evangelische Kirche hat es da besser, die muss ihren Mitgliedern schon lange gar nichts mehr erklären, nicht mal das hier: Wie berichtet, hat die Polizei eine Islamistenzelle ausgehoben, die im dringenden Verdacht steht, Kirchen ausgeraubt zu haben, um mit dem Erlös die Reisen von Dschihadisten in den „Heiligen Krieg“ zu finanzieren.

Die EKD hat auf diese erschreckende Nachricht sofort reagiert. Am Tag nach der Meldung schon forderte die Synode der EKD von der Bundesregierung, die Ausgaben für den „Kampf gegen Rechtsextremismus“ auf 70 Millionen Euro jährlich zu verdoppeln – ausdrücklich auch, um besser gegen „islamfeindliche Hetze“ vorgehen zu können. Die Synode tagte übrigens in Dresden.

Wie gesagt, die EKD muss niemandem mehr etwas erklären. Sie ist längst zu einer Filiale der Grünen mutiert, mit einigen kräftigen roten Sprengseln, aber die gehören bei den Grünen ja ohnehin dazu.

Im Mittelpunkt steht bei den Grünen aber immer noch grün und damit die Erkenntnis, dass wir unseren Planeten nur retten, wenn wir unser unverantwortliches Konsum- und Reiseverhalten ändern.

So kann ein Umfrageergebnis der „Forschungsgruppe Wahlen“ kaum überraschen. Die Forscher wollten wissen, ob man es gut finde, „dass es sich heute viele Menschen leisten können, zu fliegen“. Während das 77 Prozent der Anhänger von Union und SPD mit Ja beantworteten, wollte das bei den Grün-Wählern nur eine Minderheit von 48 Prozent gutheißen.

Kein Wunder, gelten Flugreisen als die am stärksten umweltbelastende Art der Fortbewegung überhaupt. Wie zu erwarten war, hegen die Anhänger der Öko-Partei daher die größten Vorbehalte gegen abgasträchtiges Rasen durch die Luft.

Die Wunder offenbarten sich in den beiden Folgefragen: Da wollte die Forschungsgruppe nämlich auch noch wissen, wer denn in den letzten zwölf Monaten geflogen sei. Waren das bei der Union 36 und der SPD nur 32 Prozent der Anhänger, hatten stolze 49 Prozent der Grün-Wähler in den vergangenen zwölf Monaten ein Flugzeug benutzt.

Und wer ist überhaupt noch nie geflogen? Auch das wollten die Forscher wissen. Bei den Unionsfreunden waren das 16 und bei der SPD 13 Prozent. Doch bei den Grünen? Null. Kein einziger.

Der Befund lässt nur zwei Schlüsse zu: Entweder tummeln sich bei den Grünen mehr Heuchler, als selbst wir es uns bislang vorstellen konnten. Oder man hegt in jenen Kreisen ein äußerst ausgeprägtes Klassenbewusstsein, weshalb man unsäglich darunter leidet, auf Flugreisen immerfort mit ganz gewöhnlichem Steuerzahlervolk konfrontiert zu werden. Vermutlich handelt es sich um eine Mischung aus beidem.

So ein bisschen erinnern die Umfragewerte an jene toleranten Weltbürger in den Großstädten, die ihre Kinder von den staatlichen Schulen auf private Institute holen und standhaft bestreiten, dass das irgendwie damit zusammenhinge, dass der Anteil von Ausländerkindern an der Staatsschule die 60-Prozent-Marke überschritten hat. Nicht das Geringste! Man ist schließlich tolerant. Und das kann man doch schließlich auch aus der Ferne sein, so wie man von oben aus dem Flugzeug auch viel besser erkennen kann, wie da unten die Natur immer mehr zerstört wird.

Die ARD hat die ganze letzte Woche unserer Erziehung zur Toleranz gewidmet. Erster Höhepunkt war am Montag ein Film, der, so der ARD-Text, „mit einem hohen Maß an Realismus“ auf die Diskriminierung von Zigeunern aufmerksam machen wollte. Daher traten herzensgute, grundehrliche Roma auf, die von finsteren Rassisten überfallen werden, was eine zunächst verstockte alte Deutsche dazu bewegt, ihre rassistischen Vorurteile gegen Zigeuner über Bord zu werfen. Mutig haben die Filmemacher sogar einen problematischen Roma ins Bild gesetzt. Der aber ist nur so problematisch, weil er, so die ARD, „als ‚Zigeuner‘ ausgegrenzt“ werde und „keine Perspektive hat“.

Mit anderen Worten: Die Deutschen sind doof und rassistisch, weil sie eben doof und rassistisch sind. Ein Roma-Jugendlicher hingegen gerät nur auf Abwege, weil ihn die „Mehrheitsgesellschaft“ so mies behandelt.

Merkwürdig, dass den Streifen fast niemand sehen mochte. Wie die Einschaltquoten verraten, glotzten die, die unbedingt fernsehen wollten, lieber den letzten Blödsinn, als diesen Meilenstein des Realismus zu genießen.

MEINUNGEN

*In einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 13. November kritisiert der **CDU-Politiker Jens Spahn** die **falsch verstandene Liberalität** in Deutschland **gegenüber dem Islam**:*

„Es kann gar nicht genug gegendert werden, der Feminismus setzt sich bis zu den Quoten in den Aufsichtsräten politisch korrekt durch, aber bei Zwangsheirat, Burka und Ausgehverbot werden Frauenrechte dann auf einmal relativ ... Ich will kein Verständnis dafür haben müssen, dass jemand, der aus einer anderen Kultur oder Religion zu uns gekommen ist, die Rechte von Frauen, Schwulen oder Juden infrage stellt, relativiert oder im wahrsten Sinne des Wortes mit Füßen tritt.“

*Im „Focus“ vom 10. November spricht der **CDU-Politiker Volker Kauder** von einem **religiösen Vernichtungswahn des Islam**:*

„Viele Konflikte auf der Welt gäbe es nicht, wenn die islamische Welt insgesamt die Religionsfreiheit uneingeschränkt achten würde. Das ist leider nicht der Fall. In Ländern, in denen der Islam Staatsreligion ist oder die Gesellschaft zumindest prägt, werden die Angehörigen anderer Religionen vielfach bedrängt oder gar verfolgt ... Der alte Orient, in dem verschiedene Religionen oder Religionsgruppen auch im Angesicht des Koran friedlich zusammenlebten, ist zerbrochen. Die wachsende Intoleranz hat sich in einen religiösen Vernichtungswahn gesteigert, der vor keiner Religion oder Religionsgruppe mehr haltmacht.“

***Ulf Poschardt** illustriert in der „Welt“ (13. November), wie weit die **Rechtspraxis in Deutschland** bereits vom Pfad des Zumutbaren abgewichen ist:*

„Die Verfolgung von Steuerstraftätern bekommt symbolisch höchste Weihen, während sich Diebesbanden aus Osteuropa mehr oder minder ungestört an Autos und Schmuck rechtschaffener Bürger bedienen können ... Null Toleranz gibt es für Baustellen, die seltene Echsenpaare vertreiben oder Stellenausschreibungen, in denen Gender-Codes allzu binär ausformuliert werden, nicht aber für die Verfolgung von mitunter schwersten Gewalttaten.“

***Alexander Grau** mokiert sich im „Cicero“ (15. November) über die **„Toleranzwoche“** der ARD:*

„Im Grunde ist nicht einmal Toleranz moralisch einklagbar. Sie ist wünschenswert! Aber wenn sich jemand im Bus nicht neben einen anderen Menschen setzen möchte, weil dieser ihm aus irgendwelchen Gründen missfällt, ist das sein gutes Recht. Und er hat sogar – Liberalität kann anstrengend sein – den Anspruch, von gut gemeinten Umerziehungsmaßnahmen verschont zu bleiben.“

*Nach der blutigen **Eskalation** um den Drogen-Schwerpunkt am **Görlitzer Park** wirft **Harald Martenstein** im „Tagesspiegel“ (18. November) Berlins Innensenator **Frank Henkel** (CDU) Versagen vor:*

„Hat Berlin eigentlich einen Innensenator? Es sieht nicht danach aus. Frank Henkel tut hartnäckig so, als habe er mit der öffentlichen Sicherheit in dieser Stadt nicht viel zu tun. Sie ist aber der Kern seines Ressorts.“